

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Untersuchungsausschuss „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“

5. Sitzung

Montag, 26. Januar 2015, 10:00 Uhr

Stuttgart, Kunstgebäude, Plenarsaal, öffentlicher Teil

Stuttgart, Königin-Olga-Bau, Raum 433, nicht öffentlicher Teil

Beginn: 10:02 Uhr (Mittagspause: 13:52 bis 15:03 Uhr) Schluss: 17:24 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

Beweisaufnahme: Anhörung von Sachverständigen

Sv. Clemens Binninger	S. 4
Sv. Dr. Eva Högl	S. 61
Sv. Dorothea Marx.....	S. 83

Teil II – nicht öffentlich

Teil I – öffentlich (Beginn: 10:02 Uhr)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 5. Sitzung des Untersuchungsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg zum Thema „Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des NSU in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“. Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen. Alle Abgeordneten sind im Untersuchungsausschuss anwesend.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Beweisaufnahme – Anhörung von Sachverständigen:

**Clemens Binniger, MdB,
Dr. Eva Högl, MdB,
Dorothea Marx, MdL, Thüringen**

Ich begrüße Sie alle heute als Sachverständige. Der Herr Binniger und die Frau Dr. Högl waren Mitglieder des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags, und Frau Marx war Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags.

Wir haben Sie heute eingeladen, weil wir Ihre Expertise, die Sie durch die Mitarbeit in den Untersuchungsausschüssen und der sonstigen Parlamentsarbeit erlangt haben, in unserer Ausschussarbeit nutzen möchten. Die Abschlussberichte der Ausschüsse sind zwar öffentlich, sie ergeben aber selbstverständlich nur zusammenfassende Bilder, sodass wichtige Detailinformationen nicht Eingang in die Arbeit unseres Untersuchungsausschusses finden können. Zudem soll die heutige Befragung auch gerade den Bezug zu Baden-Württemberg ermöglichen, das nicht im zentralen Fokus Ihrer Gremien stand, aber auch Berührungspunkte zu Ihrer Arbeit hatte.

Seit der Veröffentlichung Ihrer Berichte ist auch zum Teil erhebliche Zeit vergangen, in der sich neue Erkenntnisse ergeben haben, und diese neuen Erkenntnisse haben Sie teilweise auch bereits in späteren Äußerungen und Analysen aufgegriffen. Uns ist daher heute wichtig zu erfahren, inwieweit sich Ihre Einschätzungen und Empfehlungen nach Abschluss der Gremienarbeit verändert haben und inwieweit Sie diese heute noch für geboten und hilfreich erachten.

Wir beginnen zunächst mit einer öffentlichen Anhörung von Ihnen. Zuerst sollen Frau Dr. Högl und Herr Binniger zu Wort kommen und anschließend Frau Marx. Im Anschluss werden wir eine weitere, nicht öffentliche Anhörung durchführen. Ich bitte Sie daher um den Hinweis, soweit Teile Ihrer Auskünfte aufgrund entgegenstehender Da-

tenschutz- und Geheimschutzgründe nur nicht öffentlich möglich sind. Dann sollten Sie uns das rechtzeitig sagen. Dann würden wir das in der nicht öffentlichen Sitzung weiterbehandeln mit Ihnen.

Ich möchte einige Hinweise zur Anhörung geben.

Erstens: Ich stelle fest, dass alle eingeladenen Sachverständigen zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß erschienen sind. Das ist erfreulich.

Zweitens: Hinweis auf die Wahrheitspflicht und Möglichkeit der Vereidigung. Frau Dr. Högl, Herr Binninger und Frau Marx, vor Ihren Ausführungen als Sachverständige muss ich Sie belehren, obwohl Sie natürlich das alles wissen. Trotzdem muss ich Sie formal belehren. Das ist kein Misstrauen, sondern wir müssen bei allen Sachverständigen und Zeugen die Belehrung vornewegschicken.

Sie müssen als Sachverständige die Wahrheit sagen, dürfen nichts hinzufügen, nichts Wesentliches weglassen. Nach dem Untersuchungsausschussgesetz besteht die Möglichkeit, dass Sie als Sachverständige vereidigt werden. Ob die Vereidigung zulässig ist, ist ja mittlerweile rechtlich umstritten. Die damit zusammenhängenden Fragen müssen aber heute nicht erörtert werden, denn üblicherweise wird über eine Vereidigung erst am Ende des Untersuchungsausschusses entschieden. Eine vorsätzliche unrichtige oder unvollständige Aussage vor dem Untersuchungsausschuss ist aber immer strafbar, und zwar auch dann, wenn Sie nicht vereidigt werden.

Gemäß § 17 Absatz 3 Untersuchungsausschussgesetz und §§ 72 und 55 der Strafprozessordnung können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Die Beweisaufnahme erfolgt nach § 8 des Untersuchungsausschussgesetzes öffentlich. Ich schlage vor, das so zu handhaben, dass während der Beweisaufnahme Ton-, Bild- und Filmaufnahmen durch die akkreditierte Presse – und nur durch die – grundsätzlich zulässig sind, es sei denn, ein Zeuge wünscht während seiner Vernehmung keine derartigen Aufnahmen zum Zwecke der Veröffentlichung. – Ich gehe davon aus, dass Sie alle drei einverstanden sind, dass die akkreditierte Presse Film- und Tonaufnahmen machen kann.

Daneben wird die Vernehmung auch vom Stenografischen Dienst des Landtags auf Tonband aufgezeichnet. Dies dient aber ausschließlich zum Zwecke der Protokollierung und wird nach der Fertigstellung gelöscht.

Haben Sie zu dem jetzt Vorgetragenen irgendwelche Nachfragen? Sie kennen das ja aus Ihren Untersuchungsausschüssen.

Sv. Dr. Eva Högl: Das mit den Bildaufnahmen war nur neu für uns. Das wussten wir nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Also bei uns ist das so. Aber wenn es keine Einwendungen gibt, würden wir das so machen.

Wir beginnen jetzt mit der Anhörung der beiden Bundestagsabgeordneten. Ich darf Sie bitten, Frau Dr. Högl und Herr Binninger, dass Sie nach vorne kommen. – Sie haben ja fast alle Akten vom Untersuchungsausschuss aus Berlin mitgebracht.

Sachverständiger Clemens Binninger

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wir beginnen mit Herrn Abg. Binninger. Ich darf Sie zunächst bitten, dem Ausschuss Ihren Vor- und Zunamen, Ihr Alter und Ihre Berufsbezeichnung mitzuteilen und uns ergänzend mitzuteilen, ob die für die Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Sv. Clemens Binninger: Herr Vorsitzender, vielen Dank. – Clemens Binninger, 52 Jahre alt, Mitglied des Deutschen Bundestags und Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags. Die ladungsfähige Anschrift – Berlin – gilt unverändert.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Danke. – Sie haben ja vorab signalisiert, dass Sie ein Eingangsstatement abgeben wollen, und anschließend können die Fragen gestellt werden. Dann darf ich Sie bitten, jetzt Ihr Eingangsstatement abzugeben.

Sv. Clemens Binninger: Vorneweg die Frage, Herr Vorsitzender: Wie lange darf ich denn?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Also bisher haben wir noch keine zeitliche Begrenzung. Was schätzen Sie denn?

Sv. Clemens Binninger: 45 Minuten.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Da Gründlichkeit vor Schnelligkeit in dem Untersuchungsausschuss geht, dann haben Sie auch 45 Minuten. – Bitte.

Sv. Clemens Binninger: Herr Vorsitzender, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst mal für die Einladung und die Gelegenheit, hier über unsere Erkenntnisse sprechen zu dürfen. Ich begrüße es, dass es so einen Ausschuss gibt, und ich hoffe, dass wir mit unseren Erkenntnissen Ihnen etwas bei der Arbeit helfen können. Es wird nicht auf alle Fragen Antworten geben, aber das ist auch nicht der Maßstab gewesen, auch nicht für unsere Arbeit, sondern unser Maßstab war, zu versuchen, auf möglichst viele Fragen eine Antwort zu finden.

Wesentliche Grundlage jetzt meines mündlichen Vortrags ist der Abschlussbericht, den ich zusammenfassend natürlich auch vorstellen werde. Hinsichtlich der Details verweise ich aber auf diesen Bericht. Insofern werde ich nicht alles vorlesen, was da drinsteht. Das wäre auch etwas vielleicht eher ermüdend.

Ich habe mir vorgestellt, dass ich Ihnen meinen mündlichen Vortrag in vier Punkte kurz gliedere: zunächst einmal die Grunddaten des NSU-Falles, also nicht nur der Baden-Württemberg-Bezug, sondern der gesamte Komplex, einfach weil ich glaube, dass man hier keine der Taten isoliert sehen kann – man muss einmal, was nicht so lange sein wird, diesen gesamten Fall aufgenommen haben –, dann etwas zu unserer Arbeitsweise sagen, dann, welche Bereiche wir mit Baden-Württemberg-Bezug untersucht haben

und mit welchen Wertungen und Schlussfolgerungen wir das versehen haben. Da werde ich nicht alle nennen ausdrücklich, aber die mir wichtigsten. Und der letzte Punkt – der interessiert Sie ja wahrscheinlich am meisten –, welche Bereiche wir jetzt aus unserer Sicht noch vertieft untersuchen würden, wenn wir noch arbeiten würden, oder wo wir empfehlen, dass sich ein Blick hier lohnen würde. Das wären die vier Punkte.

Ich will noch einschränkend sagen, dass wir natürlich, was Ermittlungsergebnisse angeht, nicht auf dem aktuellsten Stand sind, auch nicht sein können, sondern soweit wir es in unserer Arbeit eben erfahren haben. Das Gleiche gilt für die Erkenntnisse, die in München gewonnen wurden, sodass es durchaus denkbar ist, dass der eine oder andere Punkt, den wir hier noch für uns maßgebend empfinden, Sie später, wenn Sie Ermittlungsakten bekommen, was wir ja nicht mehr bekommen, sagen können: „Das ist mittlerweile geklärt.“ Dann soll es aber auch recht sein.

Bei dem Thema „NSU und die Fehler der Sicherheitsbehörden“ – will ich deutlich vorausschicken – gibt es nicht den einen Fehler, und es gibt auch nicht die eine schuldige Behörde. Wir haben in unserer Arbeit festgestellt, dass bei vielen Akteuren in Bund und Ländern Fehler passiert sind: bei der Polizei, bei den Verfassungsschutzbehörden, bei der Justiz, aber auch bei der Politik. Wir haben auch in unserem Abschlussbericht aufgeführt, dass die Kontrolle der Nachrichtendienste ihrer Aufgabe nicht gerecht wurde. Das war an unsere eigene Adresse. Und das muss man, glaube ich, immer wieder berücksichtigen, dass es nicht den einen Fehler und den einen Schuldigen hier gibt.

Es ging uns auch nicht darum, irgendein Land oder eine Sicherheitsbehörde in irgendeiner Form schlechtzureden, überhaupt nicht. Natürlich haben die Thüringer – das wird Frau Marx näher ausführen – zunächst mal viel Kritik eingesteckt. Aber wir haben überall dort kritisiert, wo wir es für angebracht und notwendig hielten.

Es ging uns darum zu erkennen, was schiefgelaufen ist – ohne Schuldzuweisungen –, um dann die Schlüsse daraus zu ziehen, dass sich so etwas nicht wiederholt, weil es uns ja nicht ruhig lassen kann, dass wir eine Mordserie hatten mit zehn Morden, wo man nicht mal ansatzweise in die Nähe der Täter gekommen ist über all die Jahre hinweg, wo ausländische Mitbürger in neun Fällen bei den Morden das Opfer waren und wir dadurch auch eine Verunsicherung bei unseren Mitbürgern erleben mussten, die teilweise durch die Ermittlungsarbeit ja noch mal negativ betont wurde. Das soll sich ja alles nicht wiederholen. Darum ging es uns in unserem Ausschuss.

Es ging auch nicht darum, am Ende irgendwie „Skandal“ zu schreien, sondern wirklich nur zu sagen: Haben wir alle Fragen gestellt? Haben wir die notwendigen Antworten auch bekommen?

Als ehemaliger Polizeibeamter, der insgesamt 23 Jahre fast hier im Landesdienst war in verschiedenen Funktionen, aber natürlich auch als Wahlkreisabgeordneter aus Böblingen, dem Ort, wo die Einheit von M. K. und M. A. stationiert war und beide auch in meinem Wahlkreis gewohnt haben, war natürlich dieser Fall für mich noch mal in besonderer Weise auch mir nahegehend. Ich erinnere mich auch noch gut, als

ich nach dem Mord damals im Jahr 2007 mit Kollegen von Ihnen beim Trauermarsch war in Böblingen, und all diese Dinge.

Wenn wir jetzt heute berichten, tun wir das über das, was wir herausgefunden haben. Wir arbeiten weiter an dem Thema. Es wird ja immer wieder mal deutlich: Warum machen wir im Bund keinen weiteren Untersuchungsausschuss, wenn es doch noch so viele Fragen gibt? Wir haben immer gesagt: „Wir behalten das im Blick, wollen jetzt aber auch die Arbeit der Kollegen in den Landtagen abwarten.“ Sie sind ja nicht das einzige Parlament, das einen Untersuchungsausschuss eingerichtet hat, sondern in Hessen gibt es einen, in Nordrhein-Westfalen gibt es einen, sodass wir jetzt mittlerweile ein Bild haben. Bayern, Sachsen, Thüringen hatten schon einen. Thüringen wird fortsetzen. Der Bund hatte einen. Und dann, glaube ich, sind wir in vielen Bereichen mit parlamentarischer Arbeit vertreten.

Und das war auch unser Anspruch, dass wir gesagt haben als Parlamentarier parteiübergreifend, die gesamte Untersuchungsausschussarbeit, alle Beschlüsse einstimmig. Es war dieses Mal kein Kampfinstrument der Opposition. Unser NSU-Untersuchungsausschuss war kein Kampfinstrument der Opposition. Es war aber auch nicht nur eine Durchwink-Veranstaltung der Regierungsfraktionen, sondern wir haben überall dort nachgefragt, kritisch, wo es notwendig war.

Nun zu den vier Punkten. Zunächst einmal die wesentlichen Fakten des NSU-Falles chronologisch – einfach nur zur Einordnung. Da geht es nicht nur jetzt um Baden-Württemberg.

Das Trio Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe radikalisiert sich bereits zu Beginn der Neunzigerjahre in der rechten Szene, begeht erste Straftaten und gehört dann der Neonazigruppierung „Thüringer Heimatschutz“ an, deren Gruppe in Jena ist. Zu dieser Gruppe in Jena damals schon gehört auch der heute angeklagte Ralf W. Anführer dieses „Thüringer Heimatschutzes“ – insofern kann man den Namen sagen, weil er immer auch öffentlich war – ist Tino Brandt, der lange Zeit auch V-Mann war im thüringischen Verfassungsschutz, und Tino Brandt wird auch später in einem kurzen Punkt noch mal einen Bezug haben nach Baden-Württemberg.

Bereits in diesen frühen Neunziger- und Mitte der Neunzigerjahre entstehen die ersten Kontakte des Trios nach Baden-Württemberg, hier in den Großraum Stuttgart/Ludwigsburg. Bekannt und bedeutsam ist, wie ich finde, aus dieser Zeit vor allen Dingen ein Brief aus dem Jahr 1996, den Mundlos schreibt und wo er dort sinngemäß irgendeinem anderen Neonazikumpel berichtet vom Besuch hier und dort von diesem Waffenlager – er relativiert es ein bisschen –, aber jetzt sage ich mal, von der Waffensammlung schwärmt, die hier die Neonazikumpels haben.

Dieser Punkt ist am Ende bei den Ermittlungen durch die Person, die betroffen war, immer wieder deutlich relativiert worden. Ich will ihn nur nennen, weil er mir durchaus, egal, wie er hinterher im Ermittlungsverfahren relativiert wird, bedeutsam erscheint,

dass hier Mundlos 96 schon von den Waffen schwärmt, die hier die Kameraden aus seiner Sicht, also die Neonazis, haben.

Die Reisebewegungen des Trios nach Baden-Württemberg sind belegt ja auch durch die Ermittlungsgruppe „Umfeld“ bis ins Jahr 2000 mindestens, möglicherweise sogar bis ins Jahr 2001. Das war nicht immer als Trio, sondern in unterschiedlicher Besetzung. Das halte ich deshalb für bedeutsam, weil das Trio ja ab 98 untergetaucht ist und gesucht wurde und trotzdem wenig Hemmungen offenkundig hatte, hier die Kontakte weiter zu pflegen. Es sind weitere Kontakte belegt hier nach Baden-Württemberg, 2003 in Stuttgart. Das weiß man aus den Ermittlungen und natürlich durch die Tat selbst.

1998 wird im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen das Trio und andere in einer von drei Garagen Sprengstoff, TNT, gefunden, was zu verschiedenen Maßnahmen führt, auch Durchsuchungen, aber das Trio kann sich dem entziehen, kann auch nicht festgenommen werden, und ab diesem Moment, ab Januar 98 tauchen die unter. Und das, was wir heute wissen: Das Trio entzieht sich dieser Festnahme und wird relativ schnell von Jena nach Chemnitz gebracht, also von Thüringen nach Sachsen.

Trotz intensiver Fahndung in diesen Jahren gelingt es nicht, das Trio zu finden. Das haben wir im Untersuchungsausschuss auch untersucht, aber da kann Frau Marx sicher mehr dazu sagen, dass das bis heute letztendlich merkwürdig ist, dass man aufgrund der hohen Zahl an V-Leuten nicht einmal wusste, wo die sitzen. Wobei – das muss man einschränkend sagen –: Chemnitz war auf dem Schirm der Sicherheitsbehörden. Man hat dort gezielt gesucht, und das hat auch dazu geführt möglicherweise, dass das Trio dann im Jahr 2000 seinen Unterschlupf von Chemnitz nach Zwickau verlegt hat und in Zwickau in diesem Zeitraum relativ schnell dann auch noch mal die Wohnung gewechselt hat. Also wir haben 98 Jena Abtauchen, dann sofort nach Chemnitz, und dann, mutmaßlich ab dem Jahr 2000, geht es nach Zwickau, und in Zwickau wird dann noch mal die Wohnung gewechselt, später auch noch mal.

Interessant ist, wie wir in unserer Arbeit herausgefunden haben, dass es bereits in dieser Phase des Untertauchens – 98 bis 2000 – Personen gibt aus der rechten Szene, die da immer wieder mal auftauchen und einen Bezug haben nach Baden-Württemberg, also sehr früh. Ich will drei exemplarisch nennen.

Da geht es zum einen um J. W., der heute auch Beschuldigter ist im laufenden Verfahren. Er ist eine Neonazigröße in Sachsen, gehörte dort zur Gruppierung „Blood & Honour“, und er soll ja 98 den Auftrag gehabt haben – mittelbar berichtet –, Waffen für das Trio zu besorgen. Und J. W. hat ebenfalls später auch Bezüge nach Baden-Württemberg, auch hier wieder in diesen Großraum Stuttgart.

Es geht um A. G., der auch in diesem Zeitraum äußert mal bei irgendeiner, ich glaube, NPD-Schulung oder Neonazi-Treffen – weiß ich nicht mehr genau –, dass es sinngemäß dem Trio gut geht, was dafür spricht, dass er weiß, wo die sind. Und A. G. verlegt später seinen Lebensmittelpunkt auch hierher, relativ bald danach, in den Großraum Stuttgart, Richtung Rems-Murr, gehört dann auch einer Band an, die bekannt

ist für ihre Neonazimusik und wo sich auf der ersten Bekenner-DVD auch Lieder finden dieser Gruppierung. Also ich sage nicht, dass die dafür gemacht wurde, aber die Täter haben Lieder dieser Band dafür verwandt.

Und es geht um A. S., den Gründer des Ku-Klux-Klans in Schwäbisch Hall. Ich will gleich dazusagen, weil das den Herrn Sakellariou immer stört, mich übrigens auch: Da kann die Stadt Schwäbisch Hall nichts dafür, dass der dort das gegründet hat. Die Mitglieder waren bundesweit verstreut, aber er war nun mal halt dort, und das lässt sich dann nicht vermeiden.

Aber A. S. ist deshalb interessant, nicht nur weil er im Jahr 2000 hier diesen Ku-Klux-Klan gründet, sondern weil die sächsischen Behörden ihn als Kontaktmann zu A. G. führen. Die Sachsen nehmen A. G. in den Blick, weil er ja geäußert hat: „Dem Trio geht's gut.“ Also erhofft man sich, über ihn an das Trio ranzukommen. Es wird eine Liste erstellt mit verschiedenen Namen aus der Neonaziszene: Wer gehört zum Umfeld A. G.? Das sind alles Namen aus Sachsen, soweit mir erinnerlich, bis auf eine Ausnahme: A. S. aus Baden-Württemberg.

Das kann ich vielleicht nachher bei den Fragen, ob dieser Vorwurf so relativiert wurde oder wie diese Erkenntnis zustande kam – – Aber es ist interessant, dass der Gründer des KKK, hier ansässig, im gleichen Zeitraum durchaus offensichtlich so eingeschätzt wird, dass er gute Kontakte hat zur Szene in Sachsen und gute Kontakte offenkundig zu Leuten, die wiederum angeben, sie wüssten, dass es dem Trio gut geht.

Tragisch bei der gesamten Ermittlungsarbeit Ende der Neunzigerjahre – so hat es sich auch für uns dargestellt – war, dass man diese Baden-Württemberg-Bezüge aus diesem Garagenverfahren, also wo man den Sprengstoff gefunden hat, nicht erkannt, übersehen, falsch bewertet hat, was auch immer – ich maße mir da kein Urteil an –, weil man 98 in der Garage eine Adressliste gefunden hat von Mundlos. Ich habe diese Adressliste, wo jede Menge Neonazikontakte draufstehen – bundesweit verteilt –, immer so ein bisschen synonym als Landkarte der Flucht- und Tatorte bezeichnet, weil dort Adressen drauf sind aus Nürnberg – Tatort –, aus München – Tatort –, aus Rostock – Tatort – und hier aus der Region Stuttgart/Ludwigsburg – nicht direkt Tatort, aber in der Nähe.

Diese Liste hat man sichergestellt, aber hat sie nicht ausgewertet, und – das kann man, glaube ich, heute sagen – sie ist so nie bei den verschiedenen Ländern gelandet. Es wäre wahrscheinlich die Chance gewesen, das Trio früh zu entdecken und festzunehmen. Das ist die Tragik. Und auch uns ist die Liste erst im Laufe der Arbeit bekannt geworden.

Nun zur Verbrechensserie des NSU. Also wir haben die kurze Chronologie: in Thüringen „Thüringer Heimatschutz“, Untertauchen, Jena, Chemnitz, Zwickau. Das sind die Stationen. Und jetzt zur Verbrechensserie. Da beziehe ich mich jetzt auf das, was zum Zeitpunkt der Anklage eben feststand, weil ja in der Diskussion steht, ob möglicher-

weise noch weitere Sprengstoffanschläge begangen wurden. Ich nehme jetzt die Zahlen, wie wir sie damals auch hatten.

Insgesamt gehen wir oder ging man während unserer Arbeit von 27 Verbrechen aus: 15 Raubüberfälle, zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge. Die ersten Raubüberfälle beginnen bereits Ende der Neunzigerjahre, und sie dauern mit Unterbrechungen an bis 2011. Die letzten zwei Banküberfälle in Arnstadt und Eisenach sind ja auch bekannt.

Die Mordserie beginnt im Jahr 2000, der erste Mord an E. S. in Nürnberg. Dann folgen 2001 drei weitere Morde in Nürnberg, Hamburg und München, ebenfalls im Jahr 2001 – Tatvorbereitung möglicherweise im Jahr 2000 – der erste Sprengstoffanschlag in Köln, und dann reißt die Serie ab. Raubüberfälle gibt es noch, aber die Mordserie reißt ab, auch Sprengstoffanschlag keiner mehr, fast mehr als zwei Jahre. Warum, entzieht sich – also zumindest uns – bis heute unserer Kenntnis, was da passiert ist.

2004 beginnt die Mordserie wieder mit einem Mord in Rostock. Ebenfalls 2004 der Sprengstoffanschlag in Köln in der Keupstraße. Ein Jahr später, 2005, zwei weitere Morde kurz hintereinander in Nürnberg und in München. Wiederum ein Jahr später zwei Morde innerhalb von drei Tagen in Dortmund und in Kassel.

Und dann hört diese Serie ganz auf. Diese Mordserie hat ja bis dorthin von den Ermittlern den Begriff bekommen „Ceska-Mordserie“, weil bei all diesen neun Morden immer eine Ceska 83, schalldämpfverlängerter Lauf, eingesetzt gewesen sein soll. Es gab auch Morde, wo eine zweite Waffe eingesetzt war, eine Bruni, aber die Ceska war das verbindende Merkmal. Und diese Serie hört 2006 nach neun Morden auf.

Ein Jahr später der Mord am 25. April 2007 an M. K. in Heilbronn und der Mordversuch an ihrem Kollegen M. A., und dann hört die Serie ganz auf. Nach 2007 war uns jetzt kein Mord mehr, kein Sprengstoffanschlag und auch kein Raubüberfall mehr bekannt, bis dann im Oktober 2011 wieder der erste Raubüberfall beginnt in Arnstadt und dann am 4. November der Bankraub in Eisenach, wo dann Stunden später das Trio oder zwei davon sein Ende findet, das Trio auffliegt, am gleichen Tag die Explosion im Haus in Zwickau und alles, was dann danach kommt.

Ich muss auch hier dazusagen: Unser Untersuchungszeitraum hat gedauert bis 08.11., meine ich, also bis Anfang November. Alles, was danach war, war nicht Gegenstand unserer Untersuchung.

Was fällt auf bei dieser Verbrechenreihe? Es gab keine Morde, soweit uns bekannt, in Thüringen und in Sachsen, also dort, wo sie sich am besten ausgekannt haben. Aber fast alle Raubüberfälle waren in Thüringen und Sachsen – mit zwei Ausnahmen in Mecklenburg-Vorpommern. Für die Ermittler waren es verschiedene Verbrechenreihen.

Ich habe immer gesagt: Dieser Fall hat den Föderalismus an seine Grenzen gebracht, und zwar sehr schnell und sehr deutlich. Es ist nämlich nicht gelungen – und selbst

dort, wo es versucht wurde, hat man es wieder verworfen –, einen Zusammenhang herzustellen, einen Zusammenhang zwischen der Bankraubserie, die in Sachsen beginnt, und untergetauchten Neonazis, für die jemand Waffen beschaffen soll, oder einen Zusammenhang zwischen Bankraubserie und Sprengstoffdelikten oder einen Zusammenhang zwischen Sprengstoffdelikten und den Morden. Man hat das einmal gemacht beim Kölner Sprengstoffanschlag 2004. Da gab es diesen Bezug zu einem Mord in Bayern, wo man abgeglichen hat, hat es aber dann nicht weiterverfolgt, und es ist überhaupt nicht gelungen – bis zuletzt nicht, mit einer Ausnahme; auf die komme ich nachher noch mal –, einen Zusammenhang herzustellen zwischen dem Polizistenmord und der sogenannten Ceska-Mordserie.

Was noch auffällt – und das ist für mich immer wieder so ein Punkt, der mich an dieser Trio-, also Allein-Trio-These zweifeln lässt –, ist die Häufung der Verbrechen im Jahr 2000/2001. Ich habe es vorher kurz aufgezählt, ich will es noch mal schnell sagen: In diesem einen Jahr, beginnend mit dem ersten Mord – – Andersrum: In dieser Phase – so muss man sagen – wird das Trio intensiv gesucht. Das konnten wir aus den Akten, obwohl es sehr kritisch war und erfolglos und wir uns oft gefragt haben, warum man die nicht findet – – Aber in dieser Zeit wurde das Trio intensiv noch gesucht, auch mit Öffentlichkeitsfahndung, auch im Fernsehen. Beim MDR heißt die Sendung „Kripo live“, das, was bei uns „Aktenzeichen“ ist oder so.

Also es gab einen hohen Fahndungsdruck in der Öffentlichkeit. Die mussten kurz davor ihren Unterschlupf von Chemnitz nach Zwickau verlegen und haben auch innerhalb von Zwickau dann noch mal den Unterschlupf gewechselt. Das ist die Zeit, über die wir reden.

Und dann gelingt es denen, in diesem einen Jahr, wo all das passiert, was ich gerade beschrieben habe, vier Morde, zwei Raubüberfälle und einen Sprengstoffanschlag zu begehen – von Hamburg bis München, von Köln bis Chemnitz, mit den Raubüberfällen –, ohne auch nur irgendwo eine Spur zu hinterlassen, ohne auch nur irgendwo erwischt zu werden. Da sage ich persönlich mit meiner vielleicht nur durchschnittlichen Erfahrung als Polizist und Ermittler und mit den 23 Jahren: So einen Fall, dass sich untergetauchte, gesuchte Straftäter so verhalten, habe ich in 23 Jahren nie erlebt und kann ich mich, ehrlich gesagt, auch nicht daran erinnern. Das ist für mich bis heute mehr als merkwürdig, ob man so was dann alleine schaffen kann zu zweit. Gesucht werden, die Bilder werden im Fernsehen gezeigt, man muss den Unterschlupf wechseln, und trotzdem gelingt es irgendwie, diese schlimmen Verbrechen zu begehen.

Und auch auffällig war für mich in der Analyse oder für uns die unterschiedliche Vorgehensweise dieser Täter. Wir haben einerseits die Banküberfälle, wo wir aus den Ermittlungsakten entnehmen konnten, dass das hier – ich will mal sagen – nervös, aufgeregt, hysterisch, immer kurz vor der Eskalation war, manchmal auch mit Auseinandersetzung mit den Bankangestellten, der Tätertypus Banküberfall. Und gleichzeitig haben wir Täter, die bei den Morden an Eiseskälte ja nicht zu überbieten sind, in Kassel ein Internetcafé betreten, das in Betrieb ist, wo Kunden sind, oder in Heilbronn am helllichten Tag auf einer belebten Wiese zwei Polizisten angreifen und einen ermorden und ein Mord-

versuch. Das hat für uns auch nicht ganz zusammengepasst: bei den Banküberfällen sehr nervös und immer kurz vorm Scheitern, bei den Morden eiskalt.

Das soll es jetzt gewesen sein als Überblick über den NSU-Komplex, nur die wesentlichen Daten, einfach dass man ein bisschen ein Gespür dafür bekommt. Und jetzt zu unserer Arbeitsweise und was wir untersucht haben mit Baden-Württemberg.

Uns war wichtig, dass wir überparteilich agieren, dass wir alles einstimmig machen. Das ist nicht immer einfach, und jetzt muss man auch die Harmonie nicht übertreiben, und es gab auch Konflikte. Wir haben das aber immer intern gelöst in Beratungssitzungen. Wir sind nie mit Konflikten nach außen gegangen. Trotzdem blieben am Ende auch Unterschiede. Aber die Linie war überparteilich einstimmig. Auch den Bericht haben wir einstimmig beschlossen, auch die 47 Empfehlungen einstimmig beschlossen. Daneben gab es noch zwar Fraktionsvoten, aber die Kernaussagen sind alle einstimmig.

Was ein großes Problem war für uns, Herr Vorsitzender – und allein daraus ist immer der Wunsch entstanden, Baden-Württemberg möge auch untersuchen, nicht aus einem Wunsch nach Skandalisierung oder was auch immer –: Wir hatten wenig Zeit, wirklich sehr wenig Zeit. Sie haben auch nicht viel, wie ich gelesen habe. Ich will jetzt auch unsere Arbeit nicht überhöhen, aber wir hatten ja zehn Morde, die Sprengstoffdelikte, das Untertauchen und, und, und. Die Zahl der Aktenordner bei uns ging, glaube ich, über 10 000, und wir hatten gute 18 Monate insgesamt. Dann war Ende der Legislatur. Davor kommt noch Sitzungspause. Der Bericht braucht seine Zeit. Also uns war sehr schnell klar: Für die eigentliche Beweisaufnahme haben wir maximal vielleicht 15 Monate Zeit.

Und aus dem heraus mussten wir Prioritäten setzen, konnten gar nicht so in die Tiefe, wie wir vielleicht wollten, und das galt eben auch für Baden-Württemberg. Wenn wir Zeit gehabt hätten, hätten wir wahrscheinlich Köln länger untersucht, Kassel länger untersucht, Baden-Württemberg länger untersucht – gar keine Frage. Aber die Zeit hatten wir nicht.

Und wir mussten auch Schwerpunkte bilden bei der Aktensichtung und haben deshalb ja auch das Instrument des Ermittlungsbeauftragten gewählt, sogar zweimal, aber zunächst mit dem Herrn Heintschel-Heinegg, den Sie ja auch nehmen. Da kann man Sie nur beglückwünschen. Also a) ist er ein Kenner der Materie, er ist ein Kenner der Akte, und er hat uns auch viel Arbeit wirklich abgenommen. Natürlich: Er hat vorselektiert, er hat uns empfohlen, was man vordringlich lesen muss. Das wird er bei Ihnen wahrscheinlich auch machen, wenn Sie ihn mit entsprechenden Aufträgen versehen.

Aus Baden-Württemberg haben wir sieben Zeugen im engeren Sinne vernommen, noch einen weiteren, aber das war der Profiler. Der kam zusammen mit dem Profiler H.. Da ging es mehr um diese operative Fallanalyse auch für die Ceska-Serie. Also das war jetzt keine typische Baden-Württemberg-Vernehmung. Aber sieben waren es.

Ich will die Zeugen jetzt nicht explizit namentlich nennen, aber der Funktion nach: zwei LfV-Präsidenten – zwei ehemalige –, eine Referatsleiterin Auswertung Rechtsextre-

mismus, einen V-Mann-Führer und einen Pensionär, der aus einem anderen Bereich kam, aber der eben einen Hinweis gegeben hat. Das waren die Zeugen aus dem Verfassungsschutz, fünf Stück an der Zahl. Wir haben zwei aus dem Bereich der Polizei nur vernommen, beide vom LKA, den letzten Leiter der Sonderkommission und einen Inspektionsleiter – zumindest in der Zeit – zum Thema Rechtsextremismus, was die Erkenntnisse angeht. Und wir haben einen Zeugen aus dem Bereich der Justiz vernommen, den zuständigen Staatsanwalt aus Heilbronn. Und eben, wie gesagt – aber das war nicht BW-Bezug –, den Profiler zusammen mit dem Kollegen aus Bayern.

Jetzt zu den wesentlichen Untersuchungsergebnissen. Ich nenne nicht alle – da werde ich auf den Bericht verweisen für jedes Detail –, aber die für mich und uns wesentlichen, chronologisch.

Eine der Erkenntnisse habe ich vorhin schon angedeutet: Diese intensiven Reisebewegungen und Kontakte des Trios – ob als Trio oder in anderer Zusammensetzung, ob als größere Gruppe oder allein – nach Baden-Württemberg, beginnend in den Neunzigerjahren und in Baden-Württemberg schwerpunktmäßig eben konzentriert auf diesen ganzen Bereich Ludwigsburg und drumherum, war für uns schon auffallend, weil wir es so in dieser Häufigkeit in kein anderes Bundesland gesehen haben, also kein anderes Tatortland, muss man sagen. Natürlich sind die Kontakte in Thüringen und Sachsen logischerweise am intensivsten gewesen, aber in kein anderes Tatortland, was die Morde angeht. Bayern war noch einiges, aber Baden-Württemberg war schon auffällig stark vertreten.

Dieser Brief mit den Waffen, der beschäftigt mich deshalb oder uns, Herr Vorsitzender, weil ich nicht weiß, ob man mal so richtig der Frage nachgegangen ist: Woher hatten die denn ihre restlichen Waffen? Wir reden natürlich in der Öffentlichkeit stark über die Ceska, die Haupttatwaffe, und deren Weg aus der Schweiz, Mittelsmänner, Szeneladen in Thüringen, dann irgendwann übergeben. Der ist ziemlich genau nachvollzogen. Aber die waren ja am Ende im Besitz von knapp unter 20 Waffen, schweren, Pumpguns, eine Maschinenpistole, zum Teil altes Gerät. Aber das kriegt man ja auch nicht so irgendwie an der Ecke in die Hand gedrückt. Das muss man ja sich auch über illegale Kanäle besorgen. Und das hat uns immer noch beschäftigt, zu sagen: Woher haben die denn die anderen Waffen? Und wenn es sehr früh mal einen Hinweis gibt auf eine Szene oder auf eine Person, wo diese Waffenaffinität deutlich wird, wäre das für uns schon auch ein Punkt, den man noch mal betrachten könnte.

Und eben auch – das hatte ich vorhin angesprochen –, dass die keine Hemmungen hatten, nach 98, obwohl sie ja schon gesucht wurden, noch relativ unbeschwert hier nach Baden-Württemberg zu kommen zu ihren Neonazikumpels, auch um Party zu machen oder was auch immer. Das mag abgebrüht sein oder was der Grund war, aber es fällt auf jeden Fall eben auf.

Das war der erste Teil der Erkenntnisse.

Zweitens: Ku-Klux-Klan. Der wurde – jetzt um die Gruppierung, über die wir reden; es gibt ja immer wieder andere Gruppierungen KKK, die genannt werden, aber die, mit der wir uns befasst haben – – Gründung im Oktober 2000 wohl durch A. S. und Ende wohl gegen 2003. Die Bedeutung dieser Gruppe darf man nicht zu hoch einschätzen. Nach all dem, was wir aus den Akten wissen, war das ein relativ, ja, ich würde fast sagen, zerstrittener Haufen mit gegenseitigem Misstrauen. Aber es ist natürlich eine Gruppierung, die extrem rassistisch ist, fremdenfeindlich und deshalb in jeder Hinsicht ein Beobachtungsobjekt und auch ein Objekt sein muss, das der Staat verhindert.

A. S. selbst gilt als jemand, der gute Kontakte hat zur Neonaziszene in Sachsen. Darauf hatte ich vorhin hingewiesen. Seine Rolle scheint uns bislang noch nicht ausreichend auch beleuchtet. Und in dieser KKK-Gruppe waren wohl 20 Mitglieder aus verschiedenen Bundesländern – kein Schwerpunkt, in der Region natürlich auch ein paar, wie immer, wenn der Anführer dort agiert, aber insgesamt verteilt.

Ab 2001 zeitweise dann zwei Polizeibeamte als Mitglieder – der Fall als solcher ist ja bekannt –, darunter auch der Polizeibeamte, der dann 2007 der eingeteilte – nicht der etatmäßige – Gruppenführer für die Einsatzgruppe war der Bereitschaftspolizei Böblingen, zu der M. K. und M. A. gehörten, also quasi der Vorgesetzte an diesem Tag im Einsatz. Auch der und ein weiterer aus dieser Einheit waren zeitweise Mitglieder in diesem Ku-Klux-Klan.

Wir haben es in den Akten – insoweit kann ich das ja auch beschreiben – versucht nachzuvollziehen: Gab es mehrere als die zwei? Das war ja die spannende Frage. Man kann, glaube ich, sagen: Mitglieder gab es nach unserem Kenntnisstand nur zwei, diese beiden.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Aber jetzt.

Sv. Clemens Binniger: Herr Vorsitzender, jetzt wird es natürlich immer ein bisschen semantisch. Ab wann sind ...

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Mitglieder.

Sv. Clemens Binniger: ... Interessenten eigentlich auch schon ein Problem? Ich sage: Die sind eins. Also ein Polizist, der Interesse hat am KKK, der gehört nicht zur Polizei. Und deshalb ist die Frage „Wie groß war der Kreis der Interessenten drumherum?“ auch schon etwas, was wir nicht abschließend klären konnten. Es war von drei immer wieder die Rede. A. S. selbst hat dazu widersprüchliche Angaben gemacht, einerseits ganz tief gehängt, dann wieder in öffentlichen Verlautbarungen – jetzt auch später – von einer Gruppe, glaube ich, bis zu zehn gesprochen, meine ich mich zu erinnern. Es ist offen. Das will ich einfach als Ergebnis sagen. Zwei Mitglieder, Interessenten, aber wie konkret, wie viel, das wäre etwas, was man sich möglicherweise noch mal anschauen müsste.

Und dann hat natürlich diese Gruppe KKK von A. S. ein Mitglied gehabt, das durchaus stark im Mittelpunkt unserer Arbeit stand und steht, einen Neonazi, der zu dieser Zeit V-Mann war des Bundesamts für Verfassungsschutz, V-Mann „Corelli“, der an verschiedenen Stellen für uns eine Rolle gespielt hat. Er hat Hinweis gegeben auf Mundlos bereits Mitte der Neunzigerjahre. Also er muss ihn wohl gekannt haben. Er ist 98 auf dieser Garagenadressliste von Mundlos aufgeführt gewesen mit der Telefonnummer.

Er hat im Jahr 2002 – Mitherausgeber wäre wahrscheinlich zu hoch gegriffen – den Serverplatz bereitgestellt und die IT-Know-how für so ein Neonazi-Heftchen „Der Weiße Wolf“. In diesem „Weißen Wolf“ gibt es im Jahr 2002 eine Dankanzeige an den NSU, sinngemäß: Vielen Dank für die Unterstützung; hat sehr geholfen. Der Kampf geht weiter. – Also in die Erstellung dieses Hefts war „Corelli“ in irgendeiner Weise wohl auch involviert. Und wir befassen uns aktuell damit, ob die sogenannte NSU-CD – zum Teil eine DVD –, die aufgetaucht ist jetzt in den letzten Monaten und die wohl im Jahr 2006 in der Szene vereinzelt in Umlauf gebracht worden sein soll, von ihm stammt.

Das alles ist deshalb für uns so relevant, weil eine Person, die möglicherweise mit dem Begriff NSU etwas anfangen konnte – schon viel früher –, gleichzeitig V-Mann war, gleichzeitig Mitglied war in dieser KKK-Gruppe, natürlich immer auch das Potenzial beinhaltet, dass man über eine Gruppe NSU auch mal redet, vielleicht nicht sagt, wer sich dahinter verbirgt – oder jeder meint was anderes damit; mag auch sein. Aber deshalb ist diese Mitgliedschaft für uns auch so von Bedeutung – zu dieser kleinen Gruppe, die wir da identifiziert haben.

Wir haben uns auch mit der Frage befasst: Gab es in dieser KKK-Gruppe einen V-Mann des LfV? Den gab es; das steht auch im öffentlichen Teil des Berichts. Wir haben ihn aber nicht namentlich eingegrenzt. Das wäre jetzt ein Punkt, über den wir nachher vielleicht intern auch noch mal reden könnten, auch aus Gründen der Fairness auch gegenüber den Zeugen des LfV. Die haben ihn uns auch, ich sage mal, anhand von Merkmalen beschrieben, aber es sind da keine Namen gefallen. Wichtig ist, dass dieser V-Mann sehr schnell abgeschaltet wurde. Also da sind wohl Gründung KKK und Abschalten sehr eng beieinander. Gleichwohl – dann müsste man es halt so formulieren –: Ein Mitglied des KKK war dann vorher V-Mann des LfV. Die Formulierung scheint mir zumindest zulässig. Aber da können wir für Details vielleicht nachher das besprechen.

Das waren – jetzt wieder auch chronologisch – BW-Bezug, die Reisebewegungen, der KKK mit den zwei Polizeibeamten als Mitgliedern, dem V-Mann „Corelli“ als Mitglied, der vielleicht Wissen hatte über eine Gruppe NSU aufgrund der Publikationen und der CD.

Dann sind wir im Jahr 2003, etwas, was wir natürlich auch erst im Nachgang erfahren haben, als ein ehemaliger Mitarbeiter des LfV sich zunächst ans BKA gewandt hat mit einem Hinweis und dann am Ende auch als Zeuge bei uns gelandet ist. Der Pensionär des LfV bekommt eben die Berichterstattung mit im Fernsehen über die aufgeflogene Terrorzelle, hört den Namen NSU, weil ja die Bekenner-DVD dann auch öffentlich war, hört den Namen Mundlos und erinnert sich daran: Halt, stopp, da war doch mal ein Ge-

spräch im Jahr 2003, wo mir jemand etwas von einer Gruppe NSU erzählt hat. Dieses Gespräch wurde vermittelt von einem Pfarrer aus der Nähe von Heilbronn: Also es gibt einen Informanten, der will mit jemandem reden. Der Pfarrer vermittelt. Das Gespräch findet statt.

Der Verfassungsschutzmitarbeiter hat aber auch zu uns gesagt, er hat damals seinen Gesprächspartner als wenig seriös – jetzt sinngemäß – eingestuft, weil der – das kommt durchaus häufig vor – natürlich alle Themen, die man so präsent haben kann, wo Hinweisgeber gern mal nennen, von, ich glaube, Mossad, Mord an Olof Palme – ich kriege jetzt nimmer alle zusammen – – Halt so ein breiter Strauß, und dann kommt irgendwann am Ende oder zwischendrin der Hinweis, es gäbe dann eine Gruppe, die nennt sich NSU, da sei ein Mundlos dabei, die will was machen gegen Ausländer – so sinngemäß. Diesen Hinweis hat er damals nicht verschriftlicht, vielleicht auch, weil er dem Hinweisgeber ja ansonsten nicht getraut hat, aber sich daran wieder erinnert, als die Berichterstattung kam 2011.

Das Gespräch ist bestätigt. Das fand statt; daran gibt es keinen Zweifel. Die Gesprächspartner bestätigen aber nicht, dass hier der Begriff NSU gefallen sei. Der Zeuge wiederum sagt zu uns, er sei sich sehr sicher, weil der Begriff NSU – – Für jemanden, der aus der Region kommt, Neckarsulm, hat NSU ja eine ganz andere Bedeutung; deshalb hätte er sich das merken können.

Hier hatten wir im Ausschuss einen kleinen Dissens. Die Eva Högl hat – – Ich weiß nicht, wie du gesagt hast.

(Sv. Dr. Eva Högl: Spinner!)

Sie glaubt ihm kein Wort – in der etwas längeren Form. Ich habe mich immer gefragt: Warum soll ein Pensionär des Verfassungsschutzes sich das antun, so eine Erinnerung irgendwie zu erfinden oder da alles durcheinanderzubringen und damit so in die Öffentlichkeit zu gehen, dann ja auch so kritisiert zu werden? Ich kann es auch nicht beurteilen, ob es am Ende so war oder nicht. Aber ich werde später bei den Punkten sagen, was man noch untersuchen könnte.

Was wir damals nicht so wussten, was wir jetzt heute in der Gesamtschau deutlicher auf dem Schirm haben: Wir haben uns damals immer gefragt: Warum soll gerade im Jahr 2003 bei irgendeinem Gespräch der Begriff NSU fallen? Der war doch geheim, den kannte doch keiner. Den hat man erst ab 2011 dann erkannt mit der „Paulchen Panther“-DVD, dieser menschenverachtenden.

Jetzt in der Gesamtschau stellt sich das natürlich ein bisschen anders dar. Wir haben die Reisebewegungen in die Region, wir haben im Jahr 2002 das Neonazi-Heftchen „Der Weiße Wolf“; da wird dem NSU gedankt. Wir haben einen V-Mann „Corelli“, der möglicherweise eine sogenannte NSU-DVD in den Umlauf gebracht hat. Und der Hinweisgeber, der als nicht seriös eingestuft wurde, war ja schon auch jemand, der sich da in der Region Heilbronn getummelt hat, sodass man schon die Frage stellen müsste: Ist

es völlig ausgeschlossen, dass bei irgendwelchen Treffs nicht vielleicht doch mal der Begriff gefallen ist, ohne zu sagen, was dahintersteht? Also das bleibt im Prinzip einfach auch offen.

Dann – haben wir aber nicht näher untersucht, aber in der Chronologie gehört es für mich dazu als Ereignis mit Baden-Württemberg-Bezug – kauft der Anführer des „Thüringer Heimatschutzes“, ehemaliger V-Mann Tino Brandt, ein Haus in der Nähe von Heilbronn. Wir haben es nicht im Detail untersucht. Deshalb wird das auch sicher einer der Punkte sein, die wir Ihnen eher empfehlen. Denn so, wie wir erfahren haben, war er da nur Strohmännchen; also der hat für jemand anders quasi als Käufer fungiert, und das Ganze muss im Zeitraum 2004 bis 2008 sich abgespielt haben.

Was es dazu an näheren Erkenntnissen gibt, ob man das Haus mal untersucht hat genau, ob man geguckt hat: „Wer hat sich da aufgehalten? Gibt es in dem Haus noch irgendwie Spuren von anderen?“, könnte ich jetzt nicht beantworten. Aber ich halte es zumindest – jetzt könnte man sagen „Zufall“; kann auch sein – für etwas, was man auch noch mal im Detail anschauen könnte.

Und dann kommt der Mord selbst im Jahr 2007, 25. April, Tatzeit wohl eingrenzbar auf 14 Uhr in Heilbronn auf der Theresienwiese. Und da will ich jetzt nur auf die Dinge abheben, die wir eben herausgearbeitet haben oder die auffallend sind oder anders sind.

Es beginnt bei den Tatwaffen. Obwohl Teil einer Serie, so wie der GBA es ja auch beschreibt, verwenden die beiden – ich weiß nicht, ob es zwei waren –, verwenden die Täter – so muss man es formulieren, wenn man ganz korrekt sein will – zwei andere Waffen – keine Ceska, keine Bruni, sondern eine Radom und eine Tokarew.

Nach dem Mord werden die Dienstwaffen und Ausrüstungsgegenstände der Polizisten entwendet. Die Tatwaffen, also die Radom und die Tokarew, werden dann am 4. November – nicht am 4. November, sondern in den Tagen danach wohl – in Zwickau gefunden, allerdings nicht im Haus direkt, sondern im Brandschutt vor dem Haus, wie man überhaupt viele der entscheidenden Beweismittel alle im Brandschutt gefunden hat. Das muss man einfach zur präzisen Beschreibung dazusagen. Dort werden die Tatwaffen gefunden. Die Dienstwaffen, die Opferwaffen werden in Eisenach gefunden im Wohnmobil, das beim letzten Banküberfall eingesetzt wurde.

Das vielleicht ganz kurz zu den Tatumständen. Wir kommen wahrscheinlich nachher bei der Frage „Zufallsopfer oder mehr als drei“ noch mal vertieft darauf. Aber das will ich jetzt zunächst zurückstellen.

Die Ermittlungen wurden zunächst bei der PD Heilbronn geführt durch die Soko „Parkplatz“, dann im Jahr 2009 in das Landeskriminalamt überführt und von dort dann weiter betrieben, letztendlich bis jetzt zum Ende. Ich weiß nicht, ob die Soko „Parkplatz“ irgendwann aufgelöst wurde. Aber die arbeitete ja noch am 04.11. die offenen Spuren ab.

Für uns wurde deutlich – das muss man noch mal sagen auch in Richtung der Heilbronner –: Es wurde mit außerordentlich hohem Aufwand und Engagement ermittelt. Das hat von uns nie jemand bestritten. Dass der Wille und das Interesse da waren, diesen Fall zu klären, war überall spürbar, wie ich überhaupt sagen würde: Ich habe in meinem Berufsleben keinen Polizisten kennengelernt, der nicht alles daransetzt, solche Delikte zu klären. Das ist schon so.

Trotzdem gab es Kritikpunkte, die wir herausgearbeitet haben, und dazu will ich auch kurz Stellung nehmen.

Ich hatte Ihnen ja vorhin gesagt, Herr Vorsitzender: Wir haben zu diesem ganzen Komplex Heilbronn-Ermittlungen nur zwei Zeugen vernommen: den letzten Soko-Leiter aus dem LKA und den zuständigen Staatsanwalt. Wir haben natürlich umfangreiche Akten bekommen, und wir haben in Teilen auch noch Ermittlungsakten bekommen aus der Zeit nach dem 4. November. Da gab es ja den Regionalen Ermittlungsabschnitt Baden-Württemberg der BAO „Trio“ beim BKA. Aber die waren nicht mehr Gegenstand unserer vertieften Untersuchung, weil wir ja nicht die laufenden Ermittlungen zu untersuchen hatten, sondern das, was in der Vergangenheit war. Das ist eine Beschränkung, an die Sie nicht gebunden sind. Wenn ich jetzt mal unterstelle, dass alle Behörden, die uns gut behandelt haben, auch Sie gut behandeln, müssten Sie eigentlich vom GBA und auch vom Gericht in München auch die Ermittlungsakten bekommen mit Baden-Württemberg-Bezug, und dann haben Sie da den Überblick. Also wir haben uns mit den Ermittlungen in der Vergangenheit befasst.

Ich will ein paar der für uns wichtigsten Befunde nennen. Ein Fehler, der eigentlich sich wie ein roter Faden durch alle Ermittlungen zieht in dieser Mordserie: Ein politisch motivierter Anschlag wurde ernsthaft nie in Betracht gezogen. Begründung u. a.: fehlendes Bekennerschreiben. Das war in Köln so, bei anderen Dingen auch.

Wir haben heute daraus gelernt, dass Rechtsterrorismus, so wie wir ihn in Deutschland bisher leider erleben mussten, sich so gut wie noch nie bekannt hat. Es war vielleicht, dass die Ermittler gefangen waren im Erfahrungswissen. Bei der RAF über drei Generationen gab es immer Bekennerschreiben. Bei islamistischem Terror oder Al Kaida gab es häufig davor oder danach Videobotschaften. Bei Rechtsterrorismus gab es eben keine, und da dann zu sagen: „Weil wir kein Bekennerschreiben hatten, schließen wir das irgendwie aus“, war sicher einer mit der Kritikpunkte.

Zweiter Punkt: die Spur der Phantomfrau. Ich weiß nicht, ob Sie das noch näher untersuchen. Wir haben das nicht in dem Detail näher untersucht: Wie konnte das passieren etc.? Aber wir haben es natürlich mit betrachtet und können nur so viel sagen: Nicht, dass deswegen andere Spuren unter den Tisch fielen – das glaube ich nicht –, aber natürlich hat diese Phantoms Spur von 2007 bis 2009 viel Ermittlungskapazität gebunden. Und als dann der Fehler aufflog, war quasi für die dann übernehmenden Landeskriminalamtsbeamten einfach noch mal ein umfassendes Spurencontrolling notwendig, sprich also Zeit und Kraft und Ermittlungskapazität hat sicher einiges gekostet.

Dritter Punkt: Die Kontrollstellenlisten der Ringalarmfahndung vom 25. April 2007 wurden konsequent und umfassend ausgewertet im Jahr 2010.

Vielleicht muss man zwei Sätze dazu sagen, Ringalarmfahndung, wie das läuft. Es sind ja hier Ministeriumsvertreter da. Wenn ich zu viel über die Arbeitsweise verrate, Herr K., dann geben Sie Laut. Aber ich glaube es eigentlich nicht, weil das kann man ja sagen.

In Heilbronn war es so: Nach Bekanntwerden des Mordes wird diese Ringalarmfahndung ausgelöst. In aller Regel wird damit ein Radius vorgegeben, und innerhalb dieses Radius besetzen Polizisten mit ihren Streifenfahrzeugen vorgegebene Punkte und schreiben dort auf, wer daran vorbeifährt. Es wird also nicht kontrolliert. Das war auch hier nicht der Fall. Sie können auch nicht kontrollieren, wenn Sie nicht wissen, nach was Sie suchen. Und das war hier ja auch der Fall. Man hatte ja keinerlei Hinweise in dieser frühen Phase – also wir reden um 14:30 Uhr am Tattag – auf das Fluchtfahrzeug. Also werden alle Kennzeichen notiert, die an einem bestimmten Punkt vorbeifahren. Dann hat man diese Liste erfasst handschriftlich. Das wird hinterher dann zusammengeführt. Und dann war es unsere Auffassung, unsere Bewertung: Wenn man so etwas macht, muss man es danach auch erfassen EDV-mäßig, und man sollte es auch auswerten und sollte auch schauen, ob es Hinweise gibt auf bestimmte Autos, und dann abgleichen: Kommen die in diesem Fahrzeugbestand vor?

Uns hat damals der Zeuge gesagt: Bei der großen Masse an Kennzeichen – ich glaube, über 30 000 – wäre das ein unverhältnismäßig hoher Aufwand gewesen. Ich will dem halt entgegenhalten: Später hat man es dann gemacht. Also man hat es ja nicht nie gemacht. Man hat es dann eben sehr wohl gemacht.

Und, was ja eben die Tragik verdeutlicht: An einem der Kontrollpunkte dieser Ringalarmfahndung, am Kontrollpunkt Oberstenfeld, notiert die dortige Streife zwischen 14:30 Uhr und 14:37 Uhr ein Wohnmobil aus Chemnitz mit dem Kennzeichen C-PW 87. Es ist, wie wir heute wissen, das Wohnmobil, das der NSU angemietet hat unter Aliasnamen H. G. wohl, und tatsächlich wird es wohl Böhnhardt gewesen sein.

Vierter Punkt: Das Opfer M. K. hatte ein privates E-Mail-Konto bei Yahoo. Das wurde nicht ausgewertet. Die Begründung, die Adresse sei nicht bekannt gewesen, hat uns nicht überzeugt, weil es in Thüringen durchaus Bekannte gab, die wohl die E-Mail-Adresse kannten. Als man dann die E-Mail-Adresse jetzt auswerten wollte, kam die Mitteilung von Yahoo: Konto ist aufgelöst wegen Inaktivität und gelöscht. Also diese Erkenntnisse, die vielleicht – wir wissen es auch nicht – dort gewesen wären, hat man verschenkt.

Fünfter Punkt: Im Umfeld des Tatorts gab es zahlreiche Videoüberwachungskameras. Die Videoaufzeichnungen wurden sichergestellt im Jahr 2007. Mit der vollständigen Auswertung wurde ab 2010 begonnen. Auch das war für uns ein Punkt, den wir kritisch angemerkt haben.

Und zwei Tage nach der Tat werden, abgesetzt vom Tatort, am Neckarufer fünf Taschentücher mit Blutantragungen gefunden, die aber molekular-genetisch erst im Jahr 2009 untersucht werden. Das war für uns deshalb kritikwürdig, weil es ja Erkenntnisse der Polizei gab, dass sich die beiden Täter beim Entwaffnen der Opfer mit Blut verschmiert haben müssen.

Der Zeuge, den wir hatten, hat zu all diesen Punkten auch Stellung genommen – das will ich hier nicht verschweigen – und hat die Punkte, die wir kritisch gesehen haben, durchaus versucht zu erklären und auch zu relativieren, z. B. bei den Tempotaschentüchern – ich weiß nicht, ob es Tempos waren –, bei den blutverschmierten Taschentüchern, dass es zu weit weg gewesen sei vom Tatort und dass man die Spur ja dann aufgegriffen hätte, als ein Zeuge sich gemeldet hat, der jemand gesehen haben will mit blutverschmierten Punkten. Also die Erklärungen, warum man so und nicht anders gearbeitet hatte, die gab es. Sie haben uns aber in Summe nicht überzeugt; für uns blieb das kritikfähig.

Und dann der letzte Punkt, den ich hier erwähnen will, was unsere Erkenntnisarbeit angeht – noch ein paar Punkte stichwortartig –: Zeugen, die blutverschmierte Männer in Tatortnähe oder potenzieller Fluchrichtung gesehen haben.

Wir haben uns drei Zeugen genauer angeguckt. Da gibt es eine Zeugin auf der Otto-Konz-Brücke. Die muss halten an der roten Ampel. Es gibt einen Zeugen auf dem Neckaruferweg; der läuft Richtung Theresienwiese. Und es gibt einen Zeugen; der bewegt sich zu Fuß in der Nähe von Wertwiesenpark, Sontheimer Brücke. Alle drei haben nichts miteinander zu tun, und alle drei sehen – ich verkürze jetzt die Zeugenaussagen – einen Mann, der im Oberkörper mit Blut verschmiert ist. Bei der Zeugin 1 springt einer ins Auto auf der Otto-Konz-Brücke, beim Zeugen 2 kommt diese blutverschmierte Person in Begleitung eines Pärchens, also ein Trio – zwei Männer, eine Frau –, ihm entgegen, und beim Zeugen 3 kommt eine Person mit blutverschmiertem Oberkörper aus dem Wertwiesenpark, rennt über die Straße und springt in ein wartendes Auto, der Fahrer ruft noch „dawai, dawai!“, und dann fahren die weg.

Ich will – vielleicht kommen wir auch in der Fragerunde noch drauf – nicht verhehlen, dass Staatsanwaltschaft Heilbronn und auch Generalbundesanwalt diesen Zeugen keine Bedeutung beimessen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Allen drei jetzt nicht?

Sv. Clemens Binniger: Allen drei nicht. Ich will aber nicht verhehlen, dass wir ihnen schon Bedeutung beimessen. Ich kenne auch die Kritikpunkte, die – wir hatten ja mit dem Staatsanwalt die Vernehmung – man uns gesagt hat. Also die Kritikpunkte waren – jetzt verkürzt wiedergegeben, zusammenfassend –: Die Zeugen erinnern sich zum Teil unpräzise oder korrigieren sich. Das kann sein. Wenn Sie eine ältere Dame im Abstand von zwei Jahren vernehmen, dann ist das denkbar, dass die sagt: „Ich weiß nimmer alles so genau.“ Der eine Zeuge meldet sich erst wohl rund zwei Jahre nach der Tat, aber mit der Begründung: „Sie haben doch die Phantomfrau gesucht. Ich habe mich

nicht getraut zu melden.“ Der dritte Zeuge beschreibt sie detailliert, kann aber dann das Kennzeichen des Autos nicht ablesen, dieses Fahrzeugs mit „dawai, dawai!“. Das würde ich jetzt nicht als Schwäche ansehen. Aber das waren Kritikpunkte. Die Phantombilder sind wenig geeignet vielleicht in Teilen. Sie sehen vor allen Dingen so gut wie keins Mundlos und Böhnhardt ähnlich, was jetzt für mich kein Ausschlussgrund wäre.

Und eines der Hauptargumente – das hat sogar Eingang gefunden in die Anklageschrift, das war auch das Argument des Staatsanwalts –: Er sagt: Wenn das Wohnmobil zwischen 14:30 Uhr und 14:37 Uhr am Kontrollpunkt Oberstenfeld festgestellt wird – – Und man braucht von Oberstenfeld – es sind ja genug Regionalkundige hier – zurück zur Theresienwiese bei normalem Verkehrsverlauf 20 Minuten, vielleicht ein paar Minuten mehr, wenn es gut läuft – kurz danach lief dann gar nichts mehr an Verkehr –, aber 20, vielleicht auch einen Tick länger.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein bisschen mehr!)

Wenn es viel länger wäre, wird es schwierig, weil dann bricht was zusammen – aber egal. Das Argument war: Die Täter müssen spätestens ab 14:17 Uhr im Wohnmobil gesessen sein auf dem Weg Richtung Oberstenfeld, und jeder Zeuge, der danach jemanden sieht, das kann nichts mehr mit der Tat zu tun haben. Das war so eines der Hauptausschlusskriterien für diese Spur.

Uns hat das nicht ganz überzeugt, weil wenn man ganz präzise fragen würde, muss man sagen: Worin besteht die Erkenntnis? Die besteht darin, dass am Kontrollpunkt in Oberstenfeld ein Wohnmobil notiert wurde, das, später festgestellt, mutmaßlich Böhnhardt angemietet hat. Aber niemand hat gesehen: Wie viele sitzen da drin? Wer sitzt am Steuer? Sitzen vorne zwei, hocken hinten noch drei? Man weiß es schlicht und einfach nicht, und soweit ich jetzt den letzten Ermittlungsstand, den wir noch hatten, übersehen kann, ist es auch nicht gelungen, das festzustellen, sodass man sagen kann: Streng genommen fährt ein Auto, das mit der Tat zu tun hat, aber wer drin war, das war für uns eben an dem Punkt zu vorschnell.

Und jetzt will ich ein paar Punkte weglassen. Ich bitte um Nachsicht auch gegenüber meiner Kollegin, dass ich zu lang geredet habe. Ich will nur noch vier Punkte nennen, die wir untersucht haben, aber jetzt nicht vertieft hier aufführen.

Ich hatte vorhin gesagt, es gab kaum eine Chance, die verschiedenen Verbrechensserien zusammenzuführen: Raubüberfälle, Morde etc. Man hat es mal versucht bei einer Tat in Bayern mit den Sprengstoffanschlägen. Man hat aber meines Wissens nie den Zusammenhang intensiv versucht oder überhaupt gesehen zwischen dem Mord an der Polizistin und der Ceska-Mordserie. Natürlich sind zwei andere Waffen verwandt worden. Also das Merkmal der Ceska-Mordserie war ja gerade nicht vorhanden. Deshalb war auch der Zusammenhang jetzt nicht unbedingt hier augenscheinlich.

Aber der Patenonkel des Opfers hat relativ früh – im Mai 2007 – bei einer Vernehmung gesagt – jetzt zitiere ich, was den Begriff angeht –: Für ihn hängt die Tat mit den Tür-

kenmorden zusammen. Das war auch schon Thema vor Gericht. Das ist relativiert worden. Er sagt, er hat den Hinweis von einem Kollegen gekriegt vom entsprechenden Dezernat, der gern vielleicht spekuliert. Es ließ sich nicht mehr einordnen, wann dieser Hinweis kam. Aber es steht halt im Raum, dass sogar ein naher Angehöriger des Opfers, selbst Polizist, das mal gesagt hat.

Wir haben uns befasst mit der Frage: Waren amerikanische Nachrichtendienste am Tatort? Wir haben uns befasst mit dem Hinweis einer V-Person „Krokus“, die gesagt haben will: „Der verletzte Polizist soll ausgespäht werden.“ Und wir haben uns eigentlich nicht mehr befasst – aber wir haben ihn erwähnt – mit F. H., der mal geäußert haben soll, er wüsste, wer den Polizistenmord begangen hat, dann das hinterher auch wieder relativiert hat, statt NSU dann noch eine andere Gruppierung aus Öhringen ins Spiel gebracht hat. Im Bericht waren es nur wenige Zeilen, aber als er noch mal befragt werden sollte, bringt er sich ja an dem Morgen um.

Nur ein anderer Strang, dass Sie sehen, uns beschäftigt ein fast ähnlicher Fall: Als der V-Mann „Corelli“ aus dem KKK befragt werden sollte zur NSU-CD, lag er ja auch tot im Bett mit einer nicht erkannten Diabetes. Also den Fall haben wir damals erwähnt als Hinweisgeber, aber jetzt natürlich nicht mehr im Detail untersucht.

Und jetzt will ich mit den Fragen „Was sollte noch vertieft untersucht werden?“ – gibt es jetzt sicher genügend Gelegenheit – meiner Kollegin das Wort geben und mich vorneweg noch mal entschuldigen für das zu lange Reden.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Können wir so verfahren, dass wir jetzt, nachdem wir ganz frisch Ihren Bericht gehört haben, zuerst die Fragen an den Kollegen Binninger richten und dann die Frau Dr. Högl extra? Weil sonst, wenn sie jetzt wieder, dann wäre es besser, wir gehen jetzt gleich mal auf Ihren Bericht ein.

Sv. Clemens Binninger: Wie Sie möchten. Ich wollte nur ihr gegenüber nicht unhöflich sein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Nein. Wir sind Frauen gegenüber nie unhöflich im baden-württembergischen Landtag. Von daher gesehen machen wir das jetzt einfach wie besprochen. Ja?

Sv. Clemens Binninger: Die Kolleginnen schauen jetzt etwas gequält.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Nein, überhaupt nicht. Sie lachen alle. Gucken Sie, die lächeln alle.

So. Gehen wir mal in die Befragung. Herr Binninger, Sie haben – –

Sv. Clemens Binninger: Soll ich dann noch den Punkt machen, was nach unserer Ansicht – –

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja.

Sv. Clemens Binniger: Dann kann ich das noch dranhängen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja. Dann machen Sie den.

Sv. Clemens Binniger: Wir sind ja immer wieder gefragt worden, auch durchaus kritisch: „Was gibt es noch zu untersuchen? Die Fragen sind geklärt.“ Und ich will ja auch nicht verkennen, dass das Innenministerium hier eigene Berichte ja erstellt hat zum KKK und zur EG „Umfeld“. Ich habe aber deutlich gemacht, dass unser Bedarf an eigener Inaugenscheinnahme von Akten und eigener Bewertung halt immer unser Maßstab war und wir bei Baden-Württemberg, aus der Zeit heraus geschuldet, nicht so in die Tiefe gehen konnten.

Mit all dem, was wir jetzt heute wissen, gibt es für mich ein paar Punkte, die man noch mal – nicht „noch mal“ –, die man vielleicht vertieft oder neu durch Sie untersuchen könnte. Ob Sie das machen, ist selbstverständlich Ihnen ganz allein überlassen. Das ist ja von uns nur eine Anregung. Wenn Sie sagen: „Das wissen wir schon aus unseren Gremien“, dann ist es ja denkbar.

Die Erkenntnisse über die rechte Szene im Großraum Stuttgart/Heilbronn/Ludwigsburg Ende der Neunzigerjahre: Wir haben uns damit befasst im Ausschuss. Wir hatten ja jemanden vom LfV da. Ich muss aber auch sagen: Die Zeugin hat uns nicht so viel erzählen können, obwohl sie das Geschäft viele Jahre gemacht hat. Und deshalb ist diese Vermischung der Szene – – Diese Bezüge wären für mich schon hochinteressant. Vor allen Dingen natürlich auch zu dieser Zeit gab es ja vor Ort, nehme ich noch an, in den Direktionen, da gab es noch Dezernate Staatsschutz Ende der Neunziger?

(KrimRat K.: Ich denke, ja!)

– Sie denken, ja. Also wenn es der Polizist denkt, dann darf ich es auch denken. Also mit dem Staatsschutz und der Polizei vor Ort zu reden: „Was wusstet ihr über eure lokale rechte Szene? Treffpunkte? Wer war da unterwegs?“, das hielten wir für sehr interessant, auch die Frage: Wie waren diese rechten Szenen mit allgemein-kriminellen Szenen verknüpft? Wir unterliegen ja alle, wir Politiker, auch immer dem Fehler, dass wir jedes Delikt in einen Phänomenbereich passen: Rechtsextremismus, Linksextremismus, dann kommt islamistischer Terrorismus, OK, Rauschgift etc. Wir brauchen für alles eine Schublade.

In der Realität ist es häufig so, dass sich diese Szenen vermischen und dass sie – das war das Stichwort: illegale Waffenszene, Rotlicht, Drogen – durchaus auch Bezüge haben kann zur rechten Szene. Da wird vielleicht auch Frau Marx etwas mehr dazu sagen können, auch was die Verknüpfung der Szene aus Thüringen mit vielleicht hier betrifft. Auch das sollte man untersuchen.

Dann, auch wenn er es nicht belegen konnte, was er da gehört hat, und der Zweifel groß war an dem pensionierten Verfassungsschützer: Ich würde Ihnen zu empfehlen, diesen Hinweisgeber, mit dem er gesprochen hat, der zwar selbst sagt: „Ich habe nie

von NSU geredet“, und der Pensionär sagt: „Doch, ich kann mich an NSU erinnern“, diesen Hinweisgeber etwas genauer auch zu beleuchten. Was wusste er? Wo war er vernetzt? Der kommt ja auch aus der Region Heilbronn. Hatte der sonstige Kenntnisse?

Beim Ku-Klux-Klan habe ich es vorhin schon gesagt, die für mich schon wichtige Frage. Ich mache es nicht am Mitglied fest, sondern allein, wenn es mehrere ernsthafte Interessenten gegeben hätte innerhalb der Polizei, wäre das etwas Wichtiges. Und welche Rolle spielt der Gründer des KKK? Also der, der gut vernetzt war in die rechte Szene, nach Sachsen auch, als Bezugspunkt dort mal genannt wurde von A. G., welche Rolle spielt er wirklich?

Die Ermittlungen im Mordfall K.: Wir haben ja uns mit dem Sonderkommissionsleiter später befasst, der dann später übernommen hat. Es wäre, glaube ich, einfach interessant, die Ermittlungen der ersten Stunde sich noch mal anzusehen. Was ist in diesen ersten Jahren passiert? Was ist dort gemacht worden? Wir würden Ihnen auch empfehlen, die Spurenlage sich noch mal auch zu betrachten oder einfach von einem Fachmann erklären zu lassen: DNA, Blutspritzer etc.

Und wenn ich hier noch mal einfügen darf: Es ist ja auch eines der großen Rätsel oder Zufälle, dass wir einerseits beim NSU eine überragende Beweislage haben – wir haben die Bekenner-DVD, wir haben die Tatwaffen gefunden, wir haben die Opferwaffen gefunden –, andererseits, was DNA-Vorkommen an Tatorten angeht, fast komplett blank sind. An keinem Tatort konnte DNA sichergestellt werden mit Ausnahme dieser Jogginghose – wobei man da jetzt sagen könnte: War die am Tatort, oder wann gab es die Blutantragungen? –, aber sonst an keinem.

Wir haben vier Tatwaffen, an keiner Tatwaffe DNA der beiden Täter, aber an einer Tatwaffe des Polizistenmordes unbekannte DNA. Deshalb wäre eben meine – – An den Opferwaffen – das muss man dazusagen –, an den beiden Dienstwaffen, da jede Menge. Das Argument kommt immer: Handschuhe und halt auf Spurenvermeidung Wert gelegt. Also bei den Opferwaffen gerade nicht, da jede Menge DNA von beiden Tätern, vom Mundlos wie vom Bönhardt.

Wir würden Ihnen auch empfehlen, das ganze Thema Kommunikationsmittel, Handy, Funkzellenauswertung, was wurde da gemacht, sich noch mal vorstellen zu lassen. Ich habe neulich – ich habe mich natürlich auch versprochen – in einem Fernsehbeitrag gesagt: „Das Handy wurde nicht ausgewertet von M. K.“ Das war natürlich falsch. Es wurde nicht umfassend ausgewertet. Ich habe noch mal beim Blick in die Akten nichts anderes gefunden, aber ich mag es auch übersehen haben. Mir fiel schon auf, dass man beim Provider – jetzt wird sich der Herr Goll freuen – nur die Verbindungsdaten, glaube ich, bis einen Tag vorher abgerufen hat. War das dort technisch nicht möglich? Ich weiß es nicht mehr. Also das Stichwort Verbindungsdaten. Ich meine, wenn man es dort noch gedurft hätte, hätten mich natürlich die vier Wochen davor interessiert oder die sechs Monate und nicht die zwei Tage.

Das war aber nur – das will ich einschränkend sagen – – Ich habe da kein anderes Aktenstück jetzt entdeckt. Es mag eins geben. Aber das, was wir gefunden haben, was Handyauswertung angeht, hat man sich im Überwachungszeitraum sehr begrenzt. Sich das noch mal vorstellen zu lassen: Hat man diese Handynummern alle zuordnen können, die da die anrufen, auch am Tattag? Kennt man jeden Anschlussinhaber? Das wäre für mich schon entscheidend. Also ich finde, wer am Tattag mit dem Opfer Kontakt hat, das müsste man ermitteln, sich das noch mal zu zeigen.

Die Spur der blutverschmierten Männer, auch wenn sie die Staatsanwälte alle anders sehen: Wir persönlich halten es für wichtig, sie noch mal anzugucken, weil daraus auch Fahndungsmaßnahmen resultiert sind nach einem dunklen Audi und weil wir am Ende dieser Spur so viel Bedeutung beigemessen haben, nicht wegen der Schwächen, oder das verworfen haben, sondern weil wir uns eine Frage gestellt haben: Ist es denkbar, dass drei Personen, die nichts miteinander zu tun haben, die an unterschiedlichen Punkten, aber alle durchaus in Tatortnähe oder in potenzieller Fluchtrichtung einen Mann sehen, der im Oberkörper blutverschmiert ist, und das hat nichts mit einer Tat zu tun, die sich kurz zuvor ereignet hat? Ist das denkbar? Oder etwas zugespitzt formuliert: Wie häufig laufen nachmittags blutverschmierte Männer durch Heilbronn?

Ich will es gar nicht ironisch machen, aber diese Grundwahrnehmung: Die Zeugen hatten alle eine gute Beobachtungsposition. Es ist jetzt nicht so, dass jemand sagt: Beschreiben Sie mal den Herrn dahinten, Herrn R., der gerade gedankenversunken zu mir guckt und der wahrscheinlich die Stirn runzelt. Die waren näher dran. Das waren ja zum Teil wenige Meter. Der eine Zeuge spricht die an. Die eine Dame saß. Also die Beobachtungspositionen waren gut. Deshalb wäre es unsere Anregung, sich diese Spur schon noch mal anzugucken.

Der Einsatz selbst: Was war das für ein Einsatz? Sichere City, haben wir gehört, aber den gesamten Ablauf des Tages sich noch mal anzuschauen, hielten wir trotzdem für notwendig. Uns fiel auf – aber das mag auch erklärbar sein –, dass ein großer Teil, nein, nicht ein großer Teil, aber einige der Einsatzkräfte komplett in Zivil mit zivilen Fahrzeugen waren. Vielleicht war das Teil der Konzeption tagsüber. Ich habe immer gedacht, es ging um Präsenz, aber es mag andere Gründe haben, warum da Zivilkräfte mit dabei sind.

Die Einsätze von M. K. im kriminellen Milieu noch mal anzuschauen. Die Demos wissen wir nicht so richtig, aber die sie hatte im kriminellen Milieu, sich diese Einsätze wirklich noch mal konkret anzugucken, wäre interessant.

Und man muss die Frage stellen, weil unser Ansinnen auch immer war, Verschwörungstheorien auszuräumen, abzuhaken. Wir haben kein Interesse daran, etwas hochzukochen. Aber um es halt abhaken zu können, muss man manchmal eine Reihe von Fragen stellen.

Und bei diesem Thema „Nachrichtendienste vor Ort auf der Theresienwiese“ – der „Stern“-Artikel, mit dem wir uns auch, da verweise ich jetzt auf den Bericht, durchaus

ausführlicher befasst haben – wäre zumindest die Frage zu stellen: Gab es irgendwann an diesem Tag oder parallel Paralleleinsätze mit anderer Zielrichtung, die vielleicht in der Nähe, aber nicht am Tatort waren?

Ich will nur daran erinnern, dass ja in dieser Phase – April 2007 – die Ermittlungen gegen die Sauerland-Gruppe gelaufen sind, und zwar auf hohem Niveau mit viel Observation und allem, was dazugehört, weil man die Gruppe ja noch nicht dingfest machen konnte, die Gruppe ihren ersten Unterschlupf in Freudenstadt hatte, nicht im Sauerland, und erst später ins Sauerland ging. Also das würde ich und würden wir für angemessen halten.

Bei den Ermittlungen nach dem 4. November 2011, die wir ja gar nicht untersucht haben, wäre für mich interessant die Arbeit des Regionalen Ermittlungsabschnitts Baden-Württemberg, auch die Zusammenarbeit mit BKA und GBA. Ich will dazusagen: Dabei kann herauskommen, dass die Kritik sich auch an Bundesbehörden richtet. Das ist mir aber in dem Fall nicht entscheidend, sondern mir ist wichtig: War die Zusammenarbeit gut? Hat sie so geklappt, wie wir es jetzt alle immer wollen, dass wir sagen: „In solchen Fällen muss die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz und Verfassungsschutz optimal sein“? War es das auch? Deshalb wäre das unsere Anregung.

Gab es neue Spuren? Hat man den alten Spurenbestand abgeglichen? Gibt es noch offene Spuren? Ich lese in den Akten – aber das ist jetzt wieder mit dieser Einschränkung –, dass man relativ spät – ich glaube, es war im Jahr 2012 – in einem Bericht noch mal festhält, dass es nach wie vor anonyme DNA im Fahrzeug oder am Opfer M. A. gibt, anonyme DNA-Spuren, bislang nicht zuordenbar. Jetzt kann das immer alles Mögliche sein von jemand Berechtigtem und, und, und. Also da wäre die Frage zu klären: Hat man das alles ausgeschlossen? Sind alle denkbar Berechtigten überprüft, abgeglichen? Woher kommt diese anonyme Spur?

Und natürlich bei dem tragischen Suizid des jungen Mannes F. H. hielte ich oder hielten wir es auch für angemessen, seinen Hinweis noch mal zu überprüfen, die Qualität. War er jetzt in der rechten Szene, war er Mitläufer, war er im Aussteigerprogramm? Wie kam sein Kontakt zu den Sicherheitsbehörden zustande? Mit wem hatte er Kontakt, wie intensiv, und hatte er Kontakte in die Szene?

Das wären unsere Ansätze, die wir da auch noch sehen.

Tut mir leid; ich habe mich nicht an die Zeit gehalten.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das macht nichts. Das war auf jeden Fall sehr informativ. Vielen Dank für den Einstieg von Ihnen.

Ich wollte nur etwas berichtigen. Wir wissen das zwar auch nicht, weil wir ja keinen Richterstatter beim Prozess hatten, aber aus Medienberichten zum Prozess in München zu den beiden Polizeiwaffen ist es etwas anders. Die beiden Tatwaffen, also die beiden Polizistenwaffen sind es, einmal die Tokarew und einmal die Radom.

Sv. Clemens Binninger: Das sind die Tatwaffen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja, ja, klar. – Die Tokarew lag im Bauschutt, und die andere lag wohl auf dem Fußboden des geheimen Schlafzimmers in der abgetrennten Wohnung. Ich sage das nicht, um jetzt Sie einfach zu berichtigen, ...

Sv. Clemens Binninger: Nein, nein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: ... oder als Besserwisser. Weil wenn das geschrieben wird, dann rollt wieder eine Welle. Deswegen will ich bloß gleich sagen: Das ist im Prozess jetzt anders dargestellt worden.

Sv. Clemens Binninger: Genau. Herr Vorsitzender, vielen Dank. Ich habe ja gesagt, die Prozesserkennnisse kenne ich nicht. In der Anklageschrift, da habe ich noch mal geguckt, da steht es nämlich andersrum.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja, gut.

Sv. Clemens Binninger: Und auf die habe ich mich jetzt bezogen. Das gilt ja für alle Ermittlungserkenntnisse, dass ich gesagt habe: Was fortlaufend vielleicht geklärt ist oder anders, muss man dann auch abprüfen. Das können Sie. Das konnten wir ja nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Haben Sie denn noch Erkenntnisse – wenn ich gleich weitermachen darf – zu dieser Radom und Tokarew, wo die denn herkamen, wie die beschafft wurden?

Sv. Clemens Binninger: Nein. Also wir hatten ja auch immer wieder mal gefragt, ob man denn die Ermittlungen über die Waffenbeschaffungen bei den anderen Waffen so eingrenzen kann, dass man weitere Waffenverkäufer hat. Da hieß es, nein, sei nicht gelungen, nicht möglich, zum Teil auch, weil es sehr alte Waffen sind, die man wohl relativ leicht und mit wenig Kontrollmöglichkeiten erwerben kann. Also außer der Ceska ist uns jetzt kein Waffenvertriebsweg bekannt oder gar ein Verkäufer.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann haben Sie mal geäußert bei der Gründung des KKK, dass es sich möglicherweise um einen sogenannten Testballon handelte, also Stichwort Honigtopf, der möglicherweise eingerichtet wurde, um dann in der Szene Rechtsradikale anzulocken, um sie zu identifizieren. Wie kommen Sie zu dieser These oder zu der Vermutung?

Sv. Clemens Binninger: Ich bin mir selbst nicht sicher, ob ich den Begriff Honigtopf in einem Interview gebraucht habe. Ich will mich aber jetzt auch gar nicht herausreden. Ich weiß nur, der Innenminister war, glaube ich, sehr verärgert darüber. Das habe ich gelesen, wobei es auch sein kann, dass der Name Binninger allein gereicht hat für die Verärgerung – ohne Honigtopf.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wobei Honigtopf ja schön ist, also als Bezeichnung.

Sv. Clemens Binninger: Ja, ja. – Nein, jetzt ganz ernsthaft: Bei dieser These geht es ja darum – das ist ein bisschen auch ein Verfassungsschutzdilemma –: Man ist an einer Szene dran, beobachtet die und muss irgendwann entscheiden: Macht man mehr? Ist es vielleicht sogar so relevant, dass die Polizei mit Exekutivmaßnahmen reingehen muss? Wird es Beobachtungsobjekt? Das ist es ja auch nicht von Beginn; das ist ja auch eine Entscheidung. Oder wie verfährt man da?

Und die Geschichte des „Thüringer Heimatschutzes“, das war für uns fast so eine Richtung, wo wir den Eindruck hatten: Da wird – der Anführer war ja ein V-Mann – in der rechten Szene eine neue Gruppierung gebildet gleich mit einem V-Mann an der Spitze in der Hoffnung, dadurch die sogenannte Anti-Antifa bündeln zu können, mehr zu erfahren und damit auch mehr Handhabe zu haben. Also es ist nicht ganz aus der Welt, dass Verfassungsschützer solche Gedanken auch haben.

Im speziellen Fall war es so, dass ich einen Zeugen des Bundesamts für Verfassungsschutz gefragt habe. Das war in öffentlicher Vernehmung, wie mir jetzt noch mal bestätigt wurde. Den habe ich gefragt und habe zu ihm gesagt: Jetzt hören Sie zu – sinngemäß, ich gebe jetzt meine Vernehmung nicht auswendig wieder –, jetzt haben wir hier eine kleine Gruppe KKK. Der KKK war schon immer so ein bisschen Zielobjekt vor allen Dingen auch vom BfV. Die wollten immer wissen, wo in Deutschland entwickelt sich KKK – einfach wegen dieses hohen Gewalt- und Rassismuspotenzials natürlich auch, das da dahintersteckt.

Jetzt haben wir hier eine kleine Gruppe KKK. Da sind später zwei Polizisten Mitglieder. Da ist einer Mitglied, der mal V-Mann war des LfV, und da ist einer Mitglied, der ist aktiver V-Mann des BfV. Also das hat ja dann fast Dimensionen, wo man sagen muss: Wer hat denn hier das Sagen?

Und da habe ich den Zeugen gefragt: Wie verfährt man in einem solchen Fall mit dem V-Mann, wenn er doch zurückkommt und berichtet: „Wir haben jetzt eine KKK-Gruppe gegründet“? Der hat ja eine Funktion sogar. Die haben also absurde Titel und Bezeichnungen. Wie verfährt man da? Sagt man zu dem: „Halt dich fern“, oder sagt man: „Mach einfach mal nichts, unauffällig bleiben“, oder „Misch mit, dann erfahren wir ein bisschen was“? Also zieht man den weg, oder schubst man ihn hin?

Und dann sagt er: Es kann schon sein, dass man ihn auch ein bisschen geschubst hat – jetzt sinngemäß, man könnte sagen „animiert“ – oder zumindest nicht gesagt hat: „Halt dich nur fern von dieser Truppe.“ Immer wieder in diesem Spannungsfeld: Wann steigt so eine Behörde aus, wann steigt sie ein?

Wenn das so früh passiert und eine Behörde so von Beginn an dabei ist, das hat für mich dann die Grundlage gegeben, zu sagen: War das das eigentliche Ziel, da mal mehr Erkenntnisse über die KKK-Bewegung in Deutschland zu finden? Und – das war ja das Ungewöhnliche an dieser KKK-Sache – man hat sich irgendwann im Benehmen

der Verfassungsschutzbehörden zu einer Gefährderansprache entschlossen. Also man hat die Mitglieder angesprochen nach dem Motto „Wir wissen, was ihr treibt“, um das ein bisschen zu destabilisieren, was man sonst eigentlich ja auch nicht macht, wo man auch die Frage stellen kann: Warum dann so relativ schnell da wieder dazwischengehen und die quasi so zu destabilisieren? Das war der Grund.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann haben Sie vorher gesagt, dass Sie davon ausgehen, dass natürlich es nicht nur drei waren – aufgrund auch des einen Jahres, wo so viel geschehen ist, dass man das nicht nur mit drei Leuten machen konnte.

Jetzt haben Sie sich aber noch einmal geäußert beim Polizistenmord in der „Südwest Presse“ und haben da die Einschätzung abgegeben, dass es dort Helfer gegeben haben müsste in Heilbronn. Aus was schließen Sie jetzt das – also mal unabhängig von der generellen Situation, ob die das allein gemacht haben –, Helfer vor Ort? Gibt es da irgendwelche Anlasspunkte, die Sie uns sagen können?

Sv. Clemens Binniger: Ich habe mir ja verschiedene Tatorte der NSU-Verbrechensserien angeschaut; ich war vor Ort. Ich war, glaube ich, zweimal auf der Theresienwiese, ich war auch in Köln in der Keupstraße und war in Kassel bei diesem Internetcafé. Ich wollte einfach einen Eindruck davon kriegen: Wie sieht so was aus, wenn man dort ist? Und da muss ich sagen, war eigentlich für Kassel, aber jetzt auch für die Theresienwiese – – Und dann nenne ich Ihnen einfach ein paar Punkte, die uns oder auch mich zu dieser Bewertung – es ist ja eine Bewertung; ich weiß auch nicht, wie es war am Ende – bringen.

Das sind Tatorte, Kassel und Heilbronn, mit so hohem Entdeckungsrisiko, dass es entweder ein völliges Harakiri-Unternehmen wäre, hier so eine Tat zu begehen, oder unvorstellbarer Dusel für Verbrecher, den sie dann allerdings zwölfmal gehabt hätten oder 27-mal, aber vor allen Dingen bei den Morden.

Auf der Theresienwiese war ich nur zweimal, vielleicht sind andere häufiger dort. Egal, wann Sie dort stehen an diesem Trafohäuschen und dort, wo die Gedenktafel für die Frau K. ist, egal, wann Sie dort stehen, ich glaube, es geht keine 30 Sekunden, wo nicht aus irgendeiner Richtung ein Radfahrer oder ein Fußgänger kommt, der dann von dem Punkt aus, obwohl es ja Frühling war und schon ein bisschen grün, durchaus guten Blick hat. Die Theresienwiese ist selbst belebt als Parkplatz, das Frühlingsfest, das aufgebaut wird, also ein irre hohes Entdeckungsrisiko.

Man darf ja nicht vergessen: Die Tat besteht ja aus dem Mord, dem Entwaffnen der beiden Opfer, das mit großer Gewalt, weil der eine an die Waffe nicht herankommt – das geht ja auch nicht schnell –, das Versorgen der Waffen, dann sich wegbewegen, wohin auch immer, Fahrrad, zu Fuß. Wenn es zu Fuß war, ist es ein ganzes Stück, das man laufen muss, bevor irgendwo dann ein Wohnmobil abgestellt werden kann.

Das waren die Punkte.

Dann, dass wir auch so wenig DNA-Spurenlage haben. Ich habe vorhin gesagt, wenn es denn nur die zwei sind – – Jetzt könnte man immer noch sagen, ja dann hatten die halt immer Handschuhe an. Aber dann haben wir noch anonyme DNA, das einen da eben irritieren lässt.

Und jetzt zu Heilbronn speziell. Der Mord unterscheidet sich ja in vielen Punkten von den anderen Verbrechen. Es ist ein anderes Opfer, Repräsentanten des Staates. Danach hört die Serie auf, warum auch immer. Und ich habe mich immer gefragt, selbst wenn es jetzt Zufall wäre: Wer gibt Rechtsterroristen, die in Zwickau sitzen in der Polenzstraße – – Das war ja der Unterschlupf, nicht übrigens das Haus, das gebrannt hat. In das Haus in der Frühlingsstraße sind sie erst 2008 eingezogen. Da haben sie nichts mehr gemacht interessanterweise. Das wäre ein Fall für sich, das ganze Haus und die Geschichte des Hauses zu untersuchen. Aber das haben ja die Kollegen in Sachsen gemacht.

Also wer gibt Rechtsterroristen, die in Zwickau in der Polenzstraße sitzen, den Impuls: „Wenn ihr einen Polizisten umbringen wollt, fahrt nach Heilbronn auf die Theresienwiese, da machen die immer Pause“? Dort hat die Bereitschaftspolizei häufig Pause gemacht. Dort war es bekannt als Pausenplatz, M. K. eher nicht so häufig, aber die Bereitschaftspolizei, aber nicht die örtliche Polizei – wüsste ich zumindest nicht. Die gehen aufs Revier. Aber das muss man wissen, oder man kann sagen: Das war einfach auf gut Glück.

Wenn es ein Zufallsopfer ist, wie ja die Ermittler, der Staatsanwalt davon ausgehen und wir auch Zweifel haben, habe ich mich immer gefragt: Warum – – Also die mieten ein Auto an vom 16. bis 19. April 2007. Da wird das Wohnmobil angemietet. Bei den anderen Taten haben wir zum Teil festgestellt, dass Anmietungszeitraum und Tatzeitpunkt korrespondieren, sodass ich schon glaube, dass man die These aufstellen kann: In dem Moment, wo die das Wohnmobil angemietet hatten, war der Tatentschluss gefasst und stand der Tatort vielleicht auch fest. Das hieße hier aber 16. bis 19. April. Dann wird der Mietvertrag verlängert für dieses Wohnmobil – schriftlich nicht nachzuvollziehen, wohl mündlich, bringen die Ermittlungen heraus. Aber schriftlich gibt es dazu nichts bis kurz vor Ende, also 26. April.

Und da habe ich mir die Frage gestellt: Wenn es ein Zufallsopfer ist, irgendeine Polizeistreife in Deutschland, das wollen die in den drei oder vier Tagen begehen, und die Tatgelegenheit passt nicht, warum breche ich dann nicht ab, fahre zurück und versuche eine andere Gelegenheit? Warum das Risiko eingehen, Ärger mit dem Wohnmobilvermieter einzuhandeln, um bestimmte Zeit zu verlängern und am Ende neun Tage – neun Tage! – zu warten, bis diese Gelegenheit kommt, obwohl in den Tagen zuvor – nicht an jedem Tag, aber an vielen Tagen – dort auch schon immer eine Streife stand, um Pause zu machen? Also diese Gelegenheiten hat man alle vorbeiziehen lassen. Warum macht man das?

Da gab es mal eine Erklärung, die lautete: Vielleicht waren die gar nicht in Heilbronn, vielleicht sind die kreuz und quer durch Deutschland gefahren und am Ende halt in der

Region gelandet, wo sie sich ausgekannt haben, und dann ging es ganz schnell. Ja, auch das kann sein. Ich weiß es nicht, aber es erscheint mir unlogisch. Diese Variante erscheint mir die unlogischste, weil das bedeuten würde, dass drei oder zwei Täter, entschlossen zur Tat, neun Tage durch die Gegend fahren, um dann innerhalb von zehn Minuten – die Streife stand ja viel vorher nicht dort, wohl so gegen 13:45 Uhr – oder einer Viertelstunde die Gelegenheit zu sehen, das Wohnmobil zu parken, zurückzukommen, sofort loszuschlagen und dort wegzufahren. Kann auch sein, halte ich aber für ein ganz, ganz seltenes Vorgehen.

Wenn es ein Zufallsopfer gewesen wäre oder wenn es eins ist, halte ich es trotzdem für einen sehr großen Zufall, dass das Opfer a) unter mehr als 200 000 Polizisten – haben wir, glaube ich, in Deutschland – genau die Streife ist, wo das Opfer aus Thüringen kommt, aus Oberweißbach, in dem Ort ein Schwager des heute angeklagten Ralf W. in der Zeit auch eine Kneipe betrieben hat, wo auch gelegentlich wohl rechtsradikale Konzerte oder irgendwas war, der Patenonkel des Opfers selbst bei der Polizei ist, in den Neunzigerjahren beim Staatsschutz war, dort mit dem „Thüringer Heimatschutz“ zu tun hat, hinterher zwar die relativierte Aussage „das hängt“ – Zitat – „mit den Türkenmorden zusammen“ äußert, dann wieder einsammelt. Aber auch das ist ja Zufall, wäre ein sehr großer. KKK als weiteres Glied, das ein großer Zufall ist.

Und deshalb haben wir aufgrund der ganzen Unplausibilitäten eben großen Zweifel.

Richtig ist auch, dass alles, was man bisher versucht hat zu ermitteln – gibt es irgendeinen Bezug zwischen dem Opfer, rechter Szene oder sogar den dreien? –, bislang nicht ermittelt wurde. Es gibt dafür keine Erkenntnisse. Aber das überlasse ich jetzt Ihnen selbst, der Beweiswürdigung, dass man sagt: Nur aus dem Umstand heraus, dass wir bislang nichts gefunden haben, kategorisch zu sagen, es muss ein Zufallsopfer sein. So weit gehen wir eben nicht, und das sind Zweifel, die uns da drücken: das hohe Entdeckungsrisiko, diese komische Tatortauswahl, auch das Wissen darum – –

Das unterscheidet sich übrigens auch von den anderen neun Tatorten der Ceska-Mordserie. Es waren stationäre. Es war mal ein Imbissstand, ein Obstladen, ein Internetcafé – alles stationär. Da kann man hinfahren, zwei Tage vorher ausbaldowern und gucken: Wann ist Publikumsverkehr, wann macht der auf, wann ist er allein, wann ist niemand da? Das geht alles.

In Heilbronn können Sie zwar die Theresienwiese angucken, aber wann die Streife dann kommt, wie sie sich verhält, ob sie überhaupt Pause macht, ob sie die Tür auf oder zu hat, der Motor noch an ist, ob einer vielleicht sogar zufällig draußen steht, das wissen Sie dort eigentlich nicht, und das können Sie vielleicht innerhalb von zehn Minuten so machen. Aber ist das dann denkbar mit neun Tagen Anlauf? Dann in den letzten zehn Minuten geht es ganz schnell. Das sind die Punkte, die uns da umtreiben.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt habe ich zum Schluss noch eine Frage. In einem Interview haben Sie geäußert, der Bericht der Ermittlungsgruppe „Umfeld“ wirke an

manchen Stellen merklich verkürzt. Das ist ja eine sehr vorsichtige Formulierung. Jetzt wollen wir von Ihnen wissen, wo, und was meinen Sie damit?

Sv. Clemens Binninger: Herr Vorsitzender, ich bin ein vorsichtiger Mensch und versuche auch so zu formulieren, dass man jetzt nicht übertrieben zuspitzt, obwohl manchmal vielleicht auch die Versuchung da ist, ein bisschen zuzuspitzen und in Interviews dann etwas zu sagen. Das gehört ein bisschen zu unserem Geschäft. Das nehme ich da auch niemandem persönlich übel.

Wir haben uns nicht vertieft mit dem Bericht der EG „Umfeld“ befasst, aber ich habe ihn natürlich gelesen. Und was uns gewundert hat, war, dass man doch auf mehreren Seiten den Versuch unternommen hat, unsere Arbeit zu widerlegen, unsere Ergebnisse. Jetzt will ich gar nicht sagen, wer da recht hat. Es sind ja Wertungsfragen. Wenn wir sagen, das Nichterfassen der Kontrollstellenlisten einer Ringalarmfahndung, sondern erst Jahre später damit zu beginnen, ist für uns ein Fehler, und die Nichtauswertung einer E-Mail-Adresse des Opfers ist für uns auch ein Fehler, dann kann man das natürlich immer noch begründen und sagen, warum wir es nicht gemacht haben. Also da kriegt man jetzt nicht „richtig“ und „ja und nein“, sondern es ist eine Wertungsfrage. Aber es hat uns trotzdem gewundert, warum man darauf Zeit verwendet.

Dann hat mir – ich muss es in der Deutlichkeit sagen – überhaupt nicht gefallen – – Hat ihn jemand da, den Bericht?

(Sv. Dr. Eva Högl: Ich habe ihn hier!)

– Du hast ihn da.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wir haben ihn auch da.

(Sv. Dr. Eva Högl: Ich habe ja meine dicken Akten mitgebracht!)

Sv. Clemens Binninger: Die Kollegin hat es auch angestrichen in ihren Unterlagen. Ich hätte es jetzt auch gesagt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ist das jetzt der – –

Sv. Clemens Binninger: Das ist der öffentliche.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das ist der öffentliche.

Sv. Clemens Binninger: Einen anderen hatten wir nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ach so, gut. Ich bin da vorsichtig.

Sv. Clemens Binninger: Also die Seite 102: A. S., V-Mann des LfV. Ich habe ja gesagt, wir können nachher noch mal darüber reden. Aber das so zu schreiben, muss ich sagen: Also dann lieber weglassen. Dass hier ernsthaft der Gründer des KKK be-

streitet, dass er jemals V-Mann war für das LfV, und so was dann Eingang findet in einen offiziellen Bericht, quasi so als Rechtfertigung: „Dann wird es auch schon so gewesen sein“, das finde ich sehr verunglückt.

Und bei anderen Bereichen, da hätte ich mir eben gewünscht, dass man sich weniger mit unseren Ergebnissen auseinandersetzt, sondern einfach sagt, was haben wir – das, was ich vorher angedeutet habe: diese Bezüge der Szene, Vermischung von Szenen, anderes kriminelles Umfeld, was gab es da, was ist vor Ort möglicherweise passiert –, dass man sich dem vielleicht in größerer Aufmerksamkeit widmet.

Und dann war – – Eva, du weißt es, wo, mit dem „Corelli“.

(Sv. Dr. Eva Högl: Da weiß ich jetzt die Seitenzahl nicht! Aber ich kann mal gucken!)

Und dass dann noch ein Hinweis kommt, glaube ich, dass man sagt – die Kollegin sucht es gerade heraus –, dass „Corelli“ wohl keinen Bezug hat zum NSU.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Das verstehe ich.

Sv. Clemens Binniger: Dann auch lieber einfach mal lassen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wir beschäftigen uns noch mit dem Bericht. Mir ging es jetzt einfach darum: Das haben Sie in der Öffentlichkeit gesagt. Da haben wir gedacht: Jetzt fragen wir mal nach, was Sie meinen.

Jetzt sind das zwei Schwerpunkte gewesen, auf die Sie sich stützen bei der Aussage. Die nehmen wir jetzt einfach so zur Kenntnis, mal unabhängig von der Seitenzahl. Wir beschäftigen uns ja auch mit dieser Geschichte noch extra.

Gut. Das waren jetzt meine Fragen. – Herr Präfrock.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich darf vorausschicken, dass die Arbeit des Bundestags-Untersuchungsausschusses, was das Thema „Gemeinsamkeit und an einem Strang ziehen und kein Spielraum für Parteigeplänkel“ angeht, aus unserer Sicht durchaus vorbildlich ist und wir uns auch vorgenommen haben, das für uns hier in diesem Gremium zum Maßstab zu machen.

Sie haben in Ihren einleitenden Worten auch gesagt, es gab nicht die handelnde Person, die falsch gehandelt hat, es gab nicht die Behörde, die falsch gehandelt hat. Gab es denn aus Ihren Erkenntnissen heraus strukturelle Defizite in der Sicherheitsarchitektur Baden-Württembergs, die das möglich gemacht haben? Erste Frage.

Sv. Clemens Binniger: Herr Abgeordneter, vielen Dank. – Wir haben jetzt nicht in unserer Bewertung der Kernfehler gesagt, das ist ein typisches Baden-Württemberg-Problem oder das ist ein NRW- oder ein Bundesproblem, sondern wir haben im Prinzip ein paar Kernursachen, auch was die Strukturen angeht, herausgearbeitet, und da wäre

es auch ein Stück weit jetzt natürlich Ihre Arbeit, zu sagen, in welcher Dimension trifft das hier zu.

Es waren mehrere strukturelle Fehler, wie ich sie mal nennen will. Man hat fast überall das Phänomen und die Gewaltbereitschaft bis hin eben zu bewaffneten Morden des Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus unterschätzt. Man hat in den letzten Jahren viel gemacht, Vereinigungen verboten, Stichwort „Blood & Honour“, man war aktiv in dieser ganzen rechten Musikszene, aber den anderen, den kleinen, gewaltbereiten Teil, den hat man falsch eingeschätzt.

Zweiter Punkt: Wir haben eine zum Teil wirklich schlechte, wie ich fand – ich sage es jetzt einfach so –, Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz erlebt bei dieser Mordserie. Das ist jetzt nicht BW-bezogen, sondern das war ein Grundproblem, nämlich dass der Informationsaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei nur sehr schleppend, manchmal spät da vonstattenkam.

Thema V-Leute: Uns ist bewusst, dass das Instrument der V-Leute ein schwieriges ist, ein sensibles, weil das sind keine bekehrten Demokraten, mit denen da die Behörden zusammenarbeiten – es bleiben in aller Regel Angehörige einer extremistischen Szene, in dem Fall Neonazis; das muss man ja wissen –, und dass, wenn man mit diesem Instrument arbeitet, natürlich Vertraulichkeit sichergestellt sein muss. Aber wir haben auch gesagt, vor allen Dingen bei V-Leuten, die abgeschaltet sind, die vielleicht sogar enttarnt sind, muss ein umfassender Informationsaustausch zwischen Polizei, Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz möglich sein. Also dieses Über-alles-Setzen – wir haben es, glaube ich, im Bericht so formuliert –, diese Geheimhaltung ist kein Selbstzweck, und sie steht nicht über der Rechtsordnung. Und wenn wir über Ermittlungen reden bei zehn Morden, muss man natürlich abwägen, in welcher Form und wie hier Erkenntnisse ausgetauscht werden dürfen.

Die Justiz – – Jetzt ist Herr Goll raus. Jetzt habe ich mich so gefreut drauf.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich glaube, der ist gerade raus.

(Zuruf: Der kommt ja wieder!)

Der kommt wieder.

Sv. Clemens Binninger: Also dann sage ich es in seiner Abwesenheit.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Im Zweifel kann er es nachlesen!)

– Okay. – Auch die Justiz hat sich hier nicht mit Ruhm bekleckert, und wir haben ja im Bericht geschrieben, dass wir das Verhältnis zwischen Ermittlern in Baden-Württemberg und der Justiz durchaus als problembelastet empfunden haben, Stichwort Veröffentlichung von Phantombildern, Spur blutverschmierte Männer etc.

Was in Summe zu erkennen war über alle Bundesländer hinweg, war, dass die Staatsanwaltschaften häufig ihre Federführung nicht wahrgenommen haben und dass auch ein Generalbundesanwalt diese Serie nur sehr marginal begleitet hat bis hin, dass die Auswertung sich beim GBA irgendwann Mitte der Zweitausenderjahre auf die Auswertung von Presseartikeln gestützt hat. Auch das haben wir deutlich kritisiert.

Das sind so die Punkte: V-Leute, Zusammenarbeit.

Einen Punkt habe ich noch vergessen; der gilt vor allem für die Innenpolitiker. Ich habe ja vorhin gesagt, diese Serie hat den Föderalismus an seine Grenzen gebracht, weil es nicht gelungen ist, die Erkenntnisse einer Bank- oder Raubüberfallserie aus Sachsen und Thüringen, wo zwei junge Männer mit Faustfeuerwaffen immer wieder agieren, zusammenzuführen mit einer Mordserie in den überwiegend alten Bundesländern, wo auch ein oder zwei Männer gesehen werden, Tatwaffe auch eine Faustfeuerwaffe. Allein das zusammenzuführen, da fehlt es an den Informationssystemen. Jetzt hat die IMK beschlossen, das voranzutreiben. Aber auch das ist natürlich ein Problem der Vergangenheit gewesen: der umfassende Informationsaustausch zwischen den Polizeien der verschiedenen Länder.

Herr Goll, ich habe in Ihrer Abwesenheit die Justiz kritisiert.

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Das habe ich geahnt! – Heiterkeit)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Präfrock, weitere Fragen?

Abg. Matthias Präfrock CDU: Also die klassische Schnittstellenproblematik: Föderalismus einerseits, Trennungsgebot andererseits.

Eine Schnittstelle, eine mögliche, könnte ja in diesem Zusammenhang das Thema KKK sein. Sie haben es angesprochen. Im Bericht der Ermittlungsgruppe „Umfeld“ heißt es, es seien keine direkten Kontakte nachweisbar. Jetzt gibt es aber ja nun möglicherweise indirekte Kontakte, mindestens das. Könnten Sie vielleicht noch mal kurz darstellen das Beziehungsgeflecht, auf der einen Seite A. S. als Gründer KKK, auf der anderen Seite A. G., „Noie Werte“, und auf der anderen Seite Tino Brandt, der ja aus dem gleichen Landkreis zumindest stammt wie das Mordopfer und der ja dann – Sie haben gesagt, nur als Strohmännchen, möglicherweise auch in anderer Funktion – in Hardthausen-Kochersteinsfeld, nicht so furchtbar weit weg vom Tatort, ein Haus gekauft hat? Könnten Sie vielleicht einfach noch mal versuchen darzustellen, wie dieses Beziehungsgeflecht aussah?

Sv. Clemens Binniger: Also entscheidend ist für mich vor allem die Rolle von A. S., der nach all dem, was wir eben wissen, sehr gut vernetzt war zur rechten Szene in Sachsen und dort zu Leuten, wo die Sicherheitsbehörden gesagt haben: Die wissen mehr über das Abtauchen des Trios. Und er war auch bekannt – das habe ich vorhin jetzt nicht gesagt, aber wenn Sie jetzt fragen –, er war zumindest bekannt mit einem der

führenden Neonazis aus Zwickau, also dem Ort, wo sich das Trio am längsten aufgehalten hat, und der auch V-Mann war vom BfV.

Und all das sind eben Bezüge, wo wir sagen, das muss man sich noch mal angucken und auch, was hat er sonst so an Hinweisen eben auch geliefert. Es ist denkbar, dass die Szene, einerseits sehr gesprächig, über dieses Trio nichts geredet hat und es wirklich bei ganz wenigen Leuten blieb. Aber denkbar wäre es auch andersrum.

Ein direkter Link zwischen Tino Brandt und dem A. S. ist mir jetzt nicht erinnerlich. Aber Tino Brandt als solcher ist natürlich – – Diesen Hauskauf muss man sich zumindest angucken, weil es auch wieder in diese Nähe führt und natürlich die ersten Jahre er das Trio ja ganz eng begleitet in dieser Gruppierung Anti-Antifa, „Thüringer Heimatschutz“.

A. G., ja, das war für uns mit eine – – Das haben wir relativ spät im Ausschuss ja festgestellt, haben dann auch Fragenkataloge geschickt ans LfV hier, ans LfV Sachsen. Wir haben uns folgende Frage gestellt: Wie kann es sein, dass die Sachsen einen im Blick haben, von dem sie vermuten, der weiß, wo das Trio sitzt, und um das herauszukriegen, natürlich im zweiten Schritt eine Liste machen: „Wer hat zu dem wiederum gute Kontakte?“, dass auf dieser Liste lauter Sachsen stehen und dann ein Baden-Württemberger so mittendrin? Das hat uns sehr zum Nachdenken angeregt, weil das die Rolle einfach anders beschreibt.

Die Begründung, die man uns gesagt hat, die hat uns nicht so sehr überzeugt. Die Begründung war, dass es wohl Anfang der Neunzigerjahre mal ein Ermittlungsverfahren gab, in dem sowohl A. G. als auch A. S., beide, ich glaube, Beschuldigte waren, Hausfriedensbruch oder irgend so was in Sachsen, und deshalb hätte man ihn da in die Liste aufgenommen. Das hat uns deshalb nicht überzeugt, weil wenn man weiß, wie viel Straftaten, Propagandadelikte etc. da in aller Regel anfallen, bin ich mir jetzt nicht sicher, ob ein Delikt, das dann schon viele Jahre zurückliegt, so prominent ist, dass man sagt, den nehmen wir hier in so eine Überwachungsliste mit auf. Oder war der Kontakt später noch enger? Die Begründung war eine andere. Das räume ich ein. So hat man es uns beschrieben, aber es hat uns nicht so überzeugt.

Und bei diesem A. G. ist eben der Punkt, dass er dann ja auch aus Sachsen hierherkommt, dieser Band angehört, wo wiederum der NSU in der ersten Bekenner-DVD ja Lieder als Anleihe genommen hat, um seine Verbrechen da musikalisch noch zu hinterlegen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Können Sie vielleicht eine Ausführung machen: Tino Brandt war in der Szene bundesweit durch Medienberichte wie bekannt, auch – ich sage jetzt mal – vom Foto? Ich frage deswegen, weil es wohl eine Vernehmung gab – so lese ich es jedenfalls aus der Presse – durch die Bundesanwaltschaft, bei der A. S.

ein Foto vorgelegt wurde von Tino Brandt und er diesen Rechtsextremisten sofort erkannt hat. Deswegen war die Frage – –

Sv. Clemens Binniger: Und wann war die Vorlage vom Foto?

Abg. Matthias Präfrock CDU: Das weiß ich nicht, aber nachdem es die Bundesanwaltschaft war, muss es wahrscheinlich nach 2011 gewesen sein. Deswegen die Frage, ob Sie es einschätzen können, wie bekannt diese Figur auch aus anderem Zusammenhang sein könnte – außer aus der rechten Szene.

Sv. Clemens Binniger: Also, auch wenn ich jetzt keinen direkten persönlichen Link kenne, bekannt war der schon. Der hat sich ja auch nicht gescheut, zu den THS-Zeiten schon auch ins Fernsehen zu gehen und da Äußerungen abzugeben. Insofern kann er allein von daher bekannt gewesen sein.

Dann ist es immer so, dass Leute, die enttarnt werden in der Szene als V-Leute, sich natürlich auch rasend schnell herumsprechen. Insofern spricht einiges dafür. Umgekehrt ist es natürlich auch so, dass nach Auffliegen des NSU und den Fotos, die dann in den Medien waren, viele ihre Erinnerung auch darauf beziehen. Aber dass Tino Brandt bekannter war, da, würde ich sagen, spricht mehr dafür als dagegen.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Die meisten Fragen haben Sie im Rahmen Ihrer Ausführungen bereits beantwortet. Zwei hätte ich noch.

Zum einen – aus Ihrer Erfahrung, Ihrem Wissen aus dem Untersuchungsausschuss und auch als Polizeibeamter –: Dieser KKK, der sich da gegründet hat, es gibt ja auch Aussagen von Polizeibeamten, sie hätten ja gar nicht so richtig gewusst, was die da eigentlich machen, so nach dem Motto, das sei so eine Art Kostümball gewesen. War das eher eine Karnevalstruppe, oder war das von ernst zu nehmendem Gefährdungspotenzial?

Sv. Clemens Binniger: Schwierige Frage, Herr Kollege, weil ich natürlich diese Gruppe in keiner Weise irgendwie relativieren will. Aber ich nehme an, sie zielt ja darauf ab: Waren die aufgrund ihrer Struktur in der Lage, etwas zu begehen? Das haben sie wohl nicht geschafft. Sie waren am Ende zerstritten. Aber sie haben natürlich ihre ganzen rassistischen, merkwürdigen Veranstaltungen gemacht mit, was weiß ich, Kapuzen und was da alles dazugehört.

Insofern war es ein offenkundiger und für mich schon auch latenter gewaltbereiter Rassismus, der da zutage kam, ungeachtet dessen, dass die Gruppe dann hinterher im Streit zerfällt und möglicherweise über ihre internen Treffen hinaus nie eine Straftat begangen hat. Das macht es aber natürlich, was die Mitgliedschaft angeht, jetzt nicht besser. Aber was die reine Gefährlichkeit betrifft, Straftaten zu begehen, müssen wir eher sagen: Die Truppe hat sich da wohl auch ein bisschen selbst zerlegt.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Wir untersuchen ja nicht nur den engeren Tatzeitraum, sondern auch die Frage: Wie sind baden-württembergische Behörden im Nachgang mit dem Thema umgegangen, auch in der Zusammenarbeit mit dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags? Da gab es von Ihnen, Herr Binninger, auch von Frau Dr. Högl, auch von Frau Pau und anderen mehrfach Kritik zum einen bei der Übersendung von Akten, dass die nicht rechtzeitig oder sehr spät erfolgt sei. Könnten Sie dazu etwas sagen?

Und dann wurde vorher auch angesprochen der pensionierte V-Mann-Führer, der vernommen wurde durch den Bundestags-Untersuchungsausschuss. Ist dort die Zusammenarbeit mit den baden-württembergischen Behörden aus Ihrer Sicht so verlaufen, wie Sie sich das gewünscht haben?

Sv. Clemens Binninger: Also es ist natürlich ein bisschen schwierig, da wir nach jeder Sitzung Statements abgegeben haben und, ich glaube, keine Sitzung ausblieb, wo nicht auch Kritik an irgendeiner Behörde geäußert wurde, nämlich die, die halt gerade im Fokus der Untersuchung stand, jetzt genau darauf noch mal zu rekapitulieren.

Ich will aber vorausschicken: Wir haben immer dort kritisiert, wo wir es für notwendig hielten, und die Kritik war fast ausnahmslos immer parteiübergreifend, von FDP bis Linkspartei, alle. Die Kritik galt mal dem BfV, sie galt mal dem MAD, als es um einen Vermerk ging zu Mundlos, und sie galt auch dem LfV Baden-Württemberg. Das ist schon richtig. An der Kritik habe ich jetzt auch nichts zurückzunehmen.

Die Geschichte, die sich darum rankt, sind zum einen die Aktenlieferungen zur V-Person „Krokus“ und die in dem Zusammenhang notwendige Vernehmung des V-Mann-Führers von „Krokus“. Da haben wir Kritik geübt. Und das andere waren die – wobei ich gar nicht weiß, ob wir das öffentlich gemacht haben; insofern sage ich, es ist jetzt ein bisschen schwierig, auf welche der Kritiken Sie sich beziehen; das andere haben wir, glaube ich, nicht öffentlich gemacht, aber ich will es trotzdem ansprechen – Aktenlieferungen auch zu A. S.

Sie sind alle auch vom Fach, und Sie werden vielleicht Ihre eigenen Erfahrungen machen und vielleicht dann das mit einbeziehen in Ihr Gesamturteil. Man fasst Beweisbeschlüsse. In denen fordert man die Behörden auf, Akten vorzulegen, und dann kann man selbst sehen, wie lange geht es zwischen Beweisbeschluss und letztem Akteneingangsdatum, bis man dann alles hat, und dann kommt man zu dem Urteil, das man eben dann fällen kann. Insofern könnten Sie, wenn Sie an unser Sekretariat schreiben – die sind dazu in der Lage –, auch noch mal zusammenstellen: Wann hat der Ausschuss die Aktenanforderung beschlossen? Wann kam dazu die letzte Akte?

(Sv. Dr. Eva Högl: Es ist auch, wenn ich kurz einhaken darf, im EG-„Umfeld“-Bericht“ eine Übersicht zu den Beweisbeschlüssen und den Aktenlieferungen tabellarisch enthalten!)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wir haben jetzt vom Archiv des Deutschen Bundestags alle, ich glaube, über 100 Seiten bekommen, wann was angefordert ist,

(Sv. Dr. Eva Högl: Na bitte!)

und wir haben jetzt die Antwort des Innenministeriums. Und jetzt versuchen wir gerade im Ausschussesekretariat, das zusammenzufassen. Dann bekommt es jeder im Ausschuss, und dann kann jeder sehen, wo es denn möglicherweise die Schwierigkeit der Aktenübersendung gab, wobei es halt immer so ist: Ich meine, man muss ja nicht arg viel Verständnis für Behörden haben, aber man muss schon einschätzen, aus welchen vielen Akten sie was herausfiltern. Wir merken das jetzt gerade auch. Wir müssen ja teilweise sogar Leute hinschicken, die zuerst mal schauen: Welche Akten können wir überhaupt anfordern? Sie haben das vorher erwähnt. Sonst würden wir überschwemmt mit Akten. Aber das war jetzt wohl ein Fall, wo Sie ganz gezielt Akten angefordert haben. Und ich glaube, das wird in der Aktenanforderungsliste auch draufstehen vom Archiv, und dann werden wir mal untersuchen, wann hat das Ministerium die geschickt.

Sv. Clemens Binniger: Und dann ist es immer noch eine Bewertungsfrage. Der eine wird immer sagen: Schneller ging es nicht. Der andere wird sagen: Mir war es aber zu spät.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja, klar.

Sv. Clemens Binniger: Nur: Die Kritik war parteiübergreifend. Das will ich an der Stelle noch mal deutlich machen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wenn ich gerade das Wort habe, ...

Sv. Clemens Binniger: Das hat der Vorsitzende doch immer!

Vorsitzender Wolfgang Drexler: ... darf ich noch mal fragen: Hat es sonst in der Zusammenarbeit des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags mit Baden-Württemberg – jetzt außer diesen zwei Fällen, die Sie nennen – irgendwelche Schwierigkeiten gegeben, auch in Bezug auf andere Länder, oder kann man da nichts Negatives sagen?

Sv. Clemens Binniger: Wie hätten Sie es denn gern?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Genau so, wie es war. Also mir ist das relativ egal.

(Heiterkeit)

Sv. Clemens Binniger: Man muss so, wie Sie gesagt haben – – Wir haben auch immer versucht, fair zu sein auch mit der Exekutive, weil die Schwierigkeiten natürlich da sind, aus riesigen Aktenbeständen etwas herauszusuchen, und wir haben auch nicht vorschnell kritisiert. Andererseits haben wir Neuland betreten, weil wir auch Akten von Landesbehörden bekommen haben. Und da hatten wir anfangs durchaus auch Konflikte

mit dem Bundesinnenministerium, und wir hatten Gespräche mit dem Bundesinnenminister, Vorsitzenden IMK. Also es ist jetzt kein Baden-Württemberg-spezifischer Kritikpunkt. Die gab es auf der Strecke immer wieder mal. Am Ende, habe ich gesagt in der Plenardebatte im September 2013, am Ende haben wir dann alles gekriegt, was wir wollten. Wobei – das darf ich auch sagen –: Die Zusammenarbeit jetzt mit dem Vertreter des Landes, mit der Polizeiabteilung, mit dem LKA, die war tadellos.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Herr Filius hat sich zu Wort gemeldet. Bitte.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Binninger, vielen Dank für die Ausführungen. Also, das ist sehr viel, was wir da noch auch aus Ihrer Sicht abzuarbeiten haben, aber wir sind für jeden Hinweis natürlich dankbar. Vieles wurde jetzt von Ihnen schon beantwortet bzw. auch angerissen.

Ich darf auch noch einmal auf eine Äußerung von Ihnen zurückkommen, und zwar zur Rolle der V-Leute. Da haben Sie im Interview bei KONTEXT: Wochenzeitung etwas gesagt, und zwar sagten Sie, Quellenschutz könne man so nicht akzeptieren, und es wäre eine ganz wichtige Aufgabe auch hier letztendlich für einen Untersuchungsausschuss in einem NSU-Umfeld, das letztendlich noch weiter auszuloten und aufzudecken. Das sollte ein Untersuchungsausschuss nicht akzeptieren – so darf ich das noch einmal nennen –, wenn bei V-Mann-Einsätzen eine rote Linie überschritten wurde. Das ist jetzt Theorie, aber in der Praxis: Was würden Sie uns denn nunmehr raten, wie wir da an dieser Stelle vorgehen wollen, als Sachverständiger?

Sv. Clemens Binninger: Also zunächst einmal bedanke ich mich, dass meine Interviews so viel Aufmerksamkeit finden. Das spricht ja auch für die Journalisten, die da die Fragen stellen. Die rote Linie war bezogen auf einen – – Ich müsste es jetzt noch einmal komplett lesen, aber diesen Begriff bringe ich immer bei einem bestimmten V-Mann. Das ist der V-Mann „Piatto“. Das war ja ein V-Mann, der im Gefängnis saß, sich aus dem Gefängnis heraus beworben hat, beim LfV in Brandenburg sich angedient hat, genommen wurde, obwohl er wegen versuchten Mordes da einsaß, und wo wir sagen: Da muss der Rechtsstaat eine Linie ziehen. Wenn er mit so jemand zusammenarbeitet, überschreitet er eine rote Linie.

Zu V-Leuten in Baden-Württemberg haben wir wenig erfahren und auch wenig natürlich nachgefragt. Wir hatten eine längere Diskussion. Das können Sie auch der öffentlichen Zeugenvernehmung des Protokolls des damaligen LfV-Präsidenten entnehmen, der uns – ich glaube, es war ein bisschen damit verbunden, dass die Ländervertreter da auch um Mäßigung baten – abstrakt einen V-Mann eben beschrieben hat, der kurzzeitig im KKK war, zum Gründungszeitpunkt, danach aber abgeschaltet wurde.

Meine Empfehlung an Sie wäre jetzt, zu ermitteln, wer das war. Und da halte ich es auch für vertretbar, dass eine Behörde Ihnen das sagt. Weil ein V-Mann, der vor 15 Jahren oder vor 14 – es wären dann 15 Jahre – abgeschaltet wurde – – Da, finde ich, verrät man nichts mehr über die Arbeitsweise einer Behörde, bis hin – – Wenn Sie mir den kurzen Einschub gestatten: Wir haben ja auch mal ein Gespräch ausgewertet, die sogenannten H.-Bänder, wo zwei Neonazis miteinander reden, darunter der Tino Brandt, wo der Tino Brandt – der war ja V-Mann oder schon enttarnt – das V-Mann-Wesen beschrieben hat, wie es ein V-Mann wahrnimmt. Da sage ich Ihnen nur: Da blicken Sie in Abgründe. Und da soll niemand so tun, als ob das noch ein Instrument wä-

re, das vielleicht von der Gegenseite nicht auch schon lange durchschaut wurde; Stichwort: in beide Richtungen.

Also, das war nur der Einschub. Rote Linie war die Vorstraftat, und bei uns im Ausschuss war es kein größeres Thema, aber an der einen Stelle schon. Und meine Empfehlung wäre, dass man hier Ihnen wirklich alles geben kann.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Vielen Dank. – Als Weiteres sagten Sie auch noch aus den Lehren aus den NSU-Ermittlungsfehlern, die da vorliegen, es wäre weniger ein Erkenntnisdefizit, sondern ein Analyse- und Umsetzungsdefizit, also, dass Informationen in einer Breite vorgelegen haben, aber letztendlich keine entsprechende Umsetzung dann wohl stattgefunden hat. Beziehen Sie das jetzt auf die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzämter – das, was Sie vorher mal gesagt haben in dem Bereich, die Raubserie mit der Mordserie –, dass das nicht gekoppelt ist? Oder ist da noch ein weiterer Aspekt aus Ihrer Sicht vorliegend?

Sv. Clemens Binninger: Also, das kann man darauf beziehen. Man kann es auch darauf beziehen, dass man sagt: Warum gelingt es nicht, eine Raubüberfallserie zu verknüpfen mit einer Mordserie? Aber es bezieht sich, wenn ich das so formuliere in dem Interview – vielleicht sage ich es ja auch noch irgendwo –, ganz konkret auf den Sprengstoffanschlag des NSU in Köln, weil das ein Fall ist, von dem ich bis heute noch sage: Das war der Fall mit den meisten Hinweisen auf die Täter. Den hätte man klären können.

Und da hat man weder die Sprengstoffdatei des BKA richtig oder umfassend ausgewertet; man hat die Videobilder, die man von den Tätern ja hatte, wie sie mit den Fahrrädern die Bombe da durchschieben, nicht richtig ausgewertet, und es gab – das ist für mich ja ein Rätsel bis heute; jetzt muss ich überlegen, ob es vor oder nach dem Anschlag war – das „BfV Spezial“.

(Sv. Dr. Eva Högl: Das war 2003!)

Ich meine, 2004 war es, also um den Zeitraum des Kölner Anschlags herum. Das hat jetzt nichts mit Baden-Württemberg zu tun, aber es ist nicht ganz uninteressant, weil an solchen Informationssträngen partizipieren ja alle LfVs.

Ich sage jetzt mal, im Umfeld des Anschlags Köln 2004 – ob jetzt kurz davor oder kurz danach – gibt das Bundesamt für Verfassungsschutz ein Dossier heraus, das „BfV Spezial“ zum Thema „Neue Gefahren des gewaltbereiten Rechtsextremismus“. Und dort beschreibt es die Delikte, mit denen man zukünftig rechnen muss – Einzeltäter, Kleinstgruppen, Waffensprengstoff –, sodass man schon allein aufgrund der Beschreibung hätte auf den Gedanken kommen können: Mensch, das passt ja zu diesem Anschlag in Köln – keine Bekennung, doch Bezug auf „Combat 18“. In Köln gab es auch keine Bekennung. Man hat gesagt, deshalb ist es OK – was ja ein Fehler war.

Und im zweiten Teil – auch in diesem Dossier enthalten – ist so eine Art Personenregister von Leuten, denen man zutraut – oder aufgrund von Vorfällen in der Vergangenheit –, dass sie in diesem Umfeld und diesen Anschlagsformen sich bewegen. Und da gibt es einen eigenen Abschnitt, die Jenaer Bombenbastler. Dort sind genannt Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe, 2004. Und keiner nimmt dieses Papier – da stehen vielleicht 40, 50 Namen drin – und sagt: Jetzt gleiche ich mal alle, die da drinstehen, mit den zwei Typen auf dem Video ab, ob denen irgendjemand ähnlich sieht. – Das muss ja nicht exakt sein, aber das meinte ich mit fehlender Analysefähigkeit.

Oder die Sprengstoffdatei. Wenn die Kollegen aus Köln nicht nur nach dem Schwarzpulver, nach dem Zünder und sonst was gesucht hätten, sondern in diese Datei eingegeben hätten: „ohne Zeitbegrenzung“, „männlich“ – das sieht man ja auf dem Video –, „Koffer“ – sieht man auch auf dem Video; da ist die Bombe drin – und als Motiv „rechtsradikal“, dann wären rausgekommen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und vielleicht noch zehn, 20 andere, aber dann hätten wir auch wieder den Vergleich gehabt. Hat man nicht gemacht. Das meinte ich damit, Analysefähigkeiten nicht nutzen.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Vielen Dank. – Eine weitere Frage, und zwar zur Zwei-Täter-Theorie. Sie sagen ja durchaus immer wieder, es sind Täter. Ob es zwei sind? Sie haben da Ihre Zweifel. Ist für Sie nicht auch das Ende, also letztendlich, wie Böhnhardt und Mundlos zu Tode gekommen sind, nämlich dass sie sich erschossen haben, dass das dann angezündet ist – Ist nicht dies auch ein – sage ich mal – Aspekt, wie man auch das wenig in Einklang bringen kann mit dieser Skrupellosigkeit auf der einen Seite bei den Tötungen, bei den Morden, wo Sie auch wieder dann sagen, umgekehrt, die Nervosität bei den Banküberfällen – – Also, das ist ja zumindest ein sehr ungewöhnliches Ende, um es mal vorsichtig zu umschreiben, wenn man eine solche kriminelle Energie an den Tag gelegt hat, dass man aus Angst vor Entdeckung sich dann in dieser Art und Weise suizidal zu Ende bringt.

Sv. Clemens Binniger: Das ist uns auch aufgefallen, aber da weiß Frau Marx sicher noch mehr dazu. Aber es ist in der Tat ein bisschen ein ähnlicher Widerspruch in der Tätertypologie wie zwischen Bankräubern und den Mördern. Die eiskalten Mörder, die ins Internetcafé gehen oder auf die Theresienwiese, und gleichzeitig die hektischen Bankräuber, wo es immer kurz vor dem Scheitern ist, und einerseits die eiskalten Killer, die dann hinterher sofort durchdrehen, wenn eine Polizeistreife kommt, obwohl sie bewaffnet sind bis an die Zähne.

Es ist auch ein Widerspruch, aber insgesamt könnte man natürlich um die Ereignisse 4. November, Eisenach und Zwickau, auch einen ganzen Fragenkatalog stellen, mehr als genug. Die Kollegen in Thüringen werden das ja wohl machen, und Zwickau wird man halt dann sehen. Da will ich Sie jetzt – – Ich wüsste dazu auch einiges, aber es ist, glaube ich, nicht Teil Ihres Auftrags, und ich will es auch nicht überfrachten. Aber der Widerspruch ist da, und es gibt einiges an unlogischen Dingen um den 4. November herum. So will ich es mal beschreiben.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Und so habe ich Sie auch verstanden, dass auch die Waffenfrage ein Punkt ist, wo Sie dann auch sagen, dass es ja auch bei K. jetzt halt von der Waffe her nicht die gleiche Konstellation war. War das auch ein Aspekt für Sie, zu sagen, das spricht auch eher dafür, dass es vielleicht mehrere Personen noch sein könnten?

Sv. Clemens Binninger: Vor allem muss man sich ja die Frage stellen: Warum legen die beiden Täter beim Mord an der M. K. richtig Wert darauf, dass keine Verbindung zur Ceska-Serie erkannt wird? Warum denn? Hätten sie so viel Angst gehabt, dass, wenn man diese Verknüpfung gesehen hätte, man dann nach rechts, nach Thüringen oder wohin auch immer geht? Das ist ja die offene Frage. Aber es muss ja eine Motivation gegeben haben, die Ceska, die sonst immer das schreckliche Autogramm der Morde war, beim zehnten Mal gerade nicht einzusetzen. Warum? Eine banale Erklärung wäre: Sie war kaputt, hat nicht mehr funktioniert. Das wäre die banalste.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Keine Munition.

Sv. Clemens Binninger: Ja, aber die konnte beschossen werden. Ich glaube also nicht, dass die defekt war – weiß ich jetzt aber nicht. Das wäre das Banalste letztendlich. Das muss man auch heranziehen. Aber es bleibt ein Rätsel, warum gerade hier versucht wurde, die Verbindung zur Ceska-Serie nicht herzustellen. Es bleibt ein Rätsel, warum die Serie dann danach komplett auch abreißt und bei der Waffe eben DNA-frei und auf der einen noch eben anonyme DANN – –.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Vielen Dank. – Ich hätte keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Abg. Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Binninger, wir sind jetzt hier mit demselben Auftrag gestartet wie Sie, nämlich dem Versuch, die Wahrheit zu finden bei den vielen offenen Fragen und vielen Rätseln. Das ist auch deswegen so wichtig, weil wir auf eine völlig verunsicherte Bevölkerung treffen bei diesen offenen Fragen. Das hängt zum einen damit zusammen, dass wir auf der einen Seite ja in Baden-Württemberg einen Mordfall und einen Mordversuch aufarbeiten müssen, aber ständig immer wieder Rätsel aus anderen Bundesländern, Ungereimtheiten von anderen Bundesländern da ja natürlich mitspielen und auch abfärben. Das ist natürlich das Bittere.

Und der nächste Punkt ist der, dass wir es halt viel mit Bewertungsfragen zu tun haben, und dies hinterlässt dann wiederum viele Leute ratlos. Und jetzt komme ich zu Ihrer Zufallsopfer-Theorie. Weil wir es da ja damit zu tun haben, dass wir auf der einen Seite Sie haben mit Ihren 23 Dienstjahren im aktiven Polizeidienst, mit Ihrer Bewertung, und auf der anderen Seite das Bundeskriminalamt und den Generalbundesanwalt, die ja auch eine eigene Erkenntnisquelle und eigene Erfahrungen haben und die zu einem ganz anderen Ergebnis kommen. Das verunsichert natürlich die Öffentlichkeit. Und deswegen möchte ich an der These das mal exemplarisch ein bisschen abarbeiten, weil Sie gesagt haben, die Frage gestellt haben: Wie kommt denn der Impuls in Thüringen

(Sv. Clemens Binninger: Sachsen!)

– oder in Sachsen –, auf der Theresienwiese überhaupt Polizisten zu ermorden? Woher wissen die, dass sie überhaupt da sind?

Da stellt sich doch aber, wenn man diese Frage stellt, erst recht die Frage: Ja, aber wie stellt sich dann der Impuls, ausgerechnet die M. K. dort – – Vor allem wenn man den Tagesablauf weiß an diesem Tag? Deswegen hätte ich schon noch gern gewusst, wenn man sich den Tagesablauf anschaut – – Der war ja nicht vorhersehbar für diesen Tag, weder die Konstellation noch der Umstand, dass die M. K. zu dieser Uhrzeit dort war, es sei denn, man hat sie über den ganzen Tagesablauf beobachtet und ist ihr hinterhergefahren. Nur dann hätte man, wenn man speziell die M. K. hätte töten wollen, sie auch zu diesem Moment an diesem Ort treffen. Man hätte sie den ganzen Tag über verfolgen müssen. Teilen Sie da meine Einschätzung, und haben Sie das bei Ihren Überlegungen berücksichtigt?

Sv. Clemens Binninger: Ich gebe Ihnen recht, dass, wenn wir Fragen aufwerten – und es geht um Bewertung, es geht um Hypothesen; der BKA-Präsident hat immer gesagt, kriminalistische Arbeit besteht im Aufstellen von Hypothesen

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ja!)

und dann deren Plausibilität zu überprüfen anhand der Fakten –, wir da natürlich auch immer ein bisschen ein Fragezeichen auslösen. Deshalb sage ich auch immer: Wir versuchen, verantwortungsbewusst damit umzugehen. Wir haben kein Interesse an Verschwörungstheorien.

Aber bei dem Thema „M. K.“ – ich weiß nicht, ob ich es vorhin gesagt habe – fällt natürlich auch auf – – Ich habe immer gesagt – – Das ist ein bisschen im Wertungswiderstreit, aber das dient ja auch der Sache. Am Ende wird sich ja – – Es sei denn, Zschäpe sagt irgendwann aus, oder etwas anderes kommt raus. So lange sind wir meistens immer suchend. Ich würde Ihre Einschätzung nicht ganz teilen. Das wäre eine mögliche Hypothese. Die picken sich diese Streife raus, behalten sie den ganzen Tag im Blick – was kaum zu schaffen ist,

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: So ist es!)

mit einem Wohnmobil schon gar nicht. Zum einen fällt das auf, und der Polizei fällt es auch auf. Also normalerweise fährt die Polizei den Autos hinterher und nicht die Autos der Polizei. Das wäre sicher schnell erledigt.

Aber ich habe vorhin ja auch gesagt – ich will nicht über Gebühr ins Detail gehen; Herr Vorsitzender, das können wir vielleicht auch nachher noch mal machen –, dass man sich schon alle Kommunikationsverbindungen noch mal ansehen muss von diesem Tag. Und jetzt nur als Hypothese: Es wäre ja auch umgekehrt denkbar, dass man auf anderem Weg erfährt: Wann macht ihr eine Pause? – Das wäre theoretisch auch denk-

bar. Ich habe keine Anhaltspunkte dafür, aber wenn man so fragt: Wie kommt man da ran? – Das Dritte, das ja bleibt, ist zu sagen: Die fahren ziellos durch die Gegend und kommen innerhalb von zehn Minuten an den Punkt.

Bei M. K. ist das halt so – das hat anfangs, ich glaube, auch den BKA-Präsidenten zunächst mal auf die falsche Fährte geführt, dann wieder relativiert –: Ich habe ja gesagt, 16. bis 19. April war das Wohnmobil angemietet laut Mietvertrag. Und bei anderen Taten wissen wir, dass sich Mietzeitraum und Tatzeitpunkt korrespondieren. Und wenn man jetzt sagt: War da der Tatentschluss am 16. April gefasst, oder fahren die aufs Geratewohl los und entscheiden irgendwann spontan auf der Strecke: heute passt? Das wäre völlig irre, wenn nicht ganz auszuschließen. Aber ich tippe aufs Erstere, dass der Tatentschluss gefasst ist.

Dann war doch etwas geplant im Zeitraum 16. bis 19. Und M. K. war dort nicht da, zumindest in Teilen. Sie war am 19. wohl, wenn ich mich richtig erinnere, zu Hause in Oberweißbach, hat dann kurzfristig getauscht, ist zurückgefahren und hat dann den Dienst gemacht, der übrigens, glaube ich, der erste Dienst war in der Öffentlichkeit. Davor hatte sie noch frei, und, ich glaube, irgendein Einsatz bei Gericht fiel aus. Das war der erste richtige öffentliche Präsenzdienst, sodass man auch da – – Hängt das irgendwie mit zusammen? Was war da um den 19. herum? Was war zu Hause in Thüringen? Das kann man Frau Marx noch mal fragen.

Ich bin auch weit davon entfernt – das will ich ganz deutlich sagen –, zu sagen: Hatte M. K. irgendwie einen Bezug in die rechte Szene? Dafür habe ich null Anhaltspunkte. Aber es gibt ja – – Es kann ja auch andere Berührungspunkte geben. Deshalb habe ich vorher auch gesagt: Man müsste auch diese ganzen Einsätze, wo sie im Rauschgift- und Drogenbereich war, sich noch mal genau angucken, und auch die Verknüpfungen der Szenen.

Also insofern, glaube ich, ist die Observationsthese – – Das wäre nicht leistbar. Da gebe ich Ihnen recht. Aber ich sage, es ist nicht der einzige Weg, rauszufinden: Wo macht jemand Pause?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ich wollte an diesem Beispiel nur exemplarisch mal rausarbeiten, wenn man da in die Tiefe geht, dass im Grunde zu mehr Verunsicherung es letztlich führt, aber eben jeder womöglich recht hat in diesem Korridor.

Die zweite Frage knüpft daran an, weil Sie das auch wieder erwähnt haben, wie Ihr Kollege Hartfrid Wolff, als er hier in der Enquete gesprochen hat, dass er wieder diesen Fall berichtet hat von den Türken-Morden, die der Onkel in Thüringen da in Verbindung gebracht hat, obwohl sich inzwischen, was wir alle wissen, dieser Fehlschluss einfach daraus ergeben hat, weil der Onkel die Information bekommen hat, die M. K. sei mit einer Ceska erschossen worden. Und aus dieser Fehlinformation hat er dann den Rückschluss gezogen. Und das ist in der Ermittlungsgruppe – –

Sv. Clemens Binniger: Das ist mir neu.

(Sv. Dr. Eva Högl: Mir auch! Wo ist das gesagt worden?)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ja, das steht in der „Ermittlungsgruppe Umfeld“. Da ist das rausgearbeitet worden, dass dieser Fehlschluss ausschließlich damit zusammenhängt, dass der Onkel im Nachhinein erfahren hat, dass er informiert wurde, der Mord ist mit einer Ceska passiert. Daraufhin hat er den Fehlschluss gemacht, und das steht jetzt seitdem in den Büchern.

Also Sie sagen, Sie hören es jetzt zum ersten Mal?

Sv. Clemens Binninger: Ja.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay. Dann hat sich das – – Dann klären wir das auf, klar.

Sv. Clemens Binninger: Herr Sakellariou, Sie haben recht, dass Sie sagen, man muss mit diesen Bewertungen vorsichtig sein, weil man sie nicht ganz klären kann.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau.

Sv. Clemens Binninger: Das Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen als Parlamentarier, finde ich, ist, immer abzuwägen: Welche Fragen muss man stellen? Und wir können eines sicher nicht machen, nämlich zu sagen: Es ist alles komplett geklärt. Wir wissen, warum die Tatorte ausgewählt wurden, wie die Tat – – Deshalb haben wir eine Verantwortung, aber wir haben auch ein Spannungsfeld.

Der Punkt war mir jetzt so wirklich neu, weil ich mich erinnere, dass der Patenonkel – aus meinem Gedächtnis heraus, bitte nicht wörtlich festlegen – bei seiner Vernehmung im Mai 2007 gefragt wurde, ob er sonst irgendwie einen Ansatz hat, und dann sagt er, irgendwie aufgrund der Brutalität und so, irgendein Bezug auf Osteuropa, und für ihn hängt das mit den Türken-Morden – Zitat – zusammen, wegen der Fahrräder und der verwandten Munition, meine ich. Vielleicht kann das jemand nachschlagen – Munition und Fahrräder. Also er sagt dort nichts von Ceska.

Und die Sache wurde vor Gericht, glaube ich, relativiert, indem der Hinweisgeber aus dem Dezernat, glaube ich, für Kapitalverbrechen, der ihm das gesagt haben will, wiederum aber sagt: Ich weiß gar nicht, ob ich ihm das zu früh gesagt habe. Wie kommt der schon im Mai zu dieser Verknüpfung?

Aber dass ihm jemand erzählt hätte – weil man in Heilbronn ja nicht wusste Anfang Mai – – Oder wenn man es gewusst hätte, hätte man wissen müssen, dass es keine Ceska ist.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau, so ist es.

Sv. Clemens Binninger: Also, wer erzählt ihm Anfang Mai, dass es eine Ceska war?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das wäre jetzt so ein Punkt, den wir jetzt aufklären müssten. Denn es ist tatsächlich eine unterschiedliche Information. Die hat aber in der Öffentlichkeit zu großer Verunsicherung geführt. Denn wenn das tatsächlich so wäre, wäre es natürlich ein Anhaltspunkt.

Sv. Clemens Binninger: Dann wäre es ja ganz herb.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: So ist es.

Sv. Clemens Binninger: Das höre ich jetzt wirklich das erste Mal, ...

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau.

Sv. Clemens Binninger: ... dass ihm Polizisten bei der Vernehmung im Mai erzählt hätten, die M. ist mit einer Ceska ermordet worden.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay.

Sv. Clemens Binninger: Dann wäre die Reaktion – –

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay.

Sv. Clemens Binninger: Ergibt sich aus der Vernehmung nicht, meine ich, so wie ich mich erinnere.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das erarbeiten wir dann noch mal auf.

Sv. Clemens Binninger: Genau.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Der nächste Punkt, den ich Sie fragen wollte, weil Sie angedeutet haben, die Besuche in Baden-Württemberg seien hier so außergewöhnlich intensiv: Nach unseren Informationen geht es um acht Besuche, die hier in Baden-Württemberg stattgefunden haben. Wenn die Aussage schon im Raum ist, es gebe ein ganz intensives Geflecht, dann müsste man natürlich auch mal wissen, wie es denn in den anderen Bundesländern war, was die Besuchszahl angeht und die Frequenz angeht, damit man das besser einsortieren kann. Denn auch da könnte ja ein Fehleindruck entstehen, wenn die Zahlen das nicht bestätigen.

Sv. Clemens Binninger: Deshalb habe ich mich in meiner Aussage gar nicht auf eine Zahl festgelegt, weil wir natürlich auch das, was die EG „Umfeld“ rausarbeitet, die Besuche sind, die aus irgendeinem Grund bekannt wurden. Das Dunkelfeld – überall, wo die sonst noch waren –, darüber kann man ja im Prinzip nur mutmaßen. Was natürlich aber auffällt, ist die lange Zeit des Kontakts zu dieser baden-württembergischen Szene. Es ist nicht nur mal ein Jahr, wo die ein paar Mal kommen und dann wieder weg sind, und dieser lange Zeitraum. Und deshalb habe ich Ihnen ja vorher empfohlen –weil ich es auch nicht weiß –: Dazu müsste man auch mal sprechen mit den Staatsschutzbeamten vor Ort in Heilbronn, in Ludwigsburg, in Stuttgart, wirklich mit den Sachbearbeitern,

die es ja wohl gibt für die Bereiche Rechtsextremismus – das ist Polizei –: Wie sah eure Szene dort aus?

Was die anderen Länder betrifft, so hatten wir noch stärkere Bezüge nach Bayern, zumindest feststellbar. Ich glaube – jetzt muss ich ein bisschen spekulieren – fast nichts, soweit ich mich erinnere, nach NRW und Hessen, was nicht heißt, dass es die nicht gab. Weil ja das Verrückte ist: Wie kommen die auf diese Tatorte in dieser Phase 2000, 2001? Sie werden gesucht in Sachsen mit Hochdruck und müssten sich eigentlich verstecken, und fahren nach Hamburg und bringen jemand um und hinterlassen in Köln eine Sprengfalle in einem Geschäft. Kommt man da von alleine drauf, weil man seit zwei Jahren im Untergrund ist und viel Zeit hatte – natürlich –, oder gibt da jemand einen Impuls? Und das wäre wiederum ein Bezug. Aber deshalb sind ja auch die Kollegen in NRW dran, wo ich auch hoffe, dass man da vielleicht etwas mehr noch erfährt.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Absolut. – Die nächste Frage bezieht sich auf den KKK. Da habe ich zunächst mal die Frage: Die Zeit, im Jahr 2002, als bekannt wurde, dass zwei Polizeibeamte Mitglieder im KKK sind, war das die Zeit, in der Sie im Staatsministerium gearbeitet haben – nur, dass ich das zeitlich richtig einsortiere – als Referent für Innenpolitik und Sicherheitsfragen?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Die Frage muss man anders formulieren. Wir machen jetzt hier keine Zeugenbefragung. Herr Binninger ist für etwas anderes hier. Das ist eindeutig klar.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist eine reine Nachfrage.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wenn dann ein Beweisantrag zu Ihrer Zeit im Staatsministerium kommt, dann machen wir das als Zeuge, aber wir vermischen das jetzt nicht miteinander.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ich wollte ja nur eine – –

Sv. Clemens Binninger: Ich würde es aber beantworten, wenn es erlaubt ist.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut, wenn Sie es wollen, dann machen Sie das jetzt.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ja, genau, nur darum ging es mir.

Sv. Clemens Binninger: Ich würde es beantworten, einfach, um auch nicht jetzt zu viele Geheimnisse hineinzudeuteln. Ich komme auch gern noch mal, aber Sie haben so einen engen Zeitplan, ob Sie da mich als Zeugen für meine Zeit im StaMi noch mal brauchen – –

Ich hatte im Staatsministerium begonnen im September 2001. Das weiß ich deshalb – – Anfang September, ob jetzt 3. oder 4., weiß ich nicht, aber Anfang September. Das weiß ich deshalb noch so genau, weil kurz danach der 11. September war, der im Prinzip ja dann uns stark gefordert hat mit diesem Thema und Konsequenzen hier für das

Land, und war mit Unterbrechungen – Urlaub für den Wahlkampf im Sommer – bis, ich glaube, Oktober 2002 – – Also ich bin nach dem Wahlkampf – – Bundestagswahl war im September, ich bin danach noch mal für eine Woche oder 14 Tage ins Büro, aufarbeiten, was im Nachhinein mich eine halbe Monatsdiät gekostet hat, was ich nicht wusste. Hätte man vorher die Wahl angenommen, wäre es anders gewesen, aber ich hatte es versprochen und bin dann noch mal rein. Also, das ist dieser Zeitraum.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Dann haben Sie davon gesprochen, dass diese Honigtopftheorie, die Sie immer wieder ...

Sv. Clemens Binninger: Nicht immer wieder.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: ... erwähnt haben oder die jedenfalls mit Ihrem Namen immer in Verbindung gebracht wird – –

Sv. Clemens Binninger: Ja, das ist etwas anderes.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Stimmen Sie mit mir darin überein, dass, wenn ein Landesamt für Verfassungsschutz so agiert hätte, wie man es aus Ihren Äußerungen herausgelesen hat, das ein Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip gewesen wäre – also jemanden als Landesamt für Verfassungsschutz zu installieren, der absichtlich eine rassistische Vereinigung gründet, bei der sich andere anschließen könnten?

Sv. Clemens Binninger: Ich glaube nicht, dass das ein Verfassungsschutzamt so machen würde. Aber ich habe Ihnen ja deshalb auch das Beispiel mit dem Thüringer Heimatschutz gebracht. Das ist ja immer diese Abwägungsfrage: Man erkennt, es gruppiert sich etwas Neues, es entsteht eine Formierung, hier KKK im Anfang. Man hat ja davor den KKK schon im Blick gehabt – so war es ja nicht; immer wieder mal so mit Internetauftritten und auch in anderen Ländern –, und dann erfährt man: Jetzt wird es konkret, und man hat da jemand sitzen, einen V-Mann – – Das BfV war es ja. Ich beziehe das ja immer eigentlich aufs BfV. Ich weiß gar nicht, warum Sie das selbst umdrehen auf das LfV; ich beziehe das auf diesen BfV-Zeugen und auf den V-Mann des BfV. Was macht man dann da? Zieht man den ab, oder lässt man den dabei? – Und man hat ihn ja dabei gelassen.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Der Kern meiner Frage bezieht sich auf die Begründung.

Sv. Clemens Binninger: Ist das rechtswidrig? Ich finde, dass in dem Moment, wo der Staat oder der Akteur des Staates oder der V-Mann eine Rolle bekommt, die mehr als passiv ist und quasi die Konstituierung erst vorantreibt, der Staat hier auch eine rote Linie überschreitet. Das hat dann – –Wir schaffen – wir würden so die Gruppierungen schaffen, die wir hinterher beobachten müssen. Das kann nicht sein. Das kann nicht sein.

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Genau, das kann es einfach nicht sein!)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sie stimmen mit mir darin überein?

Sv. Clemens Binninger: Wenn es zu kurz aufgegangen wäre, mache ich das zukünftig so, ja.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Gut. – Der nächste Punkt, den ich noch geklärt hätte gern, ist die Aktenversendung. Dies mag ja am Rande keine so wichtige Rolle gespielt haben, aber ich habe zum Thema „Verunsicherung der Bevölkerung“ – – Da hat es nämlich doch eine Rolle gespielt. Denn die Vorwürfe auch von dem damaligen Untersuchungsausschussvorsitzenden Edathy, dass das Ministerium des Landes Baden-Württemberg nicht rechtzeitig liefert, haben dazu geführt, dass der Eindruck entstanden ist, als ob hier irgendetwas blockiert werden sollte.

Jetzt haben Sie es ja relativiert, indem Sie gesagt haben: Sie haben alles bekommen, was Sie haben wollten am Ende. – So habe ich es jedenfalls verstanden.

(Sv. Dr. Eva Högl: Am Ende, ja!)

– Genau. Und Sie haben ja auch diese Tabelle vorgelegt bzw. darauf Bezug genommen, dass auch alles, was beantragt wurde, irgendwann mal geliefert wurde mit den entsprechenden – – Mir geht es aber darum, das auszuräumen, dass nicht so verspätet geliefert wurde, wie es angekommen ist, sodass dies Vorwürfe gerechtfertigt hätte bei der Qualität der Unterlagen, wo es ja auch um problematische Dinge geht.

Sv. Clemens Binninger: Herr Abgeordneter, bei allem Verständnis, ich kann meine damals geäußerte politische Bewertung der Zusammenarbeit und auch die Kritik – fraktionsübergreifend – jetzt heute nicht zurücknehmen und will das auch nicht.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Dann sind Sie bereit, dass wir das noch mal nachrecherchieren und auf die Art und Weise dann feststellen, zu welchem Zeitpunkt das passiert ist?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wir sollten jetzt keine weiteren Fragen an die Abgeordneten – – Das waren damals Bewertungen. Ich gehe davon aus: Wir haben jetzt vom Archiv des Bundestags genau die Auflistung. Wir haben jetzt vom Landesinnenministerium – – Wir werden das jetzt abgleichen, und wenn wir dann noch einen Zeugen brauchen, dann würde ich sagen, den laden wir. Und dass Abgeordnete zum damaligen Zeitpunkt so eine Äußerung gemacht haben, das nehmen wir auch zur Kenntnis. Und jetzt muss man das abgleichen, ob das tatsächlich so war oder ob es da Lücken gab, die man so beurteilen konnte.

Sv. Clemens Binninger: Ich hatte ja vorhin – – Wenn ich noch darf – – Normalerweise ist es ja bei Untersuchungsausschüssen so: Egal, was Sie objektiv ermitteln, hinterher gibt es vor der Presse fünf verschiedene Statements.

Und Sie werden bei aller parteiübergreifenden Arbeit hier, die Sie sicher auch machen, möglicherweise am Ende mehrheitlich oder einstimmig oder auch nicht vielleicht zu einer anderen Bewertung kommen. Und es bleibt am Ende – – Darum habe ich gesagt: Warten wir mal ab, bis Sie Ihre Erfahrungen gemacht haben mit allen Akten. Und wenn Sie alles bekommen, dann kann man es, glaube ich, in der Gesamtschau bewerten.

Aber es kann sein, dass Sie zu einer anderen Bewertung kommen. Das will ich überhaupt nicht bestreiten.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ich sage es deswegen – Entschuldigung, dass ich da auch noch mal insistiere –, weil eben damit eine Verunsicherung auch der Öffentlichkeit eingetreten ist und ich das – –

Sv. Clemens Binninger: Herr Abgeordneter, wenn ich kurz darf – – Meinen Sie wirklich, dass es dieser Satz war? Also, das glaube ich nicht.

(Heiterkeit)

Wir hatten – –

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Binninger, Sie müssen – – Ich würde jetzt einfach darum bitten, dass wir das Thema – –

Sv. Clemens Binninger: Nein, das war das Aktenschreddern. Das Aktenschreddern war das Problem. Das war das Problem.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja, gut.

Sv. Clemens Binninger: Aber da differenziert doch die Bevölkerung nicht. Das war doch das Problem, das Aktenschreddern.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Es macht halt oft auch die Summe. – Deswegen meine nächste und abschließende Frage: Sie haben gesagt, dass Sie – Untersuchungsausschuss auf Bundesebene – jetzt abwarten wollen, zu was für Ergebnissen wir nun kommen. Aber Sie haben auch gesagt, dass Sie darunter leiden, dass Sie zu wenig Zeit hatten. Deswegen meine Frage: Sie haben doch als Untersuchungsausschuss in Berlin Unterlagen und Akten aus Baden-Württemberg, die der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt erhoben haben und ermittelt haben aus eigener Zuständigkeit seit dem November 2011, die dort unbearbeitet liegen. Wenn Sie selbst sagen, Sie hätten sich mehr Zeit gewünscht, was spricht denn dagegen, jetzt schon einen Untersuchungsausschuss einzurichten mit den Unterlagen, die in Berlin liegen?

Sv. Clemens Binninger: Mein Vertrauen in Ihre Arbeit.

(Sv. Dr. Eva Högl: Ja, genau! Natürlich!)

Doch, ich muss es in der Deutlichkeit sagen. Wir hatten von Beginn an ja auch das Problem: Untersuchen wir die Vorgänge in Thüringen und Sachsen, oder konzentrieren wir uns auf die Mordserie? Also in der Reihenfolge. Und wir haben gesagt: „Wenn die Thüringer und die Sachsen einen eigenen Ausschuss machen, stellen wir das zurück. Die werden das ordentlich machen,“ und haben es hinterher kurz beleuchtet. Frau Marx kann das ausführlicher.

Und wir haben – das sage ich hier gern auch noch mal öffentlich – eine Berichterstatterunde wieder gebildet im Innenausschuss, die an diesem Thema dranbleibt. Es ist nicht so, dass wir hier die heißen Eisen nicht mehr anfassen würden, wenn sie auf dem Tisch lägen, ganz im Gegenteil. Aber wir haben auch gesagt – auch zum Stichwort Verunsicherung – – Ich kann jetzt ja nicht rufen: „Jetzt machen wir das auch noch“, sonst fragt mich ja jeder: „Ja, warum? Jetzt machen es doch die Baden-Württemberger. Warte erst mal ab.“ Und das wollen wir auch tun. Und wenn sich an grundlegenden Komponenten des NSU-Falles etwas ändert – sei es durch Ihre Arbeit, sei es durch die Arbeit der Kollegen in Köln oder in Düsseldorf oder der Kollegen in Wiesbaden, oder doch bei Gericht, was wir alle nicht wissen –, dann sehen wir die Situation für eine Neubewertung gekommen. Aber vorher vertraue ich Ihnen, dass Sie das so machen, wie wir es auch gemacht hätten.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wir warten ja auch ab, bis sich der Sonderermittler, Herr Montag – das ist uns zumindest so mitgeteilt worden –, bis Mai Zeit genommen hat, den Fall „Corelli“ aufzuarbeiten, der bei uns natürlich im KKK in gewisser Seite reinspielt.

Sv. Clemens Binniger: Der muss das halt dann genehmigen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja, ist klar. Wir warten halt ab, bis wir im Grunde genommen dann den Bericht haben. Wir machen da jetzt auch nichts parallel, weil wir darauf vertrauen, dass der Sonderermittler des Deutschen Bundestags es so gründlich macht, dass wir daraus natürlich unsere Schlüsse ziehen können.

Gibt es weitere Fragen noch an den Kollegen Binniger? – Entschuldigung; jetzt hätte ich fast nur nach rechts geschaut. Herr Dr. Goll, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Man soll nicht nur die rechte Seite im Blick haben, sagen wir ja immer. – Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal war das natürlich absolut beeindruckend, wie sehr Sie in den Dingen drin sind. Das muss man schon sagen. Und es gibt auch nach meiner Meinung allen Anlass, diesen Hinweisen von Ihnen nachzugehen. Das müssen wir natürlich gründlich abarbeiten.

Bevor ich noch eine Frage loswerde – es ist ja sehr viel gefragt worden –, vielleicht ein Satz zur Klarstellung: Ich war nie ein Gegner der Vorratsdatenspeicherung. Ich war ein Befürworter einer Lösung mit Augenmaß, die wir wahrscheinlich heute noch hätten. Und

nur weil man es übertrieben hat, kam absehbar das Bundesverfassungsgericht daher. Das also vielleicht – – Ich halte sie für notwendig.

Aber jetzt noch einmal zu einem Komplex, nämlich zu den drei Zeugen, die von blutverschmierten Männern berichten. Wenn ich auf Ihrem Hergang jetzt aufbaue, dann muss aber zu dem Zeitpunkt, wo die diese Wahrnehmungen gemacht haben, das Wohnmobil schon unterwegs gewesen sein nach Besenfeld.

Sv. Clemens Binninger: Oberstenfeld.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Nach Oberstenfeld. Es müsste schon unterwegs gewesen sein, weil er sonst nicht rechtzeitig hätte da sein können.

Sv. Clemens Binninger: Ja.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Das heißt ja, dass die dann mit einem anderen Auto geflohen sein müssen.

Sv. Clemens Binninger: Ja, da wird ja ein Auto genannt, ein dunkler Audi.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Der dunkle Audi. Aber wir wissen streng genommen nicht, wer in dem Wohnmobil saß, und wir wissen auch nicht, wer dann möglicherweise in das dunkle Auto eingestiegen ist.

Sv. Clemens Binninger: Genau. Das mit dem Wohnmobil ist völlig richtig, aber ich habe ja immer gesagt: Wenn wir das als Anknüpfungspunkt nehmen, diese reine Zwei-Täter-Hypothese zu hinterfragen, wäre es ja auch denkbar, dass wer auch immer mit dem Wohnmobil vorher losfährt, und der andere sammelt an zwei Treffpunkten andere ein. Das wäre ja beides denkbar.

Ich war – – Für uns war es nur so wichtig – – Weil wenn man in die Akten schaut, sieht man, dass das Landeskriminalamt Baden-Württemberg in dieser Zeit – ich glaube, 2010 war das schon; legen Sie mich bitte auf das Jahr nicht fest, aber ich meine, es war 2010 – diese Spur noch mal heranzieht und – so unsere Bewertung – dieser Spur viel Bedeutung beimisst, was ja dann auch zu einem durchaus veritablen Dissens mit dem Staatsanwalt dann wieder führt.

Und das noch mal sich erklären zu lassen, warum man damals dieser Spur viel Bedeutung beigemessen hat, und übrigens auch schon 2007, zwar nicht im Hinblick jetzt auf diese These „blutverschmiert und drei Leute an verschiedenen Punkten“, sondern die eine Person, die ja – – Wenn man jetzt eine Karte hätte – – Also, wenn Sie die Theresienwiese hier haben, sind die Personen – – Otto-Konz-Brücke, Neckarufer, Wertwiesenstraße, grobe Richtung Oberstenfeld. Es liegt auch noch auf einer Linie. Wertwiesen ist aber mehr als einen Kilometer weg von der Theresienwiese. Diese eine Person, die am Wertwiesenpark sagt: „Ich laufe da, dann kommt drüben jemand aus dem Wertwiesenpark gerannt, läuft über die Straße, es muss noch jemand hupen, da steht ein geparktes

Auto, Motor ist an, der rennt um das Auto rum, springt hinten rein, der Fahrer schreit ihm noch zu ‚Dawai, dawai!‘, und dann fahren die weg“ – – Dieser Hinweis wurde ja damals 2007, also völlig losgelöst jetzt von unserer Diskussion, so ernst genommen, dass man diesem Zeugen Vertraulichkeit zugesichert hat, weil er gesagt hat: „Ich stand dem so gegenüber wie wir jetzt, und der guckt mir in die Augen, und ich sehe das Blutverschmierte“, und dass man ja auch – so meine ich mich aus den Akten zu erinnern – eine ganze Reihe von Überprüfungen zu dunklen Audis gemacht hat. Da war ja noch Mosbacher Kennzeichen immer im Gespräch, aber vielleicht auch falsch abgelesen.

Und deshalb sage ich: Die Spur hat nicht erst mutmaßlich später Bedeutung bekommen durch das LKA, sie hatte es in Teilen auch schon vorher. Sich deshalb noch mal das anzugucken, glaube ich, wäre zumindest lohnend.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Wenn aber sowohl in dem Wohnmobil wie in einem besagten anderen Auto Täter gesessen haben sollten, dann müssen die ziemlich lange blutverschmiert durch Heilbronn gelaufen sein. Oder es saßen eben im Wohnmobil keine Täter. Denn das Wohnmobil muss eigentlich auf halbem Weg nach Oberstenfeld gewesen sein, und so lange müssen die dann dort rumgelaufen sein in dem auffälligen Zustand.

Sv. Clemens Binninger: Der eine steigt ja nach der Zeugin schon auf der Otto-Konz-Brücke in ein Auto. Das ist direkt an der Theresienwiese die Brücke, die dann über den Neckar führt.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Und würde auch zeitlich passen?

Sv. Clemens Binninger: Das würde zeitlich passen, wobei, da hatte ich auch – will ich nicht verhehlen – einen Disput mit dem Staatsanwalt in der Vernehmung, weil der gesagt hat: Die Frau hört die Schüsse und sieht dann Sekunden später da vorne den über die Straße rennen. Die Strecke vom Tatort bis vor an die Otto-Konz-Brücke an diese Ampel schafft kein Mensch in zehn oder 15 Sekunden. Also kann das alles nicht stimmen.

Ich habe mir dann nur gedacht: Klingt auf den ersten Moment überzeugend, aber ich weiß nicht, ob man die Rotlichtphase dieser Ampel mal in Betracht gezogen hat: Also, wie lange steht die Frau an der roten Ampel, bevor sie eine Person von links rennen sieht? Eine Rotlichtphase geht bis zu 60 Sekunden und länger.

Deshalb meine ich, muss man hingucken. Und die anderen laufen ja durch Park, also, Neckaruferweg, Wertwiesenpark. Es gibt ja noch eine Beobachtung eines Ehepaars, das sagt: Wir sehen einen durch den Wertwiesenpark rennen, der sich immer wieder umdreht, nach oben guckt. – Die sehen zwar kein Blut, weil wohl zu weit weg.

Insofern ist dieser Weg einerseits relativ lange nach einer Tat, andererseits: Wie wollen sie wegkommen von der Theresienwiese? Irgendwohin, in irgendeine Richtung müssen sie laufen. Wenn sie über diese Fußgängerbrücke, Radfahrerbrücke da gehen, da

kommen ihnen aber viele entgegen. Das ist – – Und zum Bahnhof kann man eigentlich auch nicht. Deshalb – –

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Jetzt hat sich Frau Häffner gemeldet. Bitte.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ja, danke, Herr Vorsitzender. – Herr Binninger, ich habe eine Frage zu Ihnen. Während des Untersuchungsausschusses – – Ich habe die Protokolle gelesen. Und Sie haben gerade selbst ein Beispiel genannt, wo Sie den Staatsanwalt befragt haben und eben auch da bewiesen haben, dass Sie Detailwissen in dem Sinne haben, dass Sie sich es genau überlegt haben: „Was könnte auch wie sein?“, und Eventualitäten auch für sich in Erwägung gezogen haben.

Ich habe – – Für mich wäre es wichtig, dass Sie einen Eindruck von Ihrer Seite uns geben. Was für einen Eindruck haben Sie über den Staatsanwalt bekommen während dieser Befragung? Können Sie dazu etwas sagen? Hat er mit dem, was er angenommen hat während dieser Phase – Sie haben selbst jetzt dieses als Beispiel genannt mit der Zeit und der Möglichkeit der Ampel; aber auch die Phantombilder haben eine Rolle gespielt –, auch durch sein Verhalten dann dementsprechend die Ermittlungen in eine bestimmte Richtung gelenkt hat? – Das ist die eine Frage. Die zweite dann im Anschluss.

Sv. Clemens Binninger: Also, ich fühle mich jetzt nicht in der Lage dazu, jemanden mit einem Werturteil zu versehen. Dafür war ich ja auch nicht dabei. Ich habe mit den Zeugen ein Mal kurz zu tun gehabt in der Vernehmung. Wir haben am Ende – das bezog sich aber nicht auf diese eine Person – den Satz reingeschrieben, dass es, glaube ich, problembehaftet war, die Zusammenarbeit. Das resultierte aus diesem Konflikt, den man den Akten entnehmen kann beim Thema Phantombilderstellung, beim Thema „blutverschmierte Männer“ etc. Aus dem Konflikt resultierte das, wo ja auch einmal, glaube ich, der Kollege schreibt: „Ja, der Staatsanwalt begründet mir das nicht schriftlich, deshalb schreibe ich es mit am Telefon“, um abgesichert zu sein oder was auch immer. Daraus hat das resultiert. Ansonsten wäre ich jetzt zu keinem Werturteil in der Lage und will es auch nicht. So, wie ich auch immer gesagt habe: Ich unterstelle niemandem, wirklich niemandem, dass er hier den Fall nicht klären wollte. Das habe ich nicht erlebt.

Die Frage ist – auch das war ja eine unserer – – Da bitte ich uns immer alle selbst auch noch mal zu überprüfen. Einer der Kritikpunkte, die wir für alle Ermittlungen getroffen hatten, vor allem auch für die Ceska-Serie, war das frühe Festlegen auf eine Tathypothese und sich dann nicht mehr davon abbringen zu lassen. Das war eines der großen Probleme der Ceska-Ermittlungen, sehr früh zu sagen: Es ist OK – Drogenmilieu, Türsteher –, und dabei bleiben wir, auch wenn wir sonst nichts haben, und beleuchten die Opferfamilien noch mehr, als es gerechtfertigt wäre, machen die noch mal fast zu Opfern. Das war eines der großen Probleme.

Und deshalb, Herr Sakellariou, bin ich immer wieder mal etwas kritisch mit den Fragen, weil ich sage: Die Hypothese, das waren die zwei alleine und Zschäpe hat den bürgerlichen Anstrich gewahrt, hat man auch jetzt sehr früh gehabt aufgrund der überragenden Beweislage einerseits. Aber es müsste dann schon auch alles andere dazu passen halt. Aber Wertungen? Da bitte ich um Verständnis. Es wäre ungerecht, und das will ich auch nicht sein.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Rita Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Herr Binninger, Sie haben ja auf den Widerspruch hingewiesen zwischen den eiskalten Morden auf der einen Seite und der übergroßen Nervosität bei dem Banküberfall. Daraus – Sie haben es nicht ausdrücklich gesagt – kann man natürlich folgern, es könnten zwei unterschiedliche Gruppierungen oder Personen sein. Jedenfalls bekräftigt es die Mehr-Täter-Theorien.

Deshalb meine Frage: Gibt es – – Haben Sie da ausdrückliche Hinweise darauf, dass es unterschiedliche Personen sein konnten, oder woraus folgern Sie das?

Sv. Clemens Binninger: Nein. Also wenn Sie sagen: „Gibt es einen klaren Beweis, der schon quasi der Beweisführung zugänglich wäre?“, dann hätte ich das natürlich auch schon lange beim BKA und GBA selbst abgeliefert. Es sind Hypothesen aufgrund der Fakten, die wir aus den Akten kennen. Der eine Fakt ist eben dieses sehr Aufgeregte beim Banküberfall, und das andere ist das Eiskalte.

Zur Frage: Waren es nur die drei? Ich meine, der GBA führte nicht umsonst noch ein Verfahren gegen unbekannt, gegen mögliche Mitunterstützer. So ganz eindeutig scheint es ja dann doch auch nicht zu sein, und man hat viel in der Beweisführung auch aus der DVD entnommen, dieser Paulchen-Panther-DVD, diesem schlimmen Machwerk. Ich sage halt nur: Wenn wir diese DVD so als Maßstab nehmen, muss man sie konsequent nehmen, und da lautet halt einer der ersten Sätzen nicht: „Wir sind drei“, sondern da steht: „Wir sind ein Netzwerk von Kameraden.“ Das kann man als Übertreibung abtun, dass die sich überhöhen wollten, die drei, aber man kann es einfach auch mal so stehen lassen. Aber ich habe, wenn Sie das fragen, keinen Beweis, da sind noch vier oder fünf oder so.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Ich habe noch eine zweite Frage: Im Zusammenhang mit dem Bombenattentat in Köln gab es ja mal den Hinweis oder die Überlegung, es könnte doch unter Umständen eine rechtsextremistische Straftat sein. Diese These ist dann fallen gelassen. Können Sie zu den Umständen, wie die Diskussion dort abgelaufen ist, noch mal etwas sagen und dazu, warum letzten Endes diese These verworfen worden ist?

Sv. Clemens Binninger: Also da muss ich jetzt ein bisschen in der Erinnerung kramen. Legen Sie mich auch nicht aufs Detail fest bei der Masse bei Papier; aber es gab zwei Berührungspunkte, soweit ich mich erinnere. Es gab einmal sehr früh einen Hinweis auf Angehörige der rechten Szene aus Köln. Da gab es, glaube ich, sogar kurzfristig eine

Festnahme, eine Überprüfung; das ließ sich aber dann nicht bestätigen. Und dann gab es diese Verbindung, was die Optik der Täter angeht, die man auf dem Videobild gesehen hat, zu einem der Mordfälle in Bayern, wo man auch einer Zeugin das noch mal gezeigt hat, um zu sagen: Ist das der Gleiche, den du gesehen hast?

Das haben die Ermittler – wir hatten den Sachbearbeiter da – am Ende als – so will ich es mal umschreiben, formulieren – nicht belastbar genug angesehen, um das so zu verknüpfen. Ob da noch andere Gründe eine Rolle spielen – manchmal sagt man ja, Sprengstoffattentäter sind eine ganz eigene kriminologische Spezies; die machen nichts anderes, die sind so vernarrt in ihre Allmachtsfantasien und die Brutalität –, weiß ich nicht. Aber es war am Ende so, dass man diese Zeugin, die gesagt hat, hier gibt es eine Ähnlichkeit – oder man hat es ihr vorgelegt – – Es war so, dass man diese Ähnlichkeiten zwischen Tätern der Ceska-Serie und Tätern des Sprengstoffanschlags als nicht so belastbar angesehen hat, als dass man gesagt hätte, wir verbinden diese zwei Fälle.

Was mich aber mehr irritiert hat, war, dass man dieses Video nicht allen Verfassungsschutzbehörden und allen anderen geschickt hat und es mit diesem Dossier nicht abgeglichen hat, wo Mundlos und Böhnhardt drinstanden, um zu sagen: „Die sehen ja so aus wie die zwei“ – obwohl sie nicht leicht zu erkennen waren, Mütze auf, ein bisschen abgesehenk gelaufen. So ganz einfach ist es nicht. Eine 100-%-Erkennung schaffen Sie da nicht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Die Akten bei dem Generalstaatsanwalt gegen unbekannt wollen wir auch. Die fordern wir auch an, um auch mal zu sehen, was denn hier alles möglich ist. Also die wollen wir auch. – Jetzt hat sich der Kollege Salomon zu Wort gemeldet.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrter Herr Binninger, vielen Dank für die bisherigen Ausführungen. Sie hatten auch über die Motive der Täter – die Anzahl lassen wir jetzt mal offen in dem Fall – gesprochen. Mich würde noch interessieren: Es war auch ein Ermittlungsansatz – zumindest kann man das auch entnehmen aus Akten –, dass es im Bereich „Organisierte Kriminalität“ Züge gibt, wo man ermittelt hat und ermitteln wollte. Da würde es mich aus Ihrer Sicht noch mal interessieren, aus Ihren Erfahrungen aus dem Ausschuss, wie Sie diese Spur oder diese Richtung bewerten, auch aus der heutigen Sicht. Ist es ein Ansatz, den man weiter verfolgen könnte, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen, oder ist das abgehandelt aus Ihrer Sicht?

Sv. Clemens Binninger: Diese OK-These war ja sehr schnell gewählt, war dann am Ende umstritten. Die Bayern wollten mehr Richtung Fremdenfeindlichkeit. Es war auch – – Da sehen Sie, dass es auch unter den Ermittlern einen Streit gab über die Hypothesen. Also da ist immer eine Abwägungsfrage. Am Ende war das vielleicht auch einer der großen Fehler.

Ich habe vorhin – – Und das halte ich schon mal für plausibel, dass wir stärker darauf achten müssen, nicht die Szenen oder Ermittlungsansätze in bestimmte Phänomenbe-

reiche zu verorten und zu trennen, sondern zu erkennen, dass es zwischen Szenen und Phänomenbereichen Personenidentitäten gibt, Überschneidungen, und dass es sich da lohnt, darauf zu gucken, also Rechtsextremisten, die auch im Bereich vielleicht von anderen Deliktfeldern unterwegs sind. Also man darf das nicht so sklavisch trennen: Da ist der Allgemeinkriminelle, da ist der Schwerekriminelle, und da ist der Neonazi. Das mag für eine große Zahl der Delinquenten zutreffen, aber halt nicht für alle, und das zu beleuchten, halte ich für noch überlegenswert.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Dann möchte ich noch auf die Frage meiner Kollegin Häffner eingehen. Die Kollegin hat es auf einen Staatsanwalt heruntergebrochen. Mich würde noch mal das Allgemeine interessieren, die Zusammenarbeit, wie Sie die bewerten aus Ihrer Sicht wiederum und aus den Aktenbeständen, die Sie gesichtet haben. Polizei – in Klammern: auch LKA später – und der Staatsanwaltschaft – – Da gab es ja schon Disput zwischen den beiden Institutionen. Da würde es mich einfach in dem Fall interessieren: Wie bewerten Sie das aus heutiger Sicht? War es das Problem? Gab es dort so viele – ich will jetzt nicht sagen: Streitigkeiten, das wäre vielleicht übertrieben – unterschiedliche Ansichten des Sachverhalts, dass es vielleicht nicht zu dieser Ermittlungsrichtung, die vielleicht förderlich gewesen wäre, kommen konnte? Und dann gibt es ja noch verschiedene Beispiele. Die können wir vielleicht im nicht öffentlichen Teil noch beleuchten.

Sv. Clemens Binniger: So weit kann man nicht gehen. Sie müssen ja immer sehen, wie viele Spuren bei so einem Ermittlungsverfahren generiert werden. Davon sind dann viele zwar am Ende „außer Spesen nichts gewesen“ und Zeitaufwand, aber es gibt jetzt da – so war mein Eindruck – nicht die eine Spur: Wenn man es da so gemacht hätte, dann hätte es auf jeden Fall gepasst. Insofern gab es jetzt auch nicht den Konflikt, der sich so nachteilig auf Ermittlungen ausgewirkt hätte, dass es in die falsche Richtung gegangen wäre.

Der Punkt ist aber auch: An der Stelle gab es einen Dissens, und diese Spur war für uns durchaus interessant aufgrund der ganzen geschilderten Umstände, aber es gibt jetzt nicht den Dissens, der am Ende das Ganze in die falsche Richtung geführt hat, oder bei dem man sagen könnte: Wenn man den nicht gehabt hätte, hätte man den Fall geklärt. Das habe ich jetzt so nirgends gesehen.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Dann habe ich noch eine weitere Frage zum Thema – – Also es gab auch Berichte – das kann man auch den Akten entnehmen –, dass ein Mobiles Einsatzkommando aus Karlsruhe auf der Theresienwiese kurz nach der Tat im Einsatz gewesen sein soll. Da stellt sich schon die große Frage – wiederum aus Ihrer Sicht; vielleicht können Sie es näher beleuchten –: Wieso war dort ein Mobiles Einsatzkommando im Einsatz? Da gibt es natürlich wieder – – Ich will mich jetzt nicht beteiligen an Verschwörungstheorien, aber natürlich kann man ausgraben, dass 1997 oder auch in anderen Fällen Mobile Einsatzkommandos dazu genutzt werden, um organisierte Kriminalität, bestimmte Subjekte zu überwachen oder auch zu observieren. In dem Fall, 1997, war es Böhnhardt. Das ist nur ein Beispiel; das ist nur herausgegriffen. Aber es bedeutet für mich schon mal – – Könnten Sie vielleicht aus Ihrer Sicht darlegen, wa-

rum ein Mobiles Einsatzkommando damals auf der Theresienwiese zum Einsatz gekommen ist?

Sv. Clemens Binninger: Ich weiß es nicht, muss ich ganz deutlich sagen. Deshalb war das vorher die Anregung an Sie, diesen Tag noch mal nachzuvollziehen. Eine Erklärung ist natürlich – das müssen Sie so sehen –, wenn Sie über Funk – und das war durch die Ringalarmfahndung sofort auch überregional – den Satz haben: Polizistin ermordet –, dann gehen Sie mal davon aus, dass aus jeder Richtung dieses Landes, was halbwegs noch vertretbar erreichbar ist, die Kollegen mit höchstem Tempo dahin fahren. Das ist das eine.

Andererseits – – Aber das haben wir nicht gemacht, und ich habe es auch in einer Zeugenvernehmung gelesen, wo ein Polizeibeamter überrascht war, wie schnell die da waren. Das andere müssen Sie ja anschauen. Ist das alles von der Weg-Zeit-Berechnung her zu schaffen, so schnell da zu sein? – Und – das war ja vorher mein Hinweis –: Gab es einen Paralleleinsatz woanders, der halt nicht so weit weg war, dass man schnell da vor Ort war? Auch das ist eine denkbare Frage. Aber, wie gesagt, ich weiß es nicht. Nicht, dass es wieder heißt, ich würde spekulieren. Sondern ich sage nur, welchen Fragen Sie in dem Zusammenhang nachgehen sollten.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Vielen Dank. Ich hatte es doch auch erwähnt, weil Sie von den Nachrichtendiensten gesprochen hatten, dass wir auf einen polizeilichen Teil von etwaigen Einsätzen in der Nähe eingehen sollten. Ich glaube, das war auch dahin gehend, ob Sie sich noch weiter im Fortgang Gedanken darüber gemacht hatten. Sie hatten ja beide Theorien in den Raum gebracht, auch mit Motiven, und fortfolgende. Von daher dachte ich, vielleicht hatten Sie auch in dem Fall sich noch weiter Gedanken dazu gemacht.

Eine Frage hätte ich noch in dem Fall. Es gab ja auch Zeugen aus Baden-Württemberg, eine Frau N. – nennen wir sie in dem Fall mal so –, die gehört worden ist, Referatsleiterin des Landesamts für Verfassungsschutz. Da würde mich einfach auch Ihre Bewertung – das ist jetzt natürlich eine subjektive Bewertung – der Vernehmung im Ausschuss interessieren, denn das ist ja aufgeköcht, auch hier in Baden-Württemberg – das war ein großes Thema –, wie dort die Vernehmung erfolgt ist. Da würde mich interessieren, was Ihre Wahrnehmung war, was Ihre Theorien und Begründung sind, warum die Frau sich so verhalten hat im Ausschuss.

Sv. Clemens Binninger: Also, sie konnte uns relativ wenig helfen; ich will es mal so formulieren. Dafür, dass sie letztendlich eine Referatsleiterin war – sicher nicht immer, aber in diesem Bereich Auswertung Rechtsextremismus viele Jahre gearbeitet hat –, hätte ich mir da eigentlich einen sprudelnden Drei-Stunden-Vortrag erwartet. Dem war leider nicht so.

Aber jetzt will ich auch hier niemandem was unterstellen. Wissen Sie, es sind nicht alle so mikrofonroutiniert wie jetzt wir, und für manche Mitarbeiter – –

(Sv. Dr. Eva Högl: Es sind nicht alle so sprudelnd!)

– Die Kollegin sagt, es sind nicht alle so sprudelnd. Meint sie mich? – Für viele Mitarbeiter ist es auch kein einfacher Termin, zu einem Untersuchungsausschuss nach Berlin zu fahren; das muss man sehen. Und wir haben auch bei anderen Zeugen gehört, dass es für viele – die sind nicht auf der Anklagebank, und die haben nicht mal etwas falsch gemacht; die sollen ja nur berichten, was sie gemacht haben – auch eine echte Belastung war. Das muss man der Fairness halber bei all den Zeugen mit einbeziehen. Aber Erkenntnisgewinn? Der war leider sehr, sehr überschaubar.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Bitte, Herr von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Es ist eine nur ganz kurze Frage. Herr Binninger, darf ich als Fazit für mich nehmen, dass Sie zu keinem Zeitpunkt angenommen haben, dass irgendeine Ermittlung nicht angestellt wurde aus dem Kreis der Polizei, um die Täter nicht zu stellen?

Sv. Clemens Binninger: Also ich habe das nie jemandem – – Niemand von uns hat das unterstellt, dass man absichtlich oder wissentlich etwas auf die Seite gelegt hätte. Es wurde vielen Spuren nachgegangen. Das Problem war ja eher, dass man sagen musste, welchen Spuren man mit welchem Aufwand nachging. Also, das ist so das Fazit. Das ist zutreffend.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Nachdem keine weiteren Fragen jetzt sind, darf ich mich recht herzlich bei Ihnen, Herr Binninger, bedanken – Sie bleiben ja noch hier, falls es noch etwas gibt –, und vor allem für die geduldige Auskunft.

Ich würde jetzt zur Sachverständigen Frau Dr. Högl überleiten.

Sachverständige Dr. Eva Högl

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Die Befragung machen wir dann vielleicht bis zum Ende, bis zur dann kommenden Mittagspause. Ich würde sagen, das ziehen wir jetzt einfach noch durch.

Frau Dr. Högl, Sie haben jetzt mitbekommen, was Herr Binninger alles gesagt hat, und Sie haben auch mitbekommen, welche Fragen gekommen sind. Vielleicht kann man von uns als Abgeordnete erwarten, dass man nicht das Gleiche noch einmal direkt gleich macht. Das wäre vielleicht nur noch beim Unterschied wichtig.

Deswegen darf ich Sie jetzt einfach zur Person nach § 68 StPO vernehmen und Sie bitten, dem Ausschuss Vor- und Zuname, Alter und Ihre Berufsbezeichnung mitzuteilen und auch, ob die Ladungsanschrift noch die gleiche ist. – Bitte.

Sv. Dr. Eva Högl: Herr Vorsitzender, mein Name ist Eva Högl. Ich bin 46 Jahre alt. Ich bin Juristin und Mitglied des Deutschen Bundestags, und die ladungsfähige Anschrift ist der Deutsche Bundestag, Platz der Republik, die Sie in den Unterlagen haben.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank. Auch Sie haben darum gebeten, ein Eingangsstatement halten zu dürfen. – Bitte schön.

Sv. Dr. Eva Högl: Lieber Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fasse mich deutlich kürzer als der Kollege Herr Binninger, und ich möchte zunächst vorausschicken, dass ich mich ganz herzlich bedanke für die Einladung heute hier als Sachverständige, und ich denke auch, dass der Untersuchungsausschuss Baden-Württemberg hier eine ganz perfekte Ergänzung unserer schon geleisteten Arbeit im Deutschen Bundestag ist. Ich freue mich auch auf den weiteren Austausch und die weitere Zusammenarbeit; denn Sie haben hier die große Chance – das hat sich eben schon nach der Befragung und den Ausführungen von Herrn Binninger ergeben –, weitere Fragen zu beantworten, die bei uns notwendigerweise offen geblieben sind, und Sie haben auch die Möglichkeit, durch Ihre Arbeit neue oder andere oder bisher ungeahnte und jedenfalls weitere Zusammenhänge darzustellen.

Wir hatten uns entschieden, dass Herr Binninger beginnt, weil – das haben Sie wahrgenommen nach den drei Stunden Befragung und Ausführungen – Herr Binninger sehr detailliert sich insbesondere um den ganzen Komplex „Baden-Württemberg“ im Untersuchungsausschuss gekümmert hat. Mit dieser Detailkenntnis und mit dieser Tiefe sind nicht alle Ausschussmitglieder in den Sachverhalt „Baden-Württemberg“ eingestiegen. Deswegen schien es uns auch sinnvoll, dass wir das zunächst machen.

Ich will aber auch direkt sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich mich uneingeschränkt – Herr Binninger hat das ja dargestellt – den Ausführungen anschließe und dass das, was Herr Binninger ausgeführt hat, die gemeinsame Bewertung des gesam-

ten Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags ist. Dort, wo wir kleinere Details haben, die wir anders bewerten, unabhängig vom Gesamtzusammenhang, ist das auch deutlich geworden, aber das heißt nicht, dass wir bei der gesamten Bewertung da wesentliche Unterschiede haben.

Ich schicke auch noch mal vorweg – das hat Herr Binninger deutlich gemacht, aber ich werde nicht müde, das auch zu betonen, meine Damen und Herren –, dass der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags etwas geschafft haben – was immer blöd ist, wenn wir das selbst sagen, weil das nach Eigenlob klingt –, nämlich dass wir tatsächlich bei diesem wichtigen Thema „Bekämpfung von Rechtsextremismus, Aufklärung von rechtsextremem Terror“ fraktions- und parteiübergreifend zusammengearbeitet haben, und zwar, meine Damen und Herren, von der ersten Minute bis zur letzten. Wir haben alle Beschlüsse einstimmig gefasst. Wir haben jeden Beweisbeschluss gemeinsam besprochen. Wir haben die Reihenfolge der Zeugen gemeinsam besprochen, und wir haben es nicht so gemacht – auch das ist wichtig für unsere parlamentarische Arbeit gewesen –, dass wir uns irgendwann auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner getroffen haben, sondern wir haben das Interesse der anderen, wenn es Unterschiede gab, als unser eigenes deklariert und dann zu einem gemeinsamen gemacht und haben auch festgestellt – auch das muss man sagen –, dass uns das gestärkt hat im Untersuchungsausschuss, insbesondere gegenüber den Behörden, die nicht alle gleichermaßen auskunftsfreudig waren, gegenüber den Zeugen und bei der Befragung, und hinterher auch bei der Bewertung.

Ich möchte auch eines hier heute ganz deutlich betonen, meine Damen und Herren: Wir sind heute aller schlauer. Wir waren es damals nicht. Wir waren alle erschrocken, entsetzt, als es herauskam, dass die Ceska-Mordserie, auch der Mord an M. K. und auch die Sprengstoffanschläge in Köln von einer rechtsextremen Terrorbande begangen worden sind. Wir haben uns im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags bemüht – und ich hoffe, das ist auch deutlich geworden –, mit dem Wissen von heute die Zeugen zu befragen, was aus ihrer Sicht damals nicht optimal gelaufen ist. Das war unsere Herangehensweise. Herr Binninger hat das eben auch schon betont: Da ging es nicht darum, einzelnen Zeugen Schuld zuzuweisen oder einzelne Zeugen zu behandeln, als ob sie Angeklagte gewesen seien.

Aber wir wollten herausfinden: Was lief schief? Und wir wollten daraus lernen. Ich will das hier auch ganz deutlich sagen: Die Zeugen haben uns mehrheitlich enttäuscht, und zwar richtig doll, und zwar hat kein einziger Zeuge wirklich ernsthaft Fehler eingeräumt, sondern sie haben alle – weitgehend alle; es gab wirklich nur vereinzelte Ausnahmen – versucht, das damalige Verhalten zu rechtfertigen, Erklärungen zu finden, Erklärungen zu suchen. Es hätte uns weitergebracht, wenn die Zeugen – auch die baden-württembergischen Zeugen – in der Lage gewesen wären, an der einen oder anderen Stelle bei uns zu sagen: Ja, mit dem Blick von heute auf den Sachverhalt damals erkenne ich, dass ich nicht optimal gehandelt habe, und wir hätten vielleicht an der einen oder anderen Stelle das noch anders machen können. – Wenn Sie jetzt hier die Chance

haben mit den Zeugen, das noch mal zu überarbeiten, dann wäre das sicherlich auch ein wichtiger Beitrag.

Einen weiteren Punkt möchte ich hervorheben, meine Damen und Herren – ich hoffe, das wird auch für Ihre Arbeit ein wichtiger Gesichtspunkt sein –: Wir haben herausgearbeitet, dass es sich bei der NSU-Mordserie und den Hintergründen nicht um eine Ansammlung von Pleiten, Pech und Pannen handelt, sondern es sind systematische Fehler gewesen. Es sind Fehler gewesen, die wir flächendeckend an den Tatorten und auch an den Aufenthaltsorten und bei den Banküberfällen herausgearbeitet haben, und es sind Fehler gewesen, sowohl Versagen als auch Versäumnisse – welchen Begriff man auch wählt – bei der Polizei, beim Verfassungsschutz und bei der Justiz – Versäumnisse ganz unterschiedlicher Art, auch im Zusammenwirken innerhalb der Bundesländer zwischen Polizei und Verfassungsschutz, länderübergreifend und auch in der Zusammenarbeit mit der Justiz.

Wir hatten am Anfang – das hat Herr Binninger eben nicht gesagt, aber ich glaube, da sind wir auch einer Meinung – so ein bisschen die Auffassung oder die These, die falsche Einschätzung hat beim ersten Mord in Bayern ihren Ausgangspunkt genommen und sich dann einfach wie ein roter Faden durchgezogen. Aber selbst wenn Thesen infrage gestellt wurden, wenn neue Erkenntnisse dazukamen – dann mit den weiteren Morden natürlich auch –, ist es so, dass immer wieder bestimmte systematische Fehler gemacht wurden, und zwar immer wieder aufs Neue, wiederholt oder anknüpfend an dem, was bereits schon an Fehlern gemacht worden ist. Ich will jetzt nicht den 1 300-seitigen Bericht hier noch mal referieren – ich habe ja auch versprochen, dass ich es kurz mache –, aber ich möchte Ihnen zwei Dinge noch mal deutlich vor Augen führen, die unsere Erkenntnis hier leiten und die die wesentlichen Erkenntnisse sind.

Das Erste hört sich vielleicht ein bisschen banal an, vielleicht legen Sie das auch schnell an die Seite, aber uns das gemeinsam sehr wichtig: Rechtsextremismus wurde während der ganzen Zeit von der Entstehung des Rechtsextremismus in Thüringen, in Sachsen, von den Bezügen, auch nach Baden-Württemberg, bis zur Mordserie und danach – selbst noch bei der Aufklärung und bei der Behandlung danach – systematisch verharmlost. Rechtsextremismus wurde nicht als die Gefahr gesehen – und zwar an allen Orten, wo das aufkam –, die er für unsere Demokratie darstellt. Und diese Erkenntnis zieht sich wie ein roter Faden durch unseren Bericht des Untersuchungsausschusses. Es ist eine Erkenntnis, die man nicht nur punktuell an einzelnen Stellen annehmen könnte, sondern Rechtsextremismus wurde als aufkommendes mögliches Motiv verharmlost bei den Sprengstoffanschlägen in Köln, verharmlost bei den Morden in Nürnberg, wo sogar ganz am Anfang Günther Beckstein derjenige war, der nach dem ersten Mord an E. S. in Nürnberg gesagt hat: Das könnte doch Fremdenfeindlichkeit gewesen sein.

Über die zweite Fallanalyse in Bayern bis zum Ende wurde Rechtsextremismus immer an den Rand gedrängt als „Das kann keinen Zusammenhang haben, wir haben kein Bekenner schreiben, das ist nicht ersichtlich“. Ich sage das auch extra deswegen noch mal, weil gerade auch der Polizistmord nie unter diesem Gesichtspunkt betrachtet

wurde, obwohl man wusste, dass gerade auch Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates, wie Polizistinnen und Polizisten, als ein Feindbild für Rechtsextreme dienen. Deswegen ist es auch sehr bedauerlich, dass das an dieser Stelle zu keinem Zeitpunkt ernsthaft erwogen wurde.

Die zweite große Erkenntnis – auch das ist durchaus in der öffentlichen Diskussion immer sehr umstritten, und ich weiß auch, dass es da viel Gegenwind gibt, wenn man das so pointiert formuliert – war der sich bei den Mordermittlungen durchziehende Rassismus in den Sicherheitsbehörden. Und ich benenne das auch hier heute bei Ihnen noch mal so deutlich, weil das für uns alle ein wichtiger Punkt ist. Wir haben unterschiedliche Terminologien. Wir reden von Vorurteilen, von Prägungen. Einige gehen weiter und sagen, es war institutioneller Rassismus. Und je schärfer man es formuliert, umso größer sind die Widerstände, die man damit bekommt.

Ich will Ihnen noch mal sagen, warum wir das so festgestellt haben: weil die Mörder neun der zehn Mordopfer ausschließlich deshalb ermordet haben, weil sie einen Migrationshintergrund hatten – acht Türken, ein Grieche – und bei den Mordermittlungen, selbst aufgrund des Hinweises von Günther Beckstein und anderer Anhaltspunkte, die man hätte haben können, zu keinem einzigen Zeitpunkt ernsthaft dieses mögliche Motiv erwogen wurde.

Nun kann man sagen: Na ja, die hatten keine Anhaltspunkte. Wie hätten sie denn darauf kommen können? Das haben wir uns auch genau angeschaut. Aber wenn man alle möglichen Motive erörtert, von Rotlichtmilieu, Drogenkriminalität über organisierte Kriminalität und so weiter, und so fort, aber dieses mögliche Mordmotiv konsequent außer Acht lässt, dann muss man das als einen schweren Fehler betrachten.

Dann haben wir uns natürlich auch die Frage gestellt: Was hat das mit den Prägungen zu tun, die wir alle in unserer Gesellschaft haben? Ich will da gar nicht den Fokus zu sehr auf die Sicherheitsbehörden lenken, aber die Sicherheitsbehörden sind natürlich in einer besonderen Verantwortung. Und selbst wenn man sagt: „die Prägungen, die wir haben, die Sichtweise, die sich übertragen hat“, dann ist es insbesondere erforderlich, dass wir gemeinsam daran arbeiten, dass diese Prägungen jedenfalls nicht länger bei den Sicherheitsbehörden vorhanden sind, sondern dort auch konsequent aufgearbeitet werden. Wenn ich nur auf Reflexe treffe, die sagen: „Rassismus gibt es bei uns nicht, solche Prägungen haben wir nicht, wir sind alle interkulturell bestens aufgestellt und vielfältig in den Behörden“, dann reicht das nicht, um an den Ursachen zu arbeiten, und daran möchte ich hier bei Ihnen auch noch mal appellieren, dass wir dieses Thema sehr ernst nehmen.

Das hat sich auch gezeigt – und diese Analyse bitte ich Sie inständig sich noch einmal anzuschauen – bei der dritten Fallanalyse, die aus Baden-Württemberg kam, wo sinngemäß gesagt wurde: Die Art und Weise, wie die Morde begangen wurden, mit einem gezielten Kopfschuss, und die Herkunft der Täter usw., aber insbesondere der Tathergang deuten darauf hin, dass es keine Täter aus dem westeuropäischen Kulturkreis sein können, weil das dort unüblich sei, sondern Täter aus dem südosteuropäischen

Kulturkreis. An diesen Dingen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir arbeiten. Wenn wir das nur an die Seite legen, dann greifen wir, glaube ich, zu kurz.

Ich empfehle auch, der falschen Verdächtigung von Sinti und Roma im Zusammenhang mit dem Mord an M. K. noch einmal auf den Grund zu gehen und dort auch eine deutliche Sprache zu sprechen, dass das natürlich eine falsche Verdächtigung war. Romani Rose hatte sich ja im Zusammenhang mit dieser falschen Verdächtigung auch öffentlich geäußert und darum gebeten, dass wir das auch klar ausräumen, dass das eine falsche Spur war.

Ich habe eine dringende Bitte und nutze meine Anhörung als Sachverständige hier bei Ihnen, um das noch mal zu sagen, dass wir an dem Thema weiter gemeinsam arbeiten. Wir haben natürlich ein Interesse daran, dass unser 1 300-seitiger Bericht nicht in den Schubladen verschwindet. Das sage ich immer wieder bei allen Vorträgen, Reden etc., sondern dass er und weitere Berichte – auch Ihrer dann natürlich – zum Ausgangspunkt genommen wird für Veränderungen in den Sicherheitsbehörden, in unserer Gesellschaft, bei Polizei, Verfassungsschutz und Justiz, und zwar im Bund und in den Bundesländern. Wir können das nur gemeinsam hinbekommen.

Wir haben uns im Deutschen Bundestag – Herr Binniger hat das auch schon erwähnt; deswegen fasse ich das kurz – darauf verständigt, dass auch wir am Thema dranbleiben. Wir arbeiten jetzt an der Umsetzung der 47 Empfehlungen. Das ist natürlich unsere Aufgabe; wir haben uns das zu Beginn der Legislaturperiode auch noch mal zur Aufgabe gemacht im Deutschen Bundestag. Wir haben die vier Fraktionen noch mal darauf verpflichtet, die Umsetzung voranzutreiben und konsequent vorzunehmen.

Aber wir arbeiten auch weiter an der Aufklärung. Also auch da sind wir noch nicht am Ende, auch auf der Bundesebene nicht. Herr Binniger hat eben schon erwähnt, dass wir noch offene Fragen haben und deswegen zunächst nicht in Form eines Untersuchungsausschusses, sondern in so einem Berichterstatformat – – Aber drei der ehemaligen Obleute, Frau Pau, Herr Binniger und ich, plus eine Kollegin von den Grünen, die jetzt neu dabei ist, arbeiten weiter an diesem Thema, um eben die aus unserer Sicht offenen Fragen vielleicht irgendwann beantworten zu können, auf jeden Fall zu bearbeiten.

Ich will ganz kurz die vier offenen Fragen noch mal nennen aus unserer Sicht. Es wurde schon angesprochen, aber zur Bekräftigung noch mal: Wir sind nach wie vor nicht überzeugt, dass NSU nur die drei waren plus die paar Unterstützer, die wir kennen und die angeklagt sind, sondern vieles deutet darauf hin, dass es sich um ein flächendeckendes Netzwerk, rechtsextreme, sogar terroristische Strukturen handelt. Sogar an den einzelnen Tatorten gibt es viele Hinweise, dass mehr beteiligt waren als nur die zwei oder die drei. Über die These „M. K. Zufallsopfer“ haben wir heute schon lange gesprochen.

Wir stellen uns auch weiterhin die Frage, ob nicht noch weitere V-Männer mehr gewusst haben, mehr gewusst hätten können, oder ob es noch V-Leute gibt, die wir vielleicht noch gar nicht kennen. Und wir sind natürlich immer unzufrieden deshalb, weil wir nach wie vor nicht wissen, wie die Opfer ausgewählt wurden. Also über K. haben wir gesprochen, aber auch die neun weiteren Opfer und auch die Probsteigasse und die Keupstraße in Köln; insbesondere die neun Mordopfer – – Warum diese neun Personen? Warum die? Wie wurden die ausgewählt? Es stellt mich nicht zufrieden, dass ich sage: Wenn Beate Zschäpe nicht spricht, werden wir es nie erfahren; denn solange wir das Motiv nicht kennen – warum diese Opfer? –, bleiben es ungeklärte Mordfälle, auch wenn wir die Täter vielleicht irgendwann kennen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, freue ich mich wirklich sehr. Ich habe mich immer – ich hoffe, Sie haben das auch so wahrgenommen – mit Empfehlungen insbesondere in Richtung Baden-Württemberg zurückgehalten. Ich habe nie gesagt: Machen Sie einen Untersuchungsausschuss. Aber es war auch ein offenes Geheimnis, dass ich es keine schlechte Idee fand, und Sie haben es ja versucht mit der Enquete, und jetzt machen Sie es mit dem Untersuchungsausschuss.

Wir haben einen Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen, in Hessen. Frau Marx wird den Untersuchungsausschuss in Thüringen fortsetzen, aber das erzählt sie gleich selbst. Aber wir begrüßen das uneingeschränkt, und da darf ich auch „wir“ sagen, weil uns das auch eint im Deutschen Bundestag, dass wir an verschiedenen Stellen versuchen, der Wahrheit ein Stückchen näherzukommen. Ich bin gern bereit, nicht nur heute, sondern im Folgenden auch mit Ihnen zusammenzuarbeiten, Fragen zu erörtern, noch mal bestimmte Sichtweisen oder bestimmten Zeugen usw. zu besprechen, damit wir gemeinsam ein ganzes Stückchen vorankommen.

Herzlichen Dank noch mal, dass Sie mich eingeladen haben. Jetzt habe ich zu schnell gesprochen, aber ich wollte ein bisschen Zeit sparen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank für die einführende Darstellung. Wenn jemand von nördlich der Mainlinie schnell spricht, können wir es noch verstehen. Bei einem Schwaben ist es dann schwieriger. Deshalb versuchen wir jetzt, sehr langsam unsere Fragen zu formulieren.

Jetzt gehe ich mal davon aus, dass die Einschätzung, dass es mehr als drei Täter waren, ähnlich ist wie die von Herrn Binninger. Deswegen stelle ich jetzt nicht extra diese Frage; das kann man daraus schließen. Auch die Zweifel mit dem Zufallsopfer – – Davon gehe ich aus: Das ist ähnlich. Jetzt haben Sie aber in einer Sendung der „Tageschau“ geäußert, durch neue Erkenntnisse gegen – –

(Sv. Clemens Binninger: Stehen wir unter Überwachung, Herr Vorsitzender?)

– Was?

(Sv. Clemens Binninger: Stehen wir unter Überwachung, Herr Vorsitzender? – Heiterkeit)

– Nein, nein. Das spricht eher für unser Ausschussbüro. Verstehen Sie? Wenn wir vorbereitet werden, dann schauen wir uns alles an. Und da ist uns halt aufgefallen, dass Frau Dr. Högl gesagt hat, durch neue Erkenntnisse gehen Sie und Ihre Kollegen im ehemaligen Untersuchungsausschuss davon aus, dass K. gezielt ermordet worden sei – „Tagesschau“ –, also durch „neue Erkenntnisse“.

Sv. Dr. Eva Högl: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das ist das, was wir nachlesen können. Jetzt wollte ich einfach mal nachfragen. Es kann ja auch sein, dass das möglicherweise aus den Ergebnissen von Thüringen ist; der Bericht war ja nachher. Aber es würde uns mal interessieren, wie Sie jetzt zu dieser Auffassung kommen.

Sv. Dr. Eva Högl: Das bezieht sich im Wesentlichen auf die Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses in Thüringen. Dort sind ja auch weitere Zeugen vernommen worden, und das würde ich Sie bitten gleich noch mal mit Frau Marx zu erörtern. Aber ich habe den Thüringer Bericht aufmerksam gelesen und auch die Befragungen dort verfolgt. Ich weiß jetzt nicht genau, wie ich mich im Wortlaut geäußert habe, aber ich habe immer gesagt – und das wiederhole ich hier auch noch mal –: Mich hat es nie überzeugt, „Zufallsopfer“. Ich habe aber auch immer gesagt – auch in Schwäbisch Hall; da waren wir zusammen bei einer Diskussion; ich habe es noch mal öfter wiederholt –: Ich habe keinen Beweis für etwas anderes. Mich hat es nur nie überzeugt, dass sie ein Zufallsopfer ist.

Dort ist ja noch mal rausgekommen, dass es eventuell auch durch den Einsatz von M. K., die auch in Thüringen Beziehungen hatte – jetzt nicht Beziehungen dergestalt, dass sie da selbst Mitglied war, aber Kontakte zur rechtsextremen Szene. Das ist in Thüringen ja herausgearbeitet worden. Das hat mich bestärkt in der Auffassung, dass es, jedenfalls nach meiner Sichtweise, wahrscheinlicher ist, dass sie kein Zufallsopfer ist, als dass sie ein Zufallsopfer ist. Aber ich kann Ihnen auch heute keine Belege liefern für etwas anderes. Dann wären wir alle ein Stück weiter, wenn wir das könnten.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Danke. – Herr Abg. Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Frau Dr. Högl, Sie haben gerade ausgeführt, dass es aus Ihrer Sicht Bewertungen gab, es sei eine Art struktureller Rassismus innerhalb der Polizei und der Ermittlungsbehörden insgesamt dabei gewesen. Jetzt habe ich Sie nicht genau verstanden: Ist das eine Bewertung, die Sie sich zu eigen machen?

Sv. Dr. Eva Högl: Ja, genau.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Sie haben ja auch ausgeführt, am Anfang der Ermittlungen stand Nürnberg mit den ersten Hypothesen, wo vieles bereits auf die Schiene gesetzt wurde. Damals gab es ja den Hinweis aus dem politischen Bereich mit einem Hinweis auf Fremdenhass. Dennoch hat die Polizei damals andere Spuren, andere Hypothesen stärker verfolgt. Sie haben vorhin gesagt, man habe möglicherweise auch von Vorurteilen in weiten Teilen der Ermittlungen gelebt. Zwischen den Vorurteilen und Erfahrungen ist ja manchmal der Übergang auch fließend.

Können Sie mir auch sagen – weil Sie davon gesprochen hatten; Bezug auf organisierte Kriminalität, Rotlichtbereich, Waffenhandel –: Sind das Themen, in denen der Terrorismus in Deutschland in der Geschichte stärkere Berührungspunkte hatte? Also, ist es in der Geschichte des deutschen Terrorismus bekannt, dass es diese Querverbindungen so gab? Zum Thema Bekennergewalt wurde ja schon gesagt, dass das eigentlich aus den Erfahrungswerten etwas ist, das nicht so gehandelt wurde. Also noch mal: Gab es denn auch Anhaltspunkte, die eine andere Hypothese insbesondere im Fall Nürnberg damals gestützt hätten?

Sv. Dr. Eva Högl: Herr Präfrock, wenn ich darf, würde ich gern Ihre Frage noch mal zum Ausgangspunkt nehmen, um das etwas zu unterfüttern, warum ich auch auf Ihre direkte Frage diesen Punkt so betont habe und das auch noch mal wiederhole. Das ist ein struktureller, institutioneller, wie man das bezeichnen kann, Rassismus. Man kann das sanfter umbeschreiben, wenn man möchte, mit „Vorurteilsstrukturen“ usw., aber das hat mit bestimmten Prägungen in eine bestimmte Richtung zu tun, an der wir arbeiten müssen.

Ich möchte gern die Gelegenheit wahrnehmen, das an dem Beispiel „Günther Beckstein“ noch mal zu verdeutlichen. Günther Beckstein kennt diesen Blumenstand, den E. S. hatte, an dem er Blumen verkauft hat; er hat dort selbst auch Blumen gekauft. E. S. kennt er jetzt persönlich vermutlich nicht – das hat er jedenfalls nicht bestätigt –, aber er kennt den Blumenstand und alles drum herum, und er liest in der Zeitung – E. S. ist ja nicht sofort am Tatort gestorben, sondern danach im Krankenhaus –, dass der angeschossene Blumenhändler jetzt seinen schweren Verletzungen erlegen ist, und schreibt da an der Seite mit grünem Stift: „Könnte das nicht Fremdenfeindlichkeit sein?“, und wiederholt es sechs Jahre später noch mal bei einem weiteren Mord: Könnte nicht doch Ausländerfeindlichkeit das Motiv sein?

Wir haben uns im Untersuchungsausschuss gefragt: Wir kommt er eigentlich dazu? Wieso hatte der eigentlich – – Also mich hat das total mitgenommen. Als ich das in den Akten gesehen habe, habe ich mich gefragt: Wie kommt Herr Beckstein dazu, zu diesem frühen Zeitpunkt den richtigen Riecher zu haben? Das hat ja was ganz Tragisches. Als wir das entdeckt haben, waren wir alle ziemlich entsetzt.

Wir haben Beckstein auch danach gefragt. Was für mich die Erklärung ist, die mich überzeugt hat, ist: Der kannte den Blumenhändler, und das war für den Blumenhändler an der Ecke in Nürnberg. Das war kein Drogendealer erst einmal, und kein Rot-

lichtmilieu-Krimineller oder ein organisierter Krimineller aus Südosteuropa, sondern das war erst mal in Nürnberg der Blumenhändler E. S..

Das hat für mich etwas damit zu tun, wie wir einander begegnen, wie wir uns sehen. Wenn man eine ermordete Person mit türkischem Migrationshintergrund, einen Mann, der einen Döner-Imbiss hat, einen Kiosk, einen Gemüsehandel – – Wenn der ermordet wird und man als Allererstes auf die Idee Rotlichtmilieu, organisierte Kriminalität, Terrorstrukturen – wie auch immer – kommt und überhaupt nicht mit einem geweiteten Blick in andere Richtungen schaut, dann hat das für mich etwas mit Prägungen zu tun.

Ich will aber auch deutlich sagen, dass natürlich die Polizei zunächst bei den Mordermittlungen im Nahbereich ermittelt und diese ganzen Kontoverbindungen, was da war – – Es waren ja auch an einzelnen Tatorten Drogenspuren im Teppichboden usw. Dass das alles ermittelt wird, ist richtig und wichtig; das will ich überhaupt nicht infrage stellen. Nur, wenn elf Jahre lang eine Mordserie nicht aufgeklärt wird und man an mehreren Stellen Ansatzpunkte hatte oder gehabt hätte, um den Blick zu weiten für ein anderes Motiv, nach elf Jahren erfolgloser Ermittlung in Richtung Südosteuropa und Terrorstrukturen – – Das haben wir kritisiert und haben gesagt, die Polizei muss ihren Blick öffnen.

Den Gesichtspunkt „Terrorstrukturen in anderen Bereichen“ würde ich auch gern noch mal eben aufgreifen. Das ist ja ein fataler Fehler gewesen. Das hat etwas zu tun mit dem „BfV Spezial“ – übrigens doch 2004 –, nämlich der Frage von Günther Beckstein auch: Gibt es eine braune RAF? Da hat sich ja ergeben, dass die Entwicklungen in der rechtsextremen Szene hin zum Terrorismus vom Verfassungsschutz überhaupt nicht gesehen wurden. Das haben wir bezeichnet als Verharmlosung von Rechtsextremismus dergestalt, dass man diese Entwicklungen hin zu „extrem gewaltbereit“ und dann bis hin zu, wie das Terrortrio NSU es gemacht hat, „zum Äußersten gehend“ und Menschen auch ermorden oder Sprengstoffanschläge verüben – – Diese Entwicklungen hat man beim Verfassungsschutz nicht gesehen. Deswegen haben sie sich natürlich fokussiert auf: Wir haben kein Bekenner schreiben, also kann das irgendwie nichts mit Terror sein, sondern muss aus dem Nahbereich sein.

Obwohl, wenn man sich – – Wir haben das auch lernen müssen. Ich bin ja keine Polizeibeamtin, ich wusste das auch vorher nicht, ich habe auch nicht beim Verfassungsschutz gearbeitet. Ich wusste nicht, dass rechtsextreme Straftaten, rechtsextreme Terroranschläge nicht mit einem Bekenner schreiben einhergehen. Ich wusste das nicht, ich habe das gelernt jetzt im Zuge der Arbeit im Untersuchungsausschuss. Aber die Expertinnen und Experten im Verfassungsschutz, die sich mit Rechtsextremismus, seiner Entwicklung, internationalen Bezügen, „Combat 18“ und diesen ganzen Dingen befassen, die – ich gehe so weit, das zu sagen –, hätten es wissen müssen, dass rechtsextreme Straftaten durch die Auswahl der Opfer für sich sprechen und in der Regel keine Bekennung erfordern.

Deswegen hätte es genügend Anhaltspunkte gegeben, obwohl man rechtsextremen Terror in dem Sinne nicht auf dem Schirm hatte. Trotz anderer Anschläge, die wir ja

auch in Deutschland schon hatten, hätte es Ansatzpunkte in elf Jahren gegeben, auch auf die Idee zu kommen.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Ich möchte da noch mal nachfragen, weil das auch für mich etwas Neues war. Ich meine, mich – also nicht persönlich, aber aus der Berichterstattung – zu erinnern, dass es auch bei der RAF Banküberfälle und andere Themen gab. Könnten Sie vielleicht noch mal darstellen diese Verstrickung Waffenhandel, Rotlichtmilieu, organisierte Kriminalität mit dieser rechtsextremistischen Szene, wo ja auch ein Teil der Finanzierung herkommt? Denn ich habe einfach auch den Eindruck, dass das im öffentlichen Bewusstsein nicht so ausgeprägt ist, dass es da eben deutlich mehr Querverbindungen gibt, als man das meint. Welche Folgerungen muss man da möglicherweise auch etwa für zukünftige Polizeiarbeit daran knüpfen, was – ich sage jetzt mal – das Nebeneinanderlegen von Verfassungsschutzkenntnissen und „normalen“ – in Anführungszeichen – polizeilichen Erkenntnissen auf der anderen Seite angeht?

Sv. Dr. Eva Högl: Ich glaube, NSU ist auch eine gute Gelegenheit, diese ganzen Weitergaben von Erkenntnissen – überhaupt, wie komme ich zu den Erkenntnissen? – noch mal auf den Prüfstand zu stellen, gerade die Verbindung von verschiedenen Szenen. Also, wir haben es hier auch mit Waffenhandel zu tun, mit dieser ganzen Szene natürlich.

Dann: Rechtsextremer Terror ist auch international vernetzt. Ich habe mir schnell das Stichwort „Lasermann“ aufgeschrieben. In Schweden gab es sogar eine Blaupause mit dem Lasermann, der auch Banküberfälle begangen hat. Wir haben ja mal kurze Ansätze, dass man die Sprengstoffanschläge in Köln verglichen hat mit „Combat 18“. Aber diese Ansätze sind unserer Meinung nach immer schon im Ansatz stecken geblieben, also nie wirklich weiterverfolgt worden.

Und für die Zukunft ist natürlich auch wichtig: Wir haben das jetzt auch zunehmend im Blick, z. B. jetzt die Verbindung der Rockerszene mit den Rechtsextremisten zu überprüfen, auch dort organisierte Kriminalität mit Menschenhandel, Prostitution, Waffenhandel usw., und da sollte man schön noch mal nachzeichnen – schön ist das nicht, aber gut und gründlich nachzeichnen; das wollte ich sagen –, wie die Verbindungen der jeweiligen Szenen auch sind.

Aber man hat ja sogar über den Weg Rotlichtmilieu usw. keinen Link gefunden zur rechtsextremen Terrorszene. Das war ja eben das, was gefehlt hat. Sonst hätte man vielleicht diese Zusammenhänge auch schon eher erkennen können. Und Herr Binninger hat das ja vorhin dargestellt, dass man zu keinem Zeitpunkt wirklich ernsthaft die Verbindung zwischen den Banküberfällen und der Mordserie hergestellt hat – was man auch hätte herstellen können.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Kollege Filius, bitte.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Frau Dr. Högl, wenn man den Verfassungsschutz mal nimmt, dann ist es ja so ein Frühwarnsystem. Das sind Beobachtungen, und dort gibt es

ja auch eine Rechtsextremismus-Abteilung. Sie sagten, die hätten es erkennen müssen, wenn ich das – – So habe ich es nicht nur verstanden, so haben Sie es gesagt. Jetzt sind ja, wenn ein Mord hier passiert, zunächst einmal die Ermittlungsbehörden gefordert. Also das ist dann zunächst einmal die Staatsanwaltschaft und dann halt mit den Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft in dem Moment die Polizei, indem dies repressiv entsprechend dann auch nochmals weiter vonstattengeht. Halten Sie dort den entscheidenden Punkt für defizitär, und wie kann dem begegnet werden, dieser Prägung, wie Sie sagen, dieser gesellschaftlichen Prägung, die sich dann auch dort in den Behörden letztendlich festgesetzt hat?

Sv. Dr. Eva Högl: Vielen Dank, Herr Filius. Also zunächst ist die Polizei gefordert. Es geschieht ein Mord, es gibt ein Mordopfer, und es erfolgen Mordermittlungen. Und da ist erst mal kein Anlass, den Verfassungsschutz einzubeziehen, außer man vermutet politische Hintergründe oder braucht die Erkenntnisse.

Wir haben bei unserer 20-monatigen Beschäftigung mit dem Sachverhalt NSU herausgearbeitet, dass das Trennungsgebot auf keinen Fall heißen darf, wir reden nicht miteinander oder wir geben unsere Erkenntnisse nicht weiter. Das war der Ausgangspunkt schon in Thüringen – dazu kann Frau Marx viel mehr erzählen –, dass an den beiden Stellen, Polizei und Verfassungsschutz, Erkenntnisse vorlagen, die in der Kombination und vernünftig zusammengetragen jedenfalls die Ermittlungsbehörden, die ganz am Anfang mit der Suche des Terrortrios – das damals noch keins war, aber die drei, die gesucht wurden –, und dann auch bei den Mordermittlungen weitergekommen wären. Das steht auf jeden Fall fest.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, auch aus Bayern. Ich hatte das ja eben angedeutet, dass selbst innerhalb eines Bundeslands die Behörden auch nicht gut zusammengearbeitet haben, und da hatten wir den Sachverhalt, dass die Polizei aufgrund einer zweiten Fallanalyse sich entschlossen hat, dem möglichen Motiv „Rechtsextremismus/rechtsextreme Einzeltäter“ näherzutreten und das zumindest mal zu untersuchen, und acht Monate lang erfolglos, händeringend versucht hat, vom bayerischen Verfassungsschutz Erkenntnisse über die rechtsextreme Szene zu bekommen - in der Situation, in der alle vermutet haben, es geschehen weitere Morde, und in der Situation, in der es aufgrund der Fallanalyse dringend erforderlich gewesen wäre, umfassende Erkenntnisse über die rechtsextreme Szene zu erhalten. Und nicht mal Verbindungen der rechtsextremen Szene Franken in Bayern über die Grenze eben rüber nach Thüringen, nicht mal das ist in den Blick genommen worden.

Unser Appell ist daher wirklich, zu sagen: Die Behörden müssen gut zusammenarbeiten, und natürlich gibt es zu einem frühen Zeitpunkt bei einer Mordermittlung kein Anlass, den Verfassungsschutz einzuschalten. Aber ich sage es noch mal: elf Jahre erfolglos, an vielen Stellen die Möglichkeit, auch Erkenntnisse aus der jeweiligen Szene heraus, die der Verfassungsschutz hatte, anders einzuarbeiten. Und das ist leider nicht erfolgreich erfolgt.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Also wäre Ihr Appell auch in der Richtung bei den Ermittlungsbehörden – – Weil Sie sagen, die waren zumindest in dieser Konstellation auf dem rechten Auge blind, haben das dann halt nicht so gesehen, dass dort noch mal nachjustiert werden muss, also organisatorisch. Aber Sie sagten ja auch, es ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Das ist natürlich – sage ich mal – vielleicht etwas ein Politikersatz. Aber wie das dann auch konkret entsprechend umgesetzt werden kann, damit so etwas nicht mehr passieren kann – – Das ist zum einen der Informationsfluss. Das ist das. Aber wenn Sie sagen – Sie haben den Begriff auch verwendet – institutioneller Rassismus, der dann einfach da ist, dann liegt ja vieles im Argen, wo wirklich noch viele Arbeit insgesamt vorliegen muss bei Ermittlungsbehörden.

Sv. Dr. Eva Högl: Ja, wir haben uns ja insbesondere beim Verfassungsschutz natürlich auf der Bundesebene auch angeschaut: Wie wurde das Thema dort bearbeitet, Rechtsextremismus, rechtsextremer Terror? Wir mussten feststellen – ich habe das eben schon gesagt –, dass die Analysefähigkeit der Verfassungsschutzbehörden jetzt nicht – – Also, es war verbesserungsfähig. Sonst hätte man diese Erkenntnisse ganz anders zusammengefügt. Sonst hätte man sie besser vortragen können, und sonst hätte man vielleicht auch – es sind viele jetzt viele Konjunktive – da in die richtige Richtung auch schon zu einem früheren Zeitpunkt ermitteln können.

Wir mussten feststellen, dass das Thema Rechtsextremismus beim Bundesamt für Verfassungsschutz ziemlich von der tagespolitischen Agenda gerutscht ist, weil man von dort keine große Bedrohung – ich habe das ja eben gesagt – vermutet hat, weil das irgendwie nichts akut war. Braune RAF? Das hat man abgelehnt. So etwas gibt es nicht. Kleingruppen? Ja, kann es wohl geben, aber die tun nichts. Das ist die Aussage von diesem „BfV Spezial“ 2004, sogar unter Nennung der untergetauchten Rechtsextremen aus Thüringen, die man noch auf dem Schirm hatten: Wir wissen zwar nicht, wo die sind, aber die tun auf keinen Fall etwas. Wir haben keine Erkenntnisse. – Das ist ja ein Analysedefizit ganz offensichtlich, ein Erkenntnisdefizit, und unserer Auffassung nach muss man da auf jeden Fall nachsteuern.

Und was uns nicht wieder passieren darf – – Nun kann man sagen: Jetzt müssen wir auf jeden Fall den Rechtsextremismus im Fokus haben. Uns dürfen keine Phänomenbereiche – das sagt sich so leicht – von der politischen Agenda rutschen, wie das nach 2001, nach den Anschlägen vom 11. September der Fall war, dass man sich konzentriert hat auf islamistischen Terror und auch die Ressourcen gebündelt hat und dann den Rechtsextremismus unserer Meinung nach jedenfalls vernachlässigt hat, und zwar im Bund und in den Ländern.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Kollege Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Frau Dr. Högl, das tut natürlich weh, von einem strukturellen, sich durchziehenden Rassismus zu hören in einem Land wie Baden-Württemberg, wo ja die Opfer zwei Polizeibeamte waren. Also zwei Polizeibeamte wa-

ren Opfer. Diese Polizeibeamten, die 24 000 in Baden-Württemberg, haben versucht, diesen Mord und den Mordversuch an einem Polizeibeamten aufzuklären und haben, wie Sie ja selbst gesagt haben, alles unternommen dafür. Und jetzt kommt genau das Dilemma, dass wir eine bundesrepublikanische Szene betrachten, und jetzt haben wir eine getötete Polizeibeamtin, einen Mordversuch an einem ermittelnden Polizeibeamten. Und nun in diesem Zusammenhang von strukturellem, sich durchziehendem Rassismus an die Adresse dieser 24 000 Polizeibeamte zu sprechen, ist vielleicht aus der Gesamtschau zu verstehen, aber jetzt für Baden-Württemberg speziell, meine ich, der falsche Ansatz; denn diese Polizeibeamten könnten ja gar nicht das Gegenteil beweisen. Sie haben ja einen Polizistenmord aufzuklären gehabt.

Jetzt habe ich halt genau das Problem – – Denn an zwei Stellen wird ja jetzt versucht, dieses aufzunehmen: an der Stelle, wo es um die Sinti und Roma geht, an diesem Landfahrerplatz auf der Theresienwiese, wo ja die Polizeibeamten nichts anderes gemacht haben, als einem Hinweis dazu nachzugehen, wer diesen Polizeibeamten getötet hat. Dem haben sie versucht nachzugehen – also ganz klassische Polizeiarbeit, wenn einer sagt: „Es war von da drüben auch jemand in der Nähe“, dem auch nachzugehen.

Und der zweite Anknüpfungspunkt, der – sage ich mal – ansatzweise vielleicht damit zu tun haben könnte, ist die Tötungsmethode, dass man aus einer Tötungsmethode irgendwelche Schlüsse zieht. Also mir tut es jetzt weh – deswegen muss ich es auch sagen –, weil wir hier ein baden-württembergisches Verbrechen aufklären müssen und baden-württembergischen Polizeibeamten nach meiner Betrachtung eben genau dieser Vorwurf nicht gemacht werden kann – höchstens an diesen beiden Stellen.

Jetzt frage ich mich, wenn ich nun etwas ermitteln soll als Untersuchungsausschuss, ob wir, wenn wir diesen Vorwurf aufrechterhalten, nicht womöglich Polizeibeamte abhalten, ihr alltägliches Geschäfts zu machen, nämlich Hinweisen nachzugehen, unabhängig, welcher Herkunft diese Person ist, auch Muster zu entdecken, auch wenn man ihnen womöglich den Vorwurf machen könnte, sie sind da vielleicht ein bisschen – sage ich mal – vorurteilsbehaftet. Das ist meine Sorge.

Das musste ich jetzt einfach zum Ausdruck bringen und würde Sie bitten, ob, wenn Sie mal betrachten, dass es hier ein Mordfall in Baden-Württemberg war, Polizeibeamte in Baden-Württemberg ermittelt haben, außer diesen beiden Minianknüpfungspunkten im Grunde alle erst am 04.11.2011 diesen Zusammenhang erkennen konnten, man dann wirklich in Baden-Württemberg dieses Problem so prominent platzieren muss.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Dr. Högl. Das ist eigentlich ein großer Anlauf gewesen, aber vielleicht können Sie doch eine teilweise befriedigende Antwort geben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sv. Dr. Eva Högl: Danke schön, Herr Vorsitzender. Das ist ja auch ein wichtiges Thema, und ich weiß auch, dass das die Gemüter immer ganz schön erhitzt, wenn man darüber spricht. Ich habe es ja vorhin auch direkt so eingeleitet.

Natürlich ist der Vorwurf „Struktureller Rassismus“ nicht geboten, anlässlich des Mordfalls M. K. so prominent thematisiert zu werden.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Gut!)

Das ist überhaupt keine Frage. Da gab es überhaupt keinen Anlass. Da gab es den Anlass, darüber nachzudenken, ob Rechtsextreme diesen Mord begangen haben könnten, weil Polizisten als Repräsentanten des Staates sich auch eignen als Opfer, aber es gab überhaupt keinen Anhaltspunkt, das Thema „Rassismus“ zu thematisieren. Ich habe mich auch eben bezogen – ich hoffe auch, dass ich so wahrgenommen wurde – auf die neun Mordopfer mit Migrationshintergrund, die einzig und allein – nach dem, was wir wissen – aufgrund der Tatsache, dass sie einen Migrationshintergrund hatten, ermordet worden sind, und habe mich auf die Ermittlungen dort bezogen.

Wir müssen uns aber damit auseinandersetzen – und deswegen sage ich das noch mal ganz deutlich –: Ich sage zu keinem einzigen Polizisten und zu keiner einzigen Polizistin in ganz Deutschland, von Flensburg bis ins Allgäu, dass er oder sie Rassist oder Rassistin ist. Das sage ich nicht. Aber dass wir Vorurteilsstrukturen haben, die auch bei der Ermittlungsarbeit einfach mal zwischendurch hinterfragt werden müssen – Mein Wahlkreis ist in Berlin – nun, nicht Kreuzberg, wo die Hasenheide ist –, aber da sagen ermittelnde Beamte: Jeder Schwarze, der dort durch die Hasenheide in Kreuzberg läuft, hat etwas mit Drogen zu tun. Das mag in der Statistik sogar zutreffend sein, und trotzdem ist es in dieser Allgemeinheit der Aussage einfach nicht korrekt. Und worum es mir geht, ist, diese Annahmen, wenn man Personen mit Migrationshintergrund hat und man zunächst von südosteuropäischer organisierter Kriminalität ausgeht, innerhalb von elf Jahren irgendwann mal zu hinterfragen und zu anderen Annahmen zu kommen. Darum geht es mir.

Es geht mir auch darum, jetzt nicht zu rechtfertigen und zu sagen: „Das kann gar nicht sein, das hat nichts mit Vorurteilen zu tun, da ist ganz normal ermittelt worden“, sondern zu sagen: Ja, da ist etwas schiefgelaufen, wir haben das mögliche Mordmotiv „Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus“ nicht gesehen, und wir arbeiten daran, dass wir die Polizei, den Verfassungsschutz jetzt so gut aufstellen, dass wir bestmöglich in anderen Fällen daran arbeiten.

Ich persönlich glaube, wir kommen weiter, wenn wir es annehmen als ein Thema, ohne zu sagen, dass 24 000 Polizistinnen und Polizisten in Baden-Württemberg – was ich niemals sagen würde –, irgendein Problem mit Rassismus haben. Aber ich möchte auch noch mal sagen: Zwei Polizisten – zwei, von denen wir es jedenfalls wissen – waren Mitglied im KKK. Auch darüber muss man sprechen. Sie sagen, sie waren dabei, weil sie Frauen kennenlernen wollten oder weil sie Kostümbälle da veranstaltet haben oder was. Das ist eine klar rechtsextreme, fremdenfeindliche, rassistische, gewaltberei-

te Organisation. Das geht natürlich auch nicht, und das kann man auch nicht über den Tisch kehren und sagen: „Da gab es aber keine Beziehungen zum NSU, und eigentlich ist es auch gar nicht so schlimm“ – das machen Sie natürlich alle nicht, aber das wird in der Öffentlichkeit auch gemacht –, sondern man muss es als Thema annehmen. Und dafür werbe ich.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Gut, das ist Konsens. Vor allem der erste Satz, den Sie gesagt haben, dass ausgerechnet bei einer rassistischen Verbrechenserie einem diese Vorurteile im Kopf – sage ich mal – bei der Aufklärung behindert, ist ja der eigentlich schmerzhafteste Umstand – aber eben losgelöst von Baden-Württemberg, weil wir es hier eben mit einem Mordfall an einer Polizistin zu tun haben.

Aber eine zweite Frage wollte ich an Sie stellen, weil Sie auch zitiert worden sind in Bezug auf die Frage des Todesfalls von dem „Corelli“, dass Sie bezüglich der Todesursache irgendwie Bedenken haben oder da noch Fragen haben. Da wollte ich Sie einfach fragen, ob Sie dem in irgendeiner Form nachgegangen sind. Denn Sie haben ja angekündigt haben, das wollten Sie auch im Innenausschuss oder sonst wo noch problematisieren. Ich frage, ob Sie da irgendetwas in die Wege geleitet haben, ob Sie da Erkenntnisse haben, die uns weiterbringen, was den Todesfall „Corelli“ angeht.

Sv. Dr. Eva Högl: Das ist natürlich logisch, und wir würden auch unsere Arbeit im Deutschen Bundestag nicht ordentlich machen, wenn insbesondere die früheren Obleute, Mitglieder des NSU-Untersuchungsausschusses, nicht nachfragen würden, wenn ein ehemaliger V-Mann, der im Zeugenschutzprogramm des BfV ist, vernommen werden soll zu einer CD, die aufgetaucht ist, auf der „NSU“ draufsteht – was vorher angeblich niemand gewusst hat; immer wieder wurde behauptet, „NSU“ sei eine Abkürzung, die vor dem November 2011 niemand jemals gehört hat –, plötzlich kurz vor seiner Befragung zu Tode kommt wegen eines unbekanntes Diabetes. Da würden wir unsere Arbeit nicht ordentlich machen, wenn wir nicht sagen würden: Dem gehen wir nach, da setzen wir doch erst mal ein großes, dickes Fragezeichen dran.

Das haben wir getan. Wir haben uns im Innenausschuss des Deutschen Bundestags mehrfach damit beschäftigt – ich glaube, zwei oder drei Runden hatten wir dazu –, und wir haben jetzt beschlossen übers PKGr, dem Herr Binninger angehört als Vorsitzender – – Wir haben einen Sonderermittler eingesetzt, Jerzy Montag. Der schaut sich die gesamten „Corelli“-Akten an und wird einen Bericht zu den Todesumständen vorlegen.

Wir haben auch am nächsten Montag, am 2. Februar, eine Sondersitzung des Innenausschusses und werden noch mal von der Staatsanwaltschaft in Paderborn und anderen Personen informiert darüber – wenn sie kommen; wir hoffen, dass sie kommen; das weiß man ja auch nie so genau –, welche neuen Erkenntnisse es gibt. Also, wir haben uns da mit Polizei, mit Staatsanwaltschaft, mit der Gerichtsmedizin in Verbindung gesetzt, um das nach Möglichkeit auch aufzuklären im Rahmen unserer im Bundestag zur Verfügung stehenden Mittel. Wir sind keine Staatsanwälte und Polizisten, aber das ist natürlich schon ein merkwürdiger Zusammenhang. Es gibt solche Dinge, so etwas pas-

siert im Leben, aber wir wollen es auf jeden Fall so weit wie möglich untersuchen, und da sind wir auch dran.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nur letzte Schlussfrage: Haben Sie da irgendwie einen Zeitplan, also wann man ungefähr damit rechnen könnte, dass da etwas herauskommt? Denn das sind ja abgeschlossene Vorgänge.

(Sv. Clemens Binninger: Bis Mai!)

Sv. Dr. Eva Högl: – Du weißt das besser. Im Frühjahr, Mai. Oder wann wird Jerzy Montag seinen Bericht vorlegen?

Sv. Clemens Binninger: Mai.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Im Mai. Okay.

Sv. Clemens Binninger: Wir werden im Kontrollgremium eine Fassung machen, die für die Öffentlichkeit in geeigneter Form möglich sein soll, und natürlich eine, die nur uns etwas angeht.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Klar.

Sv. Clemens Binninger: Also insofern gibt es dann schon etwas.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Danke.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt der Herr Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Eigentlich ganz kurz nur. Es gibt, liebe Frau Högl, sicher eine Reihe von konkreten Punkten, über die man sich Gedanken machen sollte. Aber ich würde gern schon mal umgekehrt auch ein bisschen auf der Linie der Vorredner fragen, ob Sie nicht die Gefahr sehen, dass das Konstrukt eines strukturellen Rassismus auch ein Vorurteil sein könnte.

Sv. Dr. Eva Högl: Ja, das kann ich gut verstehen, den Hintergrund Ihrer Frage, und das ist das, was ich meinte, als ich sagte, dass es natürlich wiederum Reflexe auch produziert und auch nicht von allen geteilt wird. Deswegen trage ich es pointiert vor; andere tragen pointiert vor, warum sie sehen, dass es kein struktureller Rassismus ist, und jetzt – – Ich will es nicht zu tief hängen, aber es ist einfach meine Auffassung, und die können Sie bewerten, wie Sie wollen. Ich möchte, dass wir darüber diskutieren, über diese Vorurteile. Damit ist schon ganz viel gewonnen, wenn wir es nicht beiseiteschieben, und ich meine, ich habe Günther Beckstein als denjenigen zitiert. Mit dieser Auffassung von Beckstein ganz am Anfang müssen wir uns einfach auseinandersetzen, und wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, wie wir uns in dieser Gesellschaft begegnen und ob ein ermordeter Türke, der einen Döner-Imbiss hatte, automatisch irgendwie in die südosteuropäische organisierte Kriminalität gehört. Darüber müssen wir miteinander reden.

Das ist mein Appell, und deswegen überspitze ich immer ein bisschen, damit ich auch die Diskussion befördere. Aber natürlich weiß ich, dass das auch sehr drastisch ist, und deswegen steht in unserem Abschlussbericht auch etwas von Vorurteilsstrukturen, von Prägungen, von Motivationen, die die ermittelnden Beamten hatten, und das habe ich ja auch unterschrieben.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Ich habe mir die gleiche Frage notiert. Insofern kann ich die jetzt streichen.

Aber noch mal zur Frage „struktureller Rassismus“. Sie haben ausgeführt, dass Sie weder den 24 000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Baden-Württemberg den Vorwurf machen, noch machen Sie es irgendeinem anderen Polizeibeamten. Ich glaube, Sie haben vorhin von Flensburg bis Garmisch – – Wenn es also die Menschen nicht sind –

(Sv. Clemens Binninger: Allgäu!)

– oder bis zum Allgäu –, die die Rassisten sind, aber Sie von strukturellem Rassismus sprechen, sind dann die Strukturen rassistisch, oder was meinen Sie dann mit strukturellem Rassismus?

Sv. Dr. Eva Högl: Also das ist natürlich etwas, was Sie nicht durchdeklinieren können für jeden einzelnen Beamten. Wenn Sie die einzeln befragen, dann werden die Ihnen sicherlich sagen, dass sie nichts gegen Türken haben und dass sie auch nicht glauben, dass Türken automatisch immer irgendwas mit südosteuropäischer organisierter Kriminalität zu tun haben. Und trotzdem waren die Ermittlungsansätze, wie sie waren. Wir haben das ja studiert. Wir haben ja wochenlang diese ganzen Ermittlungsakten gelesen.

Meine Kollegin Aydan Özoguz hat damals im Untersuchungsausschuss gesessen als Stellvertreterin neben mir, und die hat ganz erstaunt – mittlerweile ist sie unsere Staatsministerin – gesagt: Wieso hieß denn die Soko eigentlich „Bosporus“? Die Opfer kamen doch gar nicht aus Istanbul. – Ja? Damit fängt das schon an. Warum heißt eine Soko „Bosporus“, wenn die Opfer nicht daher kommen? Was ist der Bezug? Damit geht es schon los.

Dann haben die – wir können das ja durchdeklinieren noch und noch – z. B. in Nürnberg eine Döner-Bude aufgebaut und haben gesagt: Wir verkaufen jetzt hier Döner. Wir bezahlen das Fleisch nicht – – Die die Polizei. Genau. – Und das war so dermaßen absurd. Man traut sich gar nicht, das zu wiederholen. Uns ist ja der Atem stehen geblieben, als wir das gehört haben. Und diese ganzen Dinge, wie ermittelt wurde in der türkischen Community, dass die Verängstigung, das Schweigen genommen wurde als: Die haben etwas zu verbergen usw.

Diesen Vorwurf kann ich letztendlich nicht der Polizistin X oder dem Polizisten Y in Bayern machen, aber dieses ganze Drumherum, die Ermittlungsansätze, die Ausgestaltung der Sonderkommission – – Was wurde prioritär bearbeitet? Warum wurde vom Verfassungsschutz – – Warum wurde nicht zugeliefert aus der rechtsextremen Szene? Das hat für mich weniger etwas mit individuellem Versagen zu tun, obwohl es natürlich letztlich immer Einzelpersonen sind. Aber wir haben gesagt, wir machen nicht den Einzelpersonen den Vorwurf, sondern wir schauen uns die Struktur an. Das war flächendeckendes Versagen. Natürlich hat es Fehler, Versäumnisse, auch schwere Versäumnisse von einzelnen Personen an ihrem Arbeitsplatz gegeben – natürlich –, und das haben wir auch beleuchtet, auch in der Justiz, auch bei der Polizei, auch beim Verfassungsschutz.

Aber das, was ich mit den Vorurteilen versucht habe Ihnen zu schildern, das hat doch viel mit der Struktur und der Herangehensweise zu tun, und ich glaube auch, wir kommen weiter, wenn wir es bewusst nicht auf Einzelpersonen fokussieren, sondern sagen, es hat etwas mit der Gesamtaufstellung zu tun.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Kollege Filius hat sich noch zu Wort gemeldet.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: In das Bild passt ja wohl auch hinein, dass man dann ja von „Döner-Morden“ gesprochen hat, und das würde man ja auch eher despektierlich sehen, wenn es eine Serie wäre, dass es dann „Spätzle-Morde“ heißen würde.

(Zuruf der Abg. Matthias Präfrock und Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Also das kann man vielleicht mal in der Situation sagen. Also das würde ich einfach mal so sagen, das passt ja mit dem Bosphorus-Beispiel sehr gut zusammen.

Würden Sie es gut finden, wenn jetzt mehr Bewerberinnen, Bewerber auch mit Migrationshintergrund in die jeweiligen Organisationen gehen, die wir ja vorher noch mal benannt haben, also dass dann hier insgesamt auch ein anderes Bild entstehen kann? Haben Sie da auch Erfahrungswerte über die Bereiche schon gehört, oder wäre das eine der Empfehlungen, um diese gesellschaftliche Dimension, die Sie ja erwähnt haben auch in den Ermittlungsbehörden, dann halt entsprechend zurückzufahren oder hier einen offeneren Blick insgesamt zu erhalten?

Sv. Dr. Eva Högl: Das steht ja auch hier drin in unserem Bericht, in unseren Empfehlungen, und das ist natürlich ein wichtiger Gesichtspunkt. Aus dieser Analyse heraus haben wir gesagt, wir brauchen sowohl viele Personen mit verschiedenen Biografien, Herkunftten, so vielfältig wie möglich, auch in den Sicherheitsbehörden als Spiegelbild auch unserer Gesellschaft, die sich verändert. Natürlich. Und dann ist die Herangehensweise auch eine andere, wenn sie selbst eine andere Biografie haben als die Mehrheit.

Aber ich will auch ganz deutlich betonen, dass sie damit noch nicht automatisch interkulturelle Kompetenz haben, sondern das ist der zweite Baustein. Sie müssen sowohl

die Behörden vielfältiger zusammensetzen. Also ich plädiere auch dafür, Islamwissenschaftler beim Verfassungsschutz zu beschäftigen, auch Soziologen, wie auch immer, bunt und vielfältig mit unterschiedlichen Herkünften. Aber auch die Personen, die eine andere Herkunft haben, sind nicht per se interkulturell mit offenem Blick. Deswegen haben wir gesagt Vielfältigkeit plus interkulturelle Kompetenz, und das sind zwei Empfehlungen des Bundestagsuntersuchungsausschusses für die Reform der Behörden.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Jetzt hat sich der Kollege Pröfrock gemeldet. – Ich wollte nur noch mal bitten: Das, was im Untersuchungsausschussbericht drinsteht, haben wir. Ich hätte aber die Bitte jetzt noch einmal, die Abgeordnete nicht danach zu fragen; denn es liegt schriftlich vor. – Herr Abg. Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Frau Dr. Högl, Sie haben gerade ausgeführt, dass es ein Fehler wäre, irgendeinen politischen Phänomenbereich zu vernachlässigen, und haben ausgeführt, dass man nach den islamistischen Anschlägen gemeint hat, man könnte auf das Thema Rechtsextremismus verzichten. Würden Sie mir denn zustimmen, zu sagen, nachdem man jetzt die Erfahrung mit dem Rechtsterrorismus gemacht hat, könnte man den Bereich des Linksterrorismus vernachlässigen?

Sv. Dr. Eva Högl: Herr Abgeordneter, ich habe ja eben extra ausgeführt, dass wir anpassen müssen bei der Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden, sowohl technisch als auch personell, und auch was die Arbeitsweise und die Zusammenarbeit angeht, dass uns kein Phänomenbereich von der Agenda rutscht – das ist ganz wichtig –, aber dass wir natürlich auch danach gewichten. Das ist auch eine wichtige Aufgabe der Ermittlungsbehörden, der Sicherheitsbehörden, wo man sie bestärken muss darin, nach Wichtigkeit und nach Gefährlichkeit – – Also es ist natürlich auch wichtig, immer zu überprüfen: Woraus resultieren momentan die besonderen Gefährdungen für unsere Gesellschaft, die individuellen – also für Einzelpersonen – oder auch Zusammenhänge, auch für Objekte usw.? Und das muss man fortlaufend überprüfen. Da können wir sicherlich das, was in den Siebzigerjahren mal galt, in den Achtzigern und in den Neunzigern und heute, fortlaufend überprüfen. Ich denke, dass das auch unsere Aufgabe als Abgeordnete ist, dort zu einer guten tagesaktuellen, aber auch langfristig richtigen Schwerpunktsetzung beizutragen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Abg. von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Ist es so: Wenn man von vornherein hätte feststellen können oder festgestellt hätte: „Das muss ein rechtsorientierter Angriff sein“, dann wäre man auf dieses Trio gekommen? Und dann möglicherweise nach wie vielen Morden?

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Hätte, hätte, Fahrradkette!)

Sv. Dr. Eva Högl: Ich tue mich schwer, das zu formulieren. Das will ich Ihnen ganz offen sagen. Es gibt eine Wahrscheinlichkeit dafür, aber ich würde heute jetzt ungern so

weit gehen, zu sagen, das hätte man schaffen können. Ja, mit vielen Konjunktiven vielleicht hätte man Morde vermeiden können, sicher. Aber ich würde nicht so weit gehen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage von Frau Rita Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Dr. Högl, es gab ja schon ein einmal rechtsextremistisches Attentat vor vielen Jahren in München, wo es im Übrigen auch Bezüge nach Baden-Württemberg gab – gar nicht so wenige –, und ein Teil der Leute, die damals in Bezug standen, sind ja heute in Thüringen wiederzufinden. Inwieweit hat man in letzter Zeit dies noch mal ins Auge gefasst?

Sv. Dr. Eva Högl: Das ist das, was ich meinte mit der Analysekompetenz, dass man diese Beziehungen, diese Verbindungen im Blick behält. Wir haben im Untersuchungsausschuss feststellen müssen – ich habe das eben schon erwähnt –, dass nicht einmal die Verbindungen zwischen Franken und Thüringen gesehen wurden, oder die wenigen Kilometer nach Sachsen. Also Herr Binninger hat das zum Thema „Föderalismus“ ja vorhin ausgeführt. Ich habe auch schon mal auf einer öffentlichen Veranstaltung gesagt – das ist heute nicht zitiert worden, aber ...

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich hätte es aber können. Ich hätte es können.

Sv. Dr. Eva Högl: ... ich wiederhole es noch mal –, dass die Täter sich den Föderalismus zunutze gemacht haben und im Grunde genommen durch die föderalen Strukturen und dadurch, dass die Erkenntnisse dann an der Ländergrenze nicht weitergegeben wurden, diese Straftaten letztlich auch möglich waren, oder die Nichtverfolgung der Täter.

Zur Analysekompetenz gehört natürlich auch, frühere Verbindungen, Verbindungen von Einzelpersonen zu anderen Einzelpersonen, Tathergänge –– Diese ganzen Dinge muss der Verfassungsschutz, aber die müssen auch die Polizei in Bund und Ländern parat haben, um dann bei solchen Straftaten auch Analogien herstellen zu können.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Wenn es jetzt keine weiteren Wortmeldungen sind, darf ich mich auch bei Ihnen recht herzlich für die geduldige Beantwortung aller Fragen bedanken.

Wir haben jetzt – das ist kein Problem, aber ich will es nur mal feststellen – keine Notwendigkeit, eine nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses zu machen, wo weitere Namen oder so genannt werden sollten. Das habe ich jetzt nicht herausgelesen, sodass wir sagen können, wir würden jetzt in eine Mittagspause eintreten, wobei wir Sie im Anschluss dann nicht mehr benötigen, also weil wir dann die Frau Marx aufrufen heute Nachmittag. Eine Stunde, würde ich vorschlagen.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Herr Vorsitzender, ich habe jetzt doch eine Frage. Also ich weiß nicht genau, ob es zwei- oder dreimal war, dass der Herr Binninger in seinem Vortrag gesagt hat, er würde ja später noch Genaueres dazu sagen bzw. könnte er

eventuell Namen sagen oder mehr Hintergründe wissen von ihm. Daher möchte ich von meiner Seite her sagen, ist eine nicht öffentliche für mich tatsächlich noch zu diskutieren.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. – Herr Binninger, das müssen Sie jetzt beantworten.

Sv. Clemens Binninger: Also jetzt müssen Sie mir aber auch helfen, wie vom Verfahren her – – Für mich war es so, dass ich in einer Beratungssitzung, aber nicht als Teil der Beweisaufnahme Ihnen noch den einen oder anderen Hinweis geben könnte. Das ist dann aber keine klassische Beweisaufnahme von dem, was ich sage. Das war vorher der Punkt. Wenn Sie das wollen, bleibe ich gern da für die Beratungssitzung. Aber dafür, in eine nicht öffentliche Beweisaufnahme einzutreten, sehe ich jetzt keinen Bedarf. Das andere kann ich alles – – Das, was ich Ihnen noch zu sagen hätte, passt nach meinem Dafürhalten auch in eine Beratungssitzung. Da geht es um gezielte Punkte: Wo sollen Sie nachgucken? – Damit ist im Prinzip – –

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nehmen wir an!)

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das nehmen wir an.

Sv. Clemens Binninger: Ich würde anbieten, dass ich halt dann bis zum Ende da bleibe und dann in die Beratungssitzung auch komme.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Das können wir natürlich machen. Ich wollte Sie jetzt bloß nicht – – Weil wir würden dann anschließend natürlich die öffentliche Sitzung mit der Frau Marx machen. Da ist die Frage: Hat sie noch etwas? – Dann gehen wir in die nicht öffentliche, und dann könnten Sie – – Sonst müssten wir nämlich jetzt den Raum wechseln, denn wir können hier keine nicht öffentliche Sitzung machen.

Sv. Clemens Binninger: Tut mir leid, aber jetzt müssen Sie mir helfen. Was ist bei Ihnen – – Also wir hatten in Berlin öffentliche Beweisaufnahme, nicht öffentliche und dann noch als geheim eingestuft.

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: In diesem Raum geht das nicht!)

Das meine ich jetzt alles nicht. Wo machen Sie sonst die Beratungssitzung?

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut, wenn Sie – – Bloß ich muss dann in den Raum 433 gehen. Also das ist ein anderer Raum.

(Zurufe)

Sv. Clemens Binninger: Ich bleibe da. Sie machen Ihr Programm ganz normal, und Schluss.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann mache ich jetzt eine Stunde Mittagspause. Jetzt haben wir 14:00 Uhr. Fortsetzung um 15:00 Uhr? – Also berufe ich den Ausschuss – –

Sv. Clemens Binniger: Ich bleibe da bis zum Schluss.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut. Also vielen Dank. – Bis 15:00 Uhr; dann treffen wir uns wieder.

(Unterbrechung des öffentlichen Teils von 13:52 bis 15:03 Uhr)

Sachverständige Dorothea Marx

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, Platz zu nehmen. Wir beginnen mit der nachmittäglichen öffentlichen Sitzung, und zwar mit der Anhörung der Frau Sachverständigen Marx.

Zuerst zur Person. Ich darf Sie bitten, dem Ausschuss Ihren Vor- und Zunamen, Alter und Berufsbezeichnung und natürlich mit der Anschrift – – Wieder das Gleiche, wie ich schon bei den Bundestagsabgeordneten gefragt habe. – Bitte.

Sv. Dorothea Marx: Ja, also: Dorothea Marx, ich bin 57 Jahre alt, von Beruf Rechtsanwältin und Abgeordnete des Thüringer Landtags. Und die ladungsfähige Adresse ist die gleiche geblieben.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Auch hier machen wir das Gleiche. Sie haben ja auch gebeten und signalisiert, vorher im Zusammenhang einen Bericht abzugeben. – Bitte schön.

Sv. Dorothea Marx: Ich kann an vieles nahtlos anschließen, was der Kollege Binninger schon hier sehr ausführlich vorgetragen hat.

Vielleicht ganz kurz zu dem, worauf wir uns in Thüringen beschränkt hatten. Wir hatten, als unser Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde – da arbeitete ja schon der Bundestagsuntersuchungsausschuss –, da haben wir uns mit den Kollegen vom Bundestag getroffen und haben gesagt: Wie teilen wir uns denn sinnvoll die Arbeit auf, dass wir nicht alles doppelt machen? Und wir haben im Großen und Ganzen vier Themenkomplexe bearbeitet. Sehr ausführlich die Neunzigerjahre: Wie ist es eigentlich dazu gekommen, dass die drei, die dem Trio zugerechnet werden, Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe, die ja in Thüringen geboren worden und aufgewachsen sind, sich dort haben radikalieren können? Und wie kam es dazu, dass man das nicht frühzeitig erkannt hat, also die Zeit bis 1998? Das war ein erster großer Komplex, wo wir uns auch mit gesellschaftlichen Ursachen beschäftigt haben, mit dem vielleicht auch Nicht-ernst-genug-Nehmen, mit dieser vergeblichen Hoffnung, wie wir heute wissen, es handle sich hier um ein paar verirrte Jugendliche, und wenn die einmal groß sind, dann werden die schon vernünftig werden und das lassen irgendwie, Naziparolen zu vertreten und entsprechend zu handeln. Das hat sich als Trugschluss herausgestellt. Das hat Zeit beansprucht. Das war aber auch, denke ich, eine wichtige Zeit.

Die zweite Phase, mit der wir uns beschäftigt haben, sehr ausführlich in unserem Untersuchungsausschuss, ist die Phase der erfolglosen Fahndung nach den dreien. Es gab 1998 die sogenannte Garagendurchsuchung. Kollege Binninger ist schon darauf eingegangen. Dort wurden ja dann Sprengstoff gefunden und einsatzfertige Rohrbomben und Material dazu. Und im Zuge dieser Garagendurchsuchung haben die drei dann sozusagen den Weg in den Untergrund angetreten. Die sind also mit diesem Tag verschwunden. Und ab da gab es einen Haftbefehl – also mit ein paar Unwägbarkeiten, bis

er dann endgültig erlassen wurde, aber das interessiert Sie jetzt sicherlich weniger – wegen Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens.

Und wegen dieses Tatbestands wurde nach den dreien gefahndet, auch mit internationalem Haftbefehl, eigentlich auch mit großem Aufwand, auch öffentlichkeitswirksam. Es gab Fernsehaufrufe. Es gab regelmäßige Mediennachfragen: „Na, habt ihr die jetzt bald mal?“ Und leider hat man sie eben doch nicht gefasst. Und die Gründe dafür, das hat die meiste Zeit unserer Ausschussarbeit beansprucht, das herauszufinden. Sie haben das vielleicht zur Kenntnis genommen in der öffentlichen Berichterstattung oder auch bei dem Bericht, den wir geschrieben haben, dass ja da eine Fülle von Fehlern und Unzulänglichkeiten passiert sind, die eigentlich nicht erklärlich sind.

Eine Hauptursache dafür, dass man der drei nicht habhaft geworden ist, aus unserer Sicht war, dass man eine absolut, ja eigentlich rechtlich nicht zu rechtfertigende Aufteilung der Fahndung vorgenommen hat, ganz am Anfang. Es wurde die Zielfahndungseinheit des Thüringer Landeskriminalamts beauftragt, auf der einen Seite nach den dreien zu finden, die aber gesagt haben: „Wir haben eigentlich gar keine Strukturkenntnisse.“ Also, vorher gab es eine Sonderkommission „Rechtsextremismus“. Die wurde irgendwann mal aufgelöst, und es wurde der Zielfahndungseinheit der Fahndungsauftrag übergeben. Die haben gesagt: „Wir haben aber gar keine Ahnung von den ganzen Strukturen.“ Die wollten sich jemanden ausleihen, der dort Kenntnis gehabt hatte. Das wurde abgelehnt. Und dann hat irgendjemand entschieden – es will keiner so richtig gewesen sein –, dass man dann auf der anderen Seite den Verfassungsschutz beauftragt hat mit Fahndungsaufgaben – also polizeilich ein sehr unglaublicher Vorgang. Aber das hat so stattgefunden. Und der Verfassungsschutz sollte mal gucken im Bereich des nationalsozialistischen Umfelds, der Sympathisanten der drei. Diese Arbeitsteilung hat sich als nicht erfolgreich herausgestellt. Die drei sind nicht gefunden worden, obwohl wir – das können Sie in unserem Bericht nachlesen – eigentlich sehr, sehr viele Erfolg versprechende Fahndungsansätze gefunden haben. Es gab auch zahlreiche Hinweise. Und die Anzahl der Hinweise, denen dann eben doch nicht nachgegangen worden ist, entgegen jede polizeiliche Routine – kann man mal so sagen –, hat uns dann eben zu dem harten Schluss gebracht, dass man da offenbar mit sehr gebremstem Interesse daran gegangen ist, die drei zu finden.

2003 ist dann die Verjährung angenommen worden. „Angenommen worden“ sage ich deswegen: Also, 2000 sind die ersten Morde passiert, aber das hat man denen ja nicht zugeordnet. Und eigentlich hat die Verjährung bei Herrn Böhnhardt – also da bestand auch weiter ein Haftbefehl – noch nicht eingesetzt, weil gegen ihn bestand eine rechtskräftige Freiheitsstrafe. Die konnte durch die Flucht nicht vollzogen werden, und da hätte man ihn eigentlich noch bis 2007 suchen müssen. Es gibt auch einen Vorgang bei der Staatsanwaltschaft, die ihn immer mal irgendwie zum Auffinden ausschreibt. Aber das ist in der Öffentlichkeit nicht bemerkt worden.

Dann haben wir – das alles im Einzelnen kann ich Ihnen erzählen, aber das betrifft ja nun jetzt nicht das Zentrum Ihrer Tätigkeit –, dann haben wir uns auch mit dem Mordfall schwerpunktmäßig M. K., aber natürlich auch dem Mordversuch an ich-

rem Kollegen beschäftigt, und zwar deswegen, weil M. K. ja nun aus Thüringen stammt, weil Oberweißbach schon ein Ort ist mit einem Ortsteil, wo es eben eine bekannte rechte Kneipe gibt, und wir eben auch wissen wollten: Wie war denn da die Zusammenarbeit mit baden-württembergischen Ermittlungsbehörden? Was ist denn da an- und nachgefragt worden in Thüringen an möglichen Indikationen, dass M. K. vielleicht doch nicht ein Zufallsopfer war? Gab es da irgendwelche Verbindungen in die rechtsradikale Szene?

Und als Letztes haben wir uns beschäftigt dann noch sehr kurz – beides übrigens sehr kurz – mit der Frage: Was ist eigentlich am 04.11. in Eisenach passiert? Sie wissen, diese Auffindesituation in dem Wohnmobil. Sie hatten ja da schon auch vereinzelt nachgefragt. Für diese beiden letzten Teile, die eigentlich uns sehr wichtig waren, also der Mordfall – ich verkürze jetzt – M. K. aus Thüringer Sicht und die Situation in Eisenach, haben wir dann nur noch drei Tage überhaupt gehabt, bei denen wir Beweis erheben konnten.

Wir haben im Fall M. K. dann eigentlich – man könnte so sagen – dreieinhalb Zeugen vernommen. Das ist einmal der Onkel gewesen der M. K., der Patenonkel, der hier heute auch schon eine Rolle gespielt hat; dann ein weiterer Polizeikollege von dem Patenonkel, der nach Aussagen von dem Patenonkel ihm sozusagen den Tipp gegeben hat, das könnte was mit den „Türkenmorden“ zu tun haben; dann als weitere Zeugin die ehemalige Lebensgefährtin des Patenonkels, weil die mittlerweile mit einem Herrn verheiratet ist, der auch gewisse Verbindungen hat ins rechte Spektrum; und dann als Letzten zu diesem Fall noch einen Polizisten aus dem Landeskriminalamt, von dem wir dachten, dass er vielleicht mit der Soko „Parkplatz“ irgendwie enger zusammengearbeitet hatte. Das war aber wenig ergiebig, weil sich herausstellte, dass dieser Kollege eigentlich im Wesentlichen die Trauerfeier koordiniert hat. Da war ja damals eine große öffentliche Anteilnahme, und auch die Kolleginnen und Kollegen hier aus Böblingen von der BePo und weitere Polizeikräfte aus Stuttgart oder auch aus Baden-Württemberg haben an der Trauerfeier für die M. K. in Oberweißbach teilgenommen. Dann gab es später noch mal eine kleinere Ermittlungsangelegenheiten für diesen Polizeibeamten, weil da jemand auf dem Friedhof irgendwie immer mal Blumen hingebraht hat. Dann wollte man gucken, wer dort gesehen wurde, wer ist das eigentlich, in welchem Zusammenhang steht er.

Aus diesen zwei Vernehmungstagen ist dann – – Natürlich haben wir dort begonnen, diesen Hinweis abzuarbeiten, der sich in den Vernehmungsprotokollen von der Soko „Parkplatz“ unter dem Datum des 04.05.2007 befindet. Also eigentlich zehn Tage nach dem Mordfall bereits wird hier datiert die Vernehmung des Patenonkels von der M. K.. Und das hat ja vorhin eine Rolle gespielt. Ich habe es jetzt noch mal mit. Wir haben ihm dann auch den Vorhalt aus der Vernehmung gemacht, was er da konkret gesagt hat. Er wird am Schluss gefragt bei der Vernehmung:

Haben Sie einen Verdacht bezüglich der Tat?

Und er antwortet:

Aufgrund meiner Berufserfahrung muss ich sagen, dass es für mich aussieht wie aus dem Bereich der organisierten Kriminalität, und dort im Bereich Russisch oder Georgisch. Das entnehme ich dem skrupellosen Vorgehen. Meiner Meinung nach besteht auch aufgrund der verwendeten Kaliber und der Pistolen, die ich aus den Medien kenne, ein Zusammenhang mit den bundesweiten „Türkenmorden“. Soviel ich weiß, soll auch ein Fahrradfahrer bei den „Türkenmorden“ eine Rolle spielen. Ich sage nicht, dass ein Zusammenhang besteht. Ein Kollege von der K 1 hat mich nur angesprochen, dass ein Zusammenhang bestehen könnte.

Diese Aussage haben wir dem Patenonkel dann eben auch vorgehalten und ihn gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Er zeigte sich dann zunächst sehr überrascht darüber, dass er schon am 04.05.2007 diese Aussage gemacht haben soll, weil zu diesem Zeitpunkt – das war jedenfalls die Information, die wir hatten – gab es noch keine breite öffentliche Berichterstattung über die Art der verwendeten Waffe, über die Tatsache, dass da Fahrradfahrer gesehen oder beobachtet worden seien. Und das hat uns ein bisschen gewundert. Und der Patenonkel sagte uns dann auch, er glaube nicht, dass er schon so früh vernommen worden sei. Das ist uns eigentlich jetzt nicht erklärlich, wie es zu diesem Datum kommt.

Wir haben dann weiter auch noch vernommen den Kollegen, den er dort angesprochen hat, mit dem er sich unterhalten hat nach den damaligen Angaben über den Sachverhalt, und der im gesagt haben soll, den Tipp: „Ein Kollege von der K 1 hat mich nur angesprochen, dass ein Zusammenhang bestehen könnte.“ Diesen Kollegen hat er uns benannt. Den haben wir uns dann eben auch eingeladen und haben ihn noch mal gefragt, wie er dazu gekommen ist. Und der hat uns dann eben gesagt, ja, er meint auch, das Gespräch wäre später gewesen, und man hätte da eben allgemein gesagt, da könnte noch ein Zusammenhang bestehen. Er hätte sich regelmäßig die Ereignismitteilungen angeschaut aus den Computern, die eben zugänglich sind für jeden Kriminalbeamten. Da wären ungeklärte Fälle, und diese Mordserie, die hätte ja wohl jeden mal beschäftigt. Und da hatte er einfach gedacht, da könnte ein Zusammenhang bestehen.

Wir konnten auch nicht aufklären, wie er, ob er das mit den Waffen gesagt haben könnte, weil – das haben wir nun auch schon heute ausführlich gehört – der Mord und der Mordversuch sind ja eben nicht mit der Ceska begangen worden, sondern mit anderen Waffen, und die Fahrräder standen zu diesem Zeitpunkt schon mal gar nicht in der Zeitung. Beide haben dann gesagt, das Gespräch sei ihrer Meinung nach später gewesen, unabhängig voneinander, man habe sich dann halt irgendwann mal da in der Kantine getroffen. Der Patenonkel von der M. K. war auch sehr erschüttert über diesen Mordfall. Er sah sich auch persönlich da sehr verbunden mit seiner Nichte, die das war. Und er war auch deswegen so betroffen, weil er sagte, dass er sie quasi auch sicherlich mit dazu gebracht gehabt hat, sich in die Polizeilaufbahn zu begeben, und das war eine sehr schlimme Sache für sie.

Dann haben wir auch noch erfragt – das erschien uns auch noch ein bisschen erstaunlich –, dass es aber keine Nachfrage oder Nachermittlungen zu diesen Angaben gege-

ben hat. Also, wie gesagt: Der Patenonkel berichtet uns, er hat diese Angabe gemacht. Der Kollege von ihm bestätigt das, dass es dieses Gespräch gegeben hat. Aber dieser Hinweis ist dann nicht weiterverfolgt worden. Und natürlich kommt dieser Hinweis dann am 14.11.2011 wieder nach oben. Und natürlich unter dem Schock der Selbstenttarnung des NSU nimmt die Soko „Parkplatz“ dann hier in Baden-Württemberg den Fall wieder auf und fragt da noch mal nach. Und da wird auch wieder der Patenonkel erneut vernommen. Und der teilt dann aber auch mit, dass die Lebensgefährtin, die er bis kurz vor dem Mordfall an der M. K. gehabt hat, dass die ihm SMSen schickt, dass er dort als Verräter beschimpft wird. Das wird weitergeleitet, dieser Vermerk, bzw. er richtet ihn selber auch an die Soko „Parkplatz“ und an die KPI in Thüringen, die zuständige.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Verräter von was, von Polizisten?

Sv. Dorothea Marx: Ja, das haben wir dann ja auch die Dame befragt. Aber wie gesagt, er macht nur diese Angabe: Er kriegt die SMSen von seiner vormaligen Lebensgefährtin, er wird als Verräter beschimpft. Und – was aber für uns dann auch schon ein bisschen erstaunlich war –: Also, zeitnah findet da keine Nachfrage bei ihm statt, welcher Hintergrund jetzt eigentlich diese SMSen haben könnten von der vormaligen Lebensgefährtin.

Ja, und es gibt dann – ein kleiner Zeitsprung – am 30.03.2012 die nächste Mitteilung. Wie gesagt: Zwischendrin interessiert sich keiner bei dem Patenonkel, was denn der Hintergrund dieser SMS gewesen sein könnte. Am 30.03.2012 teilt der Patenonkel wiederum der KPI Saalfeld, aber auch der Soko „Parkplatz“, Herrn M., mit, dass nun wieder die vormalige Lebensgefährtin eine SMS geschrieben habe, dass sie ihre Aussage bei einer baden-württembergischen Polizistin, T. H., zurücknehmen wolle, weil auch ihre Familie bedroht wird. Der Patenonkel schickt also auch einen Screenshot von dieser SMS mit, macht daraus einen Aktenvermerk, und der schickt ihn auch direkt weiter an die Soko „Parkplatz“.

Was damit gemeint ist, das fragt auch dann keiner weiter nach. Jedenfalls ist es uns nicht bekannt aus den Ermittlungsakten, die wir vorliegen hatten an diesen wenigen Verhandlungstagen, die wir auch über Umwege und nur ausschnittsweise bekommen haben. Und wir haben dann natürlich diese vormalige Lebensgefährtin von dem Patenonkel dann auch bei uns als Zeugin geladen, die A. W. Und die hat bei uns dann so recht ausführlich ausgesagt und hat allerdings dann ja nicht so recht rausrücken wollen erst mal mit der Sprache – ich schildere einfach mal jetzt hier unseren persönlichen Eindruck – und dann aber gesagt, diese ganzen SMSen und auch diese angedrohte Aussagenrücknahme, die würden nicht mit dem Vorgang damals zusammenhängen und mit der Kenntnis von dem Mordfall oder eventuellen Kenntnissen von dem Mordfall, sondern die stünden im Zusammenhang mit einem damals gegen sie laufenden internen Ermittlungsverfahren.

Die A. W. war beschuldigt, in der Firma ihres Mannes, der ein Sicherheitsunternehmen betreibt – also ein bisschen auch Türstehermilieu, sage ich jetzt mal umgangs-

sprachlich – und dort auch einige Leute aus dem rechten Spektrum beschäftigt, dort war sie beschuldigt worden, dass sie Abfragen im Polizeicomputer machen würde, um da dienstliche Angelegenheiten ihres Mannes zu regeln. Sie hat da wohl irgendwelche Mitarbeiter gescannt, und es wurde der Vorwurf erhoben, das sei dann in irgendwelchen arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen verwendet worden, also sie habe da quasi auf den Polizeicomputer Zugriff genommen, um Arbeitgeberangelegenheiten ihres Mannes zu unterstützen.

Und wir haben natürlich auch von ihr wissen wollen, was es mit der Bedrohung auf sich hat, die dazu führen sollte, dass sie eine Aussage, die sie gegenüber der baden-württembergischen Polizei gemacht hat über ihre Kenntnisse von M. K., zurückziehen wollte. Und da hat sie nun gesagt, diese Aussage wolle sie nicht darauf bezogen wissen, dass das irgendetwas mit dem Mordfall K. zu tun habe, sondern auch wieder mit den internen Ermittlungen. Sie hat dann auch jemanden genannt, der sie dort bedroht habe. Dieser M. W. ist ein Mitarbeiter zwar wieder in der Firma ihres Mannes damals, zu dieser Befragungslage. Aber es besteht dann, sagt sie doch, auch kein Zusammenhang mit der M. K.. Jedoch gehört dieser M. W. nach eigenen Aussagen bis 2010, nach Aussagen von der Zeugin auch heute noch der rechten Szene in Jena an und ist befreundet mit A. K.. A. K. ist auch ein Begriff oder ein Name, der leider Ihnen auch schon geläufig sein dürfte, der auch zum Unterstützerumfeld oder jedenfalls zum Bekanntschaftsumfeld, zu den näheren Bekannten des Trios gezählt wird.

Das sind sozusagen die aktuellen Befragungen, die wir dann gemacht haben an diesen zwei Tagen, die wir im Ausschuss dafür noch zur Verfügung hatten, bevor wir die Befragungen dann eben abrechnen mussten zu diesem Komplex, weil wir dann – das war im März letzten Jahres – eben auch die Zeit brauchten, um unseren sehr umfangreichen Bericht anzufertigen, den Sie im Internet finden und auch sicherlich angefordert haben.

Wir haben uns dann gefragt: Wo gibt es Berührungspunkte in Oberweißbach zu einer rechten Szene? Es wurde schon diese Kneipe genannt, die zwar nicht in Oberweißbach selbst ist, aber in einem Dörfchen, was dazugehört, und nur so zehn Minuten Fußweg entfernt liegt. Es kam dann noch bei der Vernehmung der ehemaligen Lebensgefährtin des Patenonkels heraus, dass dieser Patenonkel noch eine leibliche Tochter hat – das ist dann die Cousine der M. K. – und dass diese Cousine wohl zeitweise abgeglitten war ins rechte Spektrum, zum Leidwesen ihres Vaters, der ja Polizist ist, und wohl auch Drogenprobleme hatte, und dass es da auch Konflikte gab, innerfamiliäre. Das hatte uns der Patenonkel nicht erzählt. Aber das ist wahrscheinlich auch verständlich, dass man so persönliche Dinge da nicht preisgeben möchte in so einer Anhörung. Wir haben ihn auch zwar mal gefragt, ob es irgendwie Komisches oder Probleme im Verhältnis gegeben hätte mit seiner eigenen Tochter. Das hat er verneint. Aber die ehemalige Lebensgefährtin hat gesagt, das sei ganz anders gewesen.

Und diese Cousine, wie gesagt, hat dann auch wiederum Verbindung ins rechte Spektrum, hat eben auch Drogenprobleme, hat wohl zeitweise konsumiert. Und dann hat die

Zeugin wiederum, jetzt die damalige Lebensgefährtin oder vormalige Lebensgefährtin des Patenonkels, uns auch berichtet, dass irgendeinmal vor dem Mord an M. K., aber zeitlich etwas zurückliegend, die M. K. berichtet habe von einem Vorfall in Oberweißbach direkt. Da ist sie irgendwie nachts mit dem Auto nach Oberweißbach gekommen und hat da irgendwie eine Ansammlung von Fahrzeugen gesehen und hat sich dafür interessiert, was da vor sich geht. Und da sollen auch LKA-Beamte beteiligt worden sein. Und sie hat dann der Zeugin erzählt, Sie habe sich da eingemischt und wollte wissen, was da los war und ob man da jetzt disziplinarrechtliche Nachteile daraus ableiten könne. Und die Zeugin wollte uns aber oder konnte uns nicht sagen, was jetzt da genauer gewesen sein soll. Also, da war irgendetwas mit mehreren Fahrzeugen, also kein Verkehrsunfall. Wir haben versucht, ein bisschen mehr aus der Zeugin rauszubekommen, aber sie sagte, die Nichte ihres ehemaligen Lebensgefährten hätte ihr da auch nicht mehr darüber erzählt.

Das sind alles so Dinge, die doch ein paar Rätsel aufwerfen, sodass also es nicht nur so ist, dass M. K. einfach immer nur mal am Wochenende eben zu ihrer Familie nach Hause gefahren ist und man da zusammen Mittag gegessen hat, ja, sondern da gibt es wohl doch dann auch Kontakte, nicht von ihr selber, und möglicherweise auch Konflikte. Die vormalige Freundin des Patenonkels hat auch gesagt, es hätte schon ein Eifersuchtsverhältnis auch bestanden zwischen den Cousins, dass die M. K. praktisch das Musterkind gewesen ist, die eben die Polizeiaufbahn eingeschlagen hätte, dass die Cousine, die leibliche Tochter des Patenonkels, sich darüber beklagt habe, dass dann in der Gunst der Großmutter natürlich die M. auch ständig bevorzugt würde; man hätte ihr einen Gebrauchtwagen geschenkt, all solche familiären Dinge.

Das sind jetzt allgemeine Erzählungen – oder was heißt allgemein? –, eigentlich recht konkrete Erzählungen aus dem persönlichen Umfeld von M. K., die wir aber nicht weiter erhellen konnten, was da genau passiert ist. Wichtig ist auch noch, dass uns die vormalige Lebensgefährtin von dem Patenonkel erzählt hat, dass der Patenonkel auch einmal bedroht worden sei. Zu einem Zeitpunkt, als die beiden noch zusammen waren, habe jemand geklingelt, den sie also dem rechten Spektrum zugerechnet habe. Sie sei aber selber dann zu dem Gespräch nicht hinzugegangen. Dort habe es eine lautstarke Auseinandersetzung gegeben zwischen dem Vertreter, den sie der rechten Szene zuordnet, aber nicht namentlich kannte. Sie hat ihn nur irgendwie beschrieben als blond und etwas korpulent. Und da hätte es eine Auseinandersetzung gegeben, aber ihr damaliger Lebensgefährte, der Patenonkel, habe ihr nicht erzählen wollen, worum es da gegangen sei. Und sie hatte aber vermutet, dass es da möglicherweise auch um Geschichten gehen könnte im Zusammenhang mit der Tochter und den Bemühungen des Patenonkels von M. K., diese Tochter aus diesem Milieu irgendwie herauszulösen. Also traurige Familiengeschichte. Das ist das eine.

Dann haben wir uns bemüht, herauszubekommen: Welche Verbindungen gibt es denn nach Baden-Württemberg? – Aber ach so, vorab noch: Sie hatten ja bereits vom Kollegen Binninger gehört: Es gab keine Auswertung oder keine komplette Auswertung des

E-Mail-Verkehrs. Es hat auch zu unserem Erstaunen, als wir dort gefragt haben, keinerlei Auswertung der PC-Daten gegeben. Die M. K. hat auch einen PC gehabt; den hat sie teilweise auch zusammen benutzt mit der damaligen Lebensgefährtin ihres Onkels. Und dieser PC wurde dann einfach auch nach dem Mordfall quasi in der Obhut der Familie belassen. Und es wurde nie versucht, irgendwie da die Festplatte auszulesen oder zu gucken, ob da irgendwas auf dem PC ist, was auch noch Aufschluss über persönlichen Umgang oder Probleme oder Vorfälle rund um M. K. geben könnte.

Über die Ludwigsburger Szene und die so starke Verbindung aus Thüringen – jetzt komme ich mal nach Baden-Württemberg – hat Ihnen ja der Kollege Binninger schon sehr viel erzählt. Und da kann ich mich eigentlich auch nur seinem Appell anschließen oder seiner Anregung, dass Sie dem noch mal nachgehen sollten: Was ist das eigentlich, eine Ludwigsburger Szene? Was machen die dort im Einzelnen? Es ist der A. S. genannt worden als Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg und gleichzeitiger Gründer des Ku-Klux-Klans. Es gab ein starkes „Blood & Honour“-Milieu in Ludwigsburg. Und dort spielt dann der A. G. eine Rolle, den der Kollege Binninger ja auch schon einmal benannt hat. Der A. G. kam auch aus Thüringen und zog dann auch dort in die Gegend von Ludwigsburg und hat dann in dieser rechtsradikalen Band „Noie Werte“ – mit „oi“ geschrieben – mitgemacht. Und diese Band, das ist ja diejenige, von der sich Musikstücke, zwei Musikstücke, auf der Bekenner-CD des Trios befinden. Bei diesen „Noien Werten“ ist übrigens auch S. H. dabei. S. H. ist später Rechtsanwalt geworden und ein Kollege von der N. S.. Die N. S. – ist Ihnen vielleicht auch ein Begriff – ist die Verteidigerin derzeit im Münchner Prozess von Herrn Wohlleben. Die kommt ja ursprünglich aus Öhringen. Dort ist sie geboren, hat dann in Jena Jura studiert und war dann dort auch aktiv, und zwar in der NPD. Sie war, als der Wohlleben dort mal NPD-Kreisvorsitzender war, seine Stellvertreterin. Und da gibt es sozusagen dann auch ein Band nach Thüringen, hin und zurück, und jetzt vertritt sie ihn ja als Anwältin im Münchner Prozess.

Der „Corelli“ – von dem haben wir auch schon gehört –, der stand eben auch auf der Garagenliste von Uwe Mundlos. Also, das hat uns auch sehr erschüttert. Das haben wir quasi dann auch erst in dem Bundestagsuntersuchungsausschuss erfahren, dass diese Garagenliste damals bei der Garagendurchsuchung irgendwie verschollen war und niemals ausgewertet wurde. Es ist ja dann aufgetaucht der Vermerk eines damals hinzugezogenen Staatsanwalts, der dann vom Bundeskriminalamt ausgeliehen worden war, um Spuren mit auszuwerten und der einen Vermerk geschrieben hat, diese Liste sei nicht relevant für die Fahndung. Er hat das versucht, uns zu erklären im Thüringer Untersuchungsausschuss damit, dass er gesagt hat – Es gab ja damals noch ein 129er-Verfahren. Das ist auch noch sehr wichtig. Es gab zum Zeitpunkt auch schon vor Abtauchen des Trios ein Verfahren nach § 129 StGB wegen des Verdachts auf Gründung einer kriminellen Vereinigung. Und da war der Hauptbeschuldigte ja der berühmte Tino Brandt, der uns den Spaß an V-Leuten in Thüringen gründlich vergällt hat, kann man mal so sagen. Und da bestehen dann eben auch wieder Zusammenhänge.

Ich habe Ihnen jetzt einfach nur mal so ein paar so Puzzlesteinchen gesagt. Wir haben das dann, wie gesagt, abrechnen müssen. Wir denken aber, dass diese ganzen Indizien und diese Überlagerungen, diese Verbindungen der rechten Szene von Thüringen auch hier ins lokale Umfeld von Böblingen oder eben dann auch dann dem Mordort möglicherweise schon darauf hinweisen könnten – wir haben das auch offengelassen in unserem Ergebnisbericht –, dass hier doch ein Mordmotiv gegeben sein könnte möglicherweise. Das sind aber alles reine Hypothesen aus der Tätigkeit auch von M. K. hier. Die M. K. – und da schließe ich mich auch dem Kollegen Binninger voll an – – Da würden wir jetzt auch nicht unbedingt suchen bei ihren Einsätzen in der BePo, in der Bereitschaftspolizei, bei irgendwelchen rechtsradikalen Aufzügen, sondern auch eher bei diesen verdeckten Ermittlungstätigkeiten, die sie eben ausgeübt hat, teilweise eben auch wieder im Drogenmilieu, in anderen kriminellen Zusammenhängen, und dass sie dort einfach – – Das wäre unsere Empfehlung, Anregung, weil wir wirklich in Thüringen auch gern wüssten: Was ist da eigentlich passiert? Was hat sie eigentlich für Einsätze noch gehabt in diesen ganzen Jahren hier? Und welche dienstlichen Erkenntnisse lagen denn überhaupt über die Ludwigsburger Szene – wenn ich die mal so nennen will – hier vor bei den diversen Ämtern?

Kollege Binninger hatte auf die Abteilung Staatsschutz bei den Polizeien abgestellt. Aber ich würde sagen, es lohnt sich sicherlich auch, beim Landesamt für Verfassungsschutz mal nachzufragen. Das wäre ja auch deren Aufgabe gewesen, so ein Milieu zu erforschen, und möglicherweise – aber das ist nur eine Möglichkeit, aber das ist etwas, was man in Thüringen gelernt hat, wenn man da eine Weile gearbeitet hat im Untersuchungsausschuss, dass man sich keine Denkverbote auferlegt – gibt es da noch mehr Informanten. Nur noch mal der Hinweis am Rande: Es gibt nicht nur V-Leute beim – – Ich weiß nicht, wie es in Baden-Württemberg gehandhabt wird. Aber dem Grunde nach gibt es natürlich nicht nur V-Leute beim Verfassungsschutz, sondern möglicherweise auch bei der Polizei. Und da könnten Sie sicherlich auch noch das eine oder andere in Erfahrung bringen.

Wir waren ja da in Thüringen recht mutig und haben verlangt, dass wir – Landesamt für Verfassungsschutz bei uns in Thüringen – uns Originalakten von V-Leuten ansehen dürften. Nach einer kurzen Schrecksekunde ist uns das auch gewährt worden. Es gab das sogenannte Haarberg-Verfahren. Natürlich sind das geheime Akten. Und natürlich hatten wir kein Interesse daran, die öffentlich werden zu lassen oder gar ins Internet zu stellen. Aber es gab dann eben die Regelung, weil diesen Untersuchungsbevollmächtigten, den es im Bundestag gibt und wohl auch in Ihrem Landesuntersuchungsausschussgesetz, den gibt es in Thüringen nicht. Wir machen alles selber. Das hat den Vorteil, dass wir dann sozusagen auch unmittelbar unserem Aufklärungsauftrag Genüge tun können, aber auch müssen. Und das war dann so, dass wir wirklich eben auch uns die Akten angeschaut haben von den V-Leuten, die in der Szene eingesetzt waren und dann eben selber wirklich Schlüsse ziehen konnten, wer hat da vielleicht etwas gewusst. Es gab neben dem berühmten Tino Brandt natürlich auch noch andere V-Leute. Und das Schlimme – und das ist sozusagen die zentrale schlimme Erkenntnis, zu der wir kommen mussten in Thüringen – war, dass diese ganze Fahndung in den fünf Jah-

ren auch daran gescheitert ist, dass man die nicht gefunden hat, dass man immer da, wo man vermutet, da ist Verfassungsschutz dran oder drin, quasi so eine Art Schonzone errichtet hat und immer dran vorbei ermittelt hat. Das wurde auch von niemandem so richtig infrage gestellt.

Und vielleicht, damit ich hier nicht ewig, zu lange erzähle, möchte ich schließen mit der Feststellung eines Leitenden Oberstaatsanwalts bei uns im Ausschuss, der dann gesagt hat, im Nachhinein betrachtet sei es ein großer Fehler gewesen, anzunehmen, dass die Sachherrschaft der Staatsanwaltschaft bei der Fahndung vor den Toren des Verfassungsschutzes enden würde. Das war ein selbstkritischer Moment, von dem wir im Ausschuss auch nicht allzu viele hatten. Das war sozusagen dann auch sehr schwierig, dass diese Begrenzung oder diese neutralen Zonen, die da gebildet wurden, auch nicht richtig hinterfragt worden sind von den Ermittlungsbehörden, mit den bekannten Folgen.

Da ja Untersuchungsausschüsse den Staatsanwaltschaften in gewisser Weise gleichgestellt sind, was ihre Befugnisse angeht und ihre Rechte, selber eben auch Dingen auf den Grund zu gehen, das könnte dann vielleicht auch eine Aufforderung an Sie sein, dass Sie nicht vor den Türen des Verfassungsschutzes haltmachen und nach Möglichkeit dort auch Einlass begehren. Davon geht das Abendland nicht unter, sondern ich denke, damit ist eher die Rettung des Abendlandes verbunden, weil wir haben ja auch gerade in Thüringen einen sehr großen Vertrauensverlust in staatliche Behörden erlitten durch diese ganzen Vorfälle, die Nichtentdeckung des NSU in der Zeit, wo eigentlich intensiv hätte gefahndet werden müssen. Und deswegen denken wir, dass es sehr positiv ist, wenn Parlamente dazu beitragen, das Ganze, soweit es irgendwo geht, aufzuklären. Denn es ist passiert. Man bekommt die Zahnpasta nicht in die Tube zurück. Da heißt es dann eben: Augen auf und nicht irgendwie was zudecken, sondern so weit wie möglich zu ermitteln.

Dass der Verfassungsschutz da eben auch beteiligt war, das ist in Thüringen offenkundig gewesen – das können Sie im Einzelnen in unserem Bericht nachlesen –, und dass es diesen ewigen Konflikt immer gibt, die V-Leute, die für sinnvoll gehalten werden, wenn sie es denn sind. Wie kann man die sozusagen in Strukturen halten? Wann muss man sie rausnehmen, und wann ist sozusagen der Punkt erreicht, wo man den Schutz dieser V-Leute dann nicht mehr vor die Aufklärung von schweren Verbrechen oder überhaupt von Straftaten stellen darf? Also, das ist so eine Sache, mit der wir uns in Thüringen jetzt auch im politischen Raum dann beschäftigen aktuell: Wie verhindern wir, dass sozusagen die Strafverfolgung als Kollateralschaden von Verfassungsschutz leidet? Das kann also nicht mehr so eklatant passieren, wie es bei uns jedenfalls in Thüringen der Fall gewesen ist.

So weit erst einmal.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Marx. – Ich will nur sagen, wir haben diesen Ermittlungsbeauftragten auch nicht im Untersuchungsausschuss.

Sv. Dorothea Marx: Ach so. Ich dachte.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Nein, nein. Nein, nein. Wir machen das über den Umweg als Sachverständiger. Aber der Effekt ist hoffentlich der gleiche. Also, wir können das auch nicht selber machen.

Jetzt eine Frage: Ich habe das verstanden, nachdem Sie sich sehr stark auch mit der persönlichen Situation oder der Familie der K. auseinandergesetzt haben. Haben Sie deswegen – natürlich woher, aus der Presse entnommen, klar, wir haben ja alle Abgeordneten durchleuchtet – den Verdacht, dass das persönliche Umfeld des Opfers, also von der M. K., möglicherweise nicht hinreichend von der Polizei nun erhellt oder untersucht worden ist? Sind Sie deswegen auf diesen Schluss gekommen?

Sv. Dorothea Marx: Wir hatten also z. B. diese Geschichte mit der Cousine, die eben auch unmittelbar dann eben auch rechtsradikale Verbindungen hatte. Also, da wird auch ein Freund genannt, den die mal gehabt haben soll. Das war uns also komplett neu. Das haben wir erst erfragt, einfach jetzt hier bei unseren Ermittlungen. Und das hätte vielleicht doch irgendwie auch schon mal Polizeiarbeit sein können, das näher herauszufinden.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Und deswegen kommt der Ausspruch: „Das ist nicht genügend erhellt worden“? Von Ihrer Situation?

Sv. Dorothea Marx: Ja, dass wir einfach fragen: Da müsste man noch einmal schauen im persönlichen Umfeld. Wir haben aber auch immer gesagt ausdrücklich, dass wir M. K. selber keinerlei Verbindungen in die rechte Szene oder Affinitäten unterstellen, aber dass es eben doch in dem Umfeld sein kann.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut, danke. – Herr Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Ja, vielen Dank. – Also, ich will an dem Thema auch noch mal weitermachen. Also, Sie haben auch dort keine direkten Verbindungen gefunden von Frau K. in die Szene, sondern es war immer über mögliche Dritte, die möglicherweise mit ihr in Kontakt standen.

Sv. Dorothea Marx: Ja, aber dass die M. K. deswegen auch die Probleme kannte, dass sie eben auch wusste, da gibt es Probleme, da sind die und die Leute aktiv, und dass, wie gesagt, diese Vernetzung dieser rechten Szene Thüringen oder auch Sachsen nach Baden-Württemberg, könnte ja vielleicht – das ist jetzt also eine reine Hypothese, aber man muss ja einfach mal überlegen, was gibt es denn für Möglichkeiten – auch dazu geführt haben, dass sie bei einem ihrer Arbeitseinsätze vielleicht mal auf jemand getroffen ist, den sie auch kannte aus Thüringen. Es hätte ja möglicherweise sein können. Also, wie gesagt, wir haben dafür keine Belege, aber wir meinen einfach nur, da müsste man mal danach gucken. Und es ist eben schon so, dass dann auch über die ehemalige Lebensgefährtin des Patenonkels da doch sehr viele Namen

auftauchen, die dann wieder über weitere Glieder der Kette dann auch wieder ins NSU-Umfeld führen.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Was war denn Ihr Eindruck? Für wie glaubwürdig haben Sie die Zeugin gehalten? Ich frage vor dem Hintergrund, dass es ja wohl offensichtlich – so lese ich das jedenfalls, so berichtet sie –, dass die Dame wohl Besuch bekommen hat von zwei Männern, und zwar vor ihrer Vernehmung durch das Bundeskriminalamt, die sie wohl offensichtlich bedroht haben mit dem Hinweis, es wäre besser, sie würde sich an gewisse Dinge nicht erinnern. Haben Sie versucht, dieses Thema irgendwie aufzuhellen?: Was hat es mit diesen zwei ominösen Männern auf sich?

Sv. Dorothea Marx: Ja, selbstverständlich. Gut, dass Sie da noch mal nachfragen. Das hatte ich in der Tat jetzt vergessen. Das war eine weitere Angabe dann von der Zeugin bei uns im Ausschuss, dass sie gesagt hat, also sie sei bedroht worden. Es habe geklingelt, sie habe geöffnet – sie hat also keine Gegensprechanlage –, und dann seien zwei Herren hochgekommen und hätten ihr also nahegelegt, dass sie doch da nicht so viel erzählen solle. Aber so präzise wollte sie sich da nicht ausdrücken. Sie hat dann uns erzählt, sie habe dieses Gespräch nicht irgendwie groß fortsetzen wollen. Sie hätte ihre Ruhe haben wollen. Sie hat das mehr oder weniger zur Kenntnis genommen. Sie behauptete auch oder erzählte oder berichtete – ich muss es einfach neutral formulieren –, man habe ihr irgendwelche Ausweise vorgehalten. Die habe sie aber auch nicht sich genau angeschaut in dem Moment. Das seien aber keine Leute von der Straße gewesen nach ihrem Eindruck und auch jetzt keine Rechten im weitesten Sinne, sondern – – Also von der Kleidung her hat sie sie wohl eher dann auch irgendeinem Dienst zuordnen wollen. Aber das war, wie gesagt, wieder sehr unpräzise.

Wir haben natürlich jedes Mal wieder gefragt – das ist in unserem Vernehmungsprotokoll oder unserem Aussageprotokoll auch drin: „Ja was haben die denn gedacht, was Sie dort nicht sagen sollen? An was erinnern Sie sich denn?“ Und da ist sie dann aber immer sehr vage geblieben. Also, die Zeugin, die erschien uns nicht unglaubwürdig, das schon nicht, aber eben doch, wir wissen nicht, ob sie uns alles gesagt hat. Also, die Aussage machte doch einen sehr ängstlichen Eindruck und auch einen sehr unvollständigen Eindruck. Eventuell müsste man sie dann auch noch mal weiter vernehmen. Sie ist auch damals, als sie bei uns war, krankgeschrieben gewesen, und es war wohl angedacht, dass sie überhaupt gar nicht mehr in den Polizeidienst zurückkehrt und sich verrenten lässt.

All diese Dinge machten es ein bisschen schwierig. Aber auf der anderen Seite: Warum hätte sie uns so etwas erzählen sollen? Sie hat auch diese Bedrohung, von der sie berichtet hat, nach einer Überlegungspause erst uns preisgegeben. Es war so eine Situation, da haben wir sie gefragt: Gibt es noch was, was Sie uns erzählen wollen – und da zögerte sie – oder erzählen müssten? Und sie erbat sich Bedenkzeit aus und kam dann eben mit diesem Vorfall. Sie hat dann auch – – Wir haben natürlich gefragt, ob sie Anzeige erstattet hätte. Es liegt ja dann nahe, wenn man bedroht wird als Polizistin. Und dann hat sie gemeint, nein, das habe sie nicht, weil sie hätte sich dann mit ihrem Mann unterhalten. Der hat ja, wie gesagt, ein Wach- und Sicherheitsinstitut. Und der hätte

dann gesagt: „Na ja, das führt sowieso zu nichts“, so sinngemäß. „Wir schützen uns dann eben irgendwie selber.“ Sie hat dann noch berichtet, dass vor der Vernehmung in unserem Untersuchungsausschuss ihr die Autoreifen zerstoichen worden seien. Und diesen Vorfall hätte sie aber zur Anzeige gebracht. Also, sie sah sich schon als bedroht an, dass sie irgendetwas nicht preisgeben solle. Aber was das gewesen sein könne, hat sie uns dann auch wieder nicht näher erläutert.

Also, es war denn auch eine schwierige Zeugin – das ist jetzt so ein persönlicher Eindruck –, die jetzt nicht druckreif irgendwelche Belastungen benannt hat. Aber, wie gesagt, sie hätte es sich ja auch einfacher machen können und hätte sagen können: „Ich weiß nichts, da ist nichts.“ Dann ist es schon eine Frage, wenn jemand solche Aussagen tätigt, ob dann nicht doch Dinge weiter erfragt werden müssen oder etwas dran sein kann. Wie gesagt, das sind alles nur Spuren, kann man einmal sagen, oder schwache Indizien dafür, dass da möglicherweise in dem Umfeld doch noch irgendwas sein könnte, was für uns, für Sie von Belang wäre. Aber Genaueres konnten wir dann auch nicht mehr erfragen oder herausbekommen von der Zeugin an dem Tag.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Wenn ich es richtig verstehe: Die Frau A. W. ist selber Polizeibeamtin, ...

Sv. Dorothea Marx: Ja.

Abg. Matthias Präfrock CDU: ... lässt sich einen Dienstausweis zeigen und kann dann aber im Nachhinein nicht mehr sagen, wessen Dienstausweis, von welcher Behörde dieser Ausweis ausgestellt wurde.

Sv. Dorothea Marx: Sie sagte, das habe sie nicht näher interessiert, sie habe – – Also, es ist alles ein bisschen merkwürdig. Da haben Sie schon recht. Sie hat gesagt, sie hätte da nicht draufgucken wollen, sie hätte ihre Ruhe haben wollen. Die hätten ihr gesagt: „Sagen Sie da nichts“ oder „Sag da nichts“ und „Sieh dich vor“. Und dann hätte sie die auch wieder gehen lassen. Sie hätte keine Lust gehabt, sich auf ein näheres Gespräch mit denen einzulassen. Also, sie hat sich etwa nicht forsch in die Tür gestellt und gesagt: „Was wollt ihr denn hier? Zeigt mir mal eure Ausweise. Was soll das? Ich bin Polizistin, ich werde euch ...“ Das ist sozusagen kein aggressives Entgegentreten gewesen dann von ihr, sondern sie hat nur gesagt, sie wollte ihre Ruhe haben. Es ist schwer, irgendwie das zu bewerten. Das ging uns im Ausschuss auch so. Deswegen haben wir eben auch geschrieben, das sind nur solche Schlaglichter, die irgendwas erleuchten, aber auch nicht ausreichend.

Abg. Matthias Präfrock CDU: In ihren Aussagen hat sie ja auch auf die Cousine von M. K., die Sie angesprochen hatten, Bezug genommen und auf einen möglichen Freund dieser Cousine, die wohl angeblich Bezüge hatte zu dem Netzwerk „Blood & Honour“. Dieser Begriff fällt ja auch in Baden-Württemberg regelmäßig, wenn es um Kontakte zum NSU geht. Können Sie da vielleicht noch mal kurz sagen, welche Querverbindung es da möglicherweise gab in Richtung „Blood & Honour“, und wie Sie

in Thüringen die Situation einschätzen, wie stark war „Blood & Honour“, wie stark waren die vernetzt?

Sv. Dorothea Marx: Wir haben ihr bestimmte Namen vorgelesen, wo sie dann gesagt hat, ja, das könnte sein. Also denjenigen, den sie phonetisch genannt hat als möglichen Freund dieser Cousine, den konnten wir namentlich nicht einsortieren. Sie hat aber dann einen anderen Namen genannt, der schon in diese rechte Szene auch reingeht und ziemlich auch aus der gewaltbereiten Ecke stammt. Die „Blood & Honour“-Szene war in Thüringen auch sehr stark. Aber „Blood & Honour“ ist ja nun eigentlich schon sehr lange verboten, also die treten ja nicht mehr offen in Erscheinung. Aber es ist eben die Frage: Was machen solche Leute heute noch? Aber die bilden dann eben unter anderen Deckmäntelchen dann neue Netzwerke oder Vereinigungen.

Aber die ganze Musikszene war natürlich immer in Thüringen auch ganz entscheidend dabei beteiligt, dass diese rechten Strukturen sich etablieren konnten. Die haben ja bei diesen Konzerten dann auch Geld eingenommen. Da gibt es diesen grässlichen Film. Ich weiß nicht, ob Sie den kennen. Der ist nicht grässlich, der ist sehr gut, dieser Dokumentarfilm. Nur das, was da gezeigt wird, ist ziemlich erschütternd. „Blut muss fließen“, ich weiß nicht, ob Sie davon schon einmal etwas gehört haben. Und da wird ja eigentlich sehr gut von einem investigativen Journalisten, der da quasi verdeckt in diese Szene reingegangen ist und da eben auch solche Veranstaltungen gefilmt hat und diese ganzen Liedtexte mal festgehalten – – Das spielt größten Teils in Thüringen. Und dann findet man da vielleicht auch ein paar alte Bekannte.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Eine letzte Frage noch zum Verfahren. Sie haben vorher angesprochen, sie hätten viele Akten aus Baden-Württemberg wenn, dann nur über Umwege einsehen können. Also, eine Akteneinsicht konkret in alle baden-württembergischen Akten, die Sie wollten, ist ja nicht mehr erfolgt, sondern – –

Sv. Dorothea Marx: Wir hatten – –

Abg. Matthias Präfrock CDU: Deswegen die Frage einfach: Welche Akten hatten Sie denn, bzw. welche haben Ihnen gefehlt? Und waren Sie denn zufrieden mit der Zusammenarbeit mit der baden-württembergischen Landesregierung?

Sv. Dorothea Marx: Also, soweit ich weiß, haben wir keine Akten bei Baden-Württemberg selber angefordert, sondern wir haben beim Generalbundesanwalt die Ermittlungsakten zum Fall K. angefordert. Und da gab es ein bisschen Hin und Her, weil die Frage war: „Werden die jetzt in München gebraucht, und ist es sinnvoll, dass ihr da überhaupt Auszüge davon habt, oder dass ihr die überhaupt einseht?“ Die sind dann schließlich bereitgestellt worden, aber nicht in Papierform oder nicht elektronisch, sondern man hat uns gesagt, es gibt eine Außenstelle des Generalbundesanwalts in Leipzig, dort könnten wir diese Akte dann einsehen, die Abgeordneten und sogar auch die Mitarbeiter.

Das kam aber dann recht spät. Es gab dann die Tatsache, dass ein Nebenklägeranwalt uns auf sozusagen eigene Verantwortung ein paar Vernehmungsprotokolle zur Verfügung gestellt hat am Tag der Ausschussvernehmung der Zeugen und der Zeugin. Sonst hätten wir da gar nicht fragen können, hätten wir gar nicht gewusst, was wir hätten vorhalten können. Das ist auch dokumentiert. Das haben wir dann im Ausschuss erklärt, dass ich diese Protokolle bekommen habe. Und es gab dann sogar eine Strafanzeige gegen diesen Anwalt, ob er nun da irgendwie eine Straftat hätte begehen können. Das ist aber eingestellt worden, das Verfahren, weil diese Protokolle sind ja nicht veröffentlicht worden. Die haben wir dann im Ausschuss eingesehen, und die sind auch nicht – –

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das war aber die Akte vom Generalbundesanwalt.

Sv. Dorothea Marx: Das war die Akte vom Generalbundesanwalt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wir haben ein Schreiben an die Landtagsverwaltung Thüringen geschickt. Die haben uns zurückgeschrieben, sie sind gerade dabei. Und die stellen jetzt noch einmal auf, was sie alles an Akten möglicherweise auch von Baden-Württemberg angefordert haben.

Sv. Dorothea Marx: Also, ich erinnere mich jetzt konkret nicht. Wie gesagt, wir hatten nicht mehr viel Zeit. Es war auch relativ kurzfristig. Inzwischen hatten wir auch das Einsichtsrecht. Also, wir hätten jetzt sozusagen die Vorhalte dann noch machen können, aber nicht in der Sitzung, zu der wir die Akten gebraucht haben. Aber ich erinnere mich jetzt nicht an irgendeine Nichtweitergabe aus Baden-Württemberg.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Vielleicht finden die noch was. Vielleicht ist aber auch gar keine Aktenanforderung an das Land Baden-Württemberg gegangen. Das kann man ja noch feststellen.

Sv. Dorothea Marx: Also, ich kann mich jetzt konkret nicht erinnern. Wir haben auch manchmal unsere Beweisbeschlüsse relativ allgemein gefasst. Aber ich glaube, wir sind direkt eigentlich nur an den Generalbundesanwalt gegangen. Aber vielleicht irre ich mich da auch. Da müsste ich noch einmal nachschauen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Jetzt weiß ich nicht, ob der Begriff „Vorhalt“ richtig gewählt ist. Ich möchte Ihnen nur aus Ihrem eigenen Untersuchungsausschussbericht, Seite 121, gern einen Satz vortragen. Da steht:

Das ebenfalls ersuchte Innenministerium des Landes Baden-Württemberg teilte am 7. März 2014 in Person des Landespolizeipräsidenten ebenfalls mit, dass eine Sichtung der beim LKA Baden-Württemberg vorliegenden 600 Aktenordner die Gefahr in sich berge, dass unzureichende Akten, Aktenteile oder Dokumente übersandt würden, ...

Sv. Dorothea Marx: Stimmt. Jetzt erinnere mich wieder. Wir haben doch angefragt. Sie haben recht. Und dann kam in der Tat diese Antwort, es seien zu viele Akten, und man wisse dann ja gar nicht, was man da sozusagen raussortieren müsste. Das ist natürlich immer schwierig. Aber ich sage mal, das ist eine spezielle Sache des Rechts von Untersuchungsausschüssen. Wenn man wüsste, was man immer ganz genau sucht, dann wüsste man ja schon alles, dann bräuchte man auch keinen Untersuchungsausschuss. Insofern kann man Akteneinsichtsgesuche auch immer relativ allgemein stellen. Man muss es auch, damit man dann eben die berühmte Rosine oder die Nadel im Heuhaufen auch finden kann. Und das ist ja dann immer eigentlich ein Problem des Ausschusses, ob er dann eine solche Aktenflut bewältigt oder nicht. Deswegen – –

Wir haben aber dann wegen Zeitablaufs wahrscheinlich oder halt – ich lese gleich wieder etwas vor; da müsste ich jetzt noch einmal selber nachschauen – dann darauf verzichtet, hier in irgendeinen Streit irgendwie einzutreten. Das ist natürlich auch ein gewisser Aufwand, eine solche Menge von Akten zur Verfügung zu stellen. Bei uns ist natürlich schon auch die berechnete Frage – deswegen haben das jetzt auch im Moment nicht weiterverfolgt –: Wo sind Thüringer Interessen? Denn anders als der Bundestagsuntersuchungsausschuss haben wir ja nicht quasi jetzt die Mordaufklärung als solche überprüft, sondern wir haben ja nur das mögliche Fehlverhalten oder Versäumnisse von Thüringer Behörden zu überprüfen. Dann stellt sich schon auch die Frage: Was ist von unserem Untersuchungsauftrag in Thüringen noch gedeckt und was nicht? Aber natürlich könnten wir halt schauen: Sind sozusagen in Thüringen, ist da zureichend ermittelt worden? Sind Hinweise, die möglicherweise gekommen sind, ist denen nachgegangen worden? Also z. B. diese Tatsache: Hat man auf diesen frühen Hinweis des Patenonkels, das könnte mit den „Türkenmorden“ zu tun haben, hat man da nicht noch mal irgendwas gemacht? Da hätten wir natürlich auch in den Akten dann schauen können. So hat uns eben der Zeuge gesagt: Da ist nichts mehr gekommen. Das haben wir ihm auch erst mal so geglaubt. Aber Sie werden ja die 600 Akten bestimmt einsehen. Und dann können Sie einmal nachschauen. Vielleicht steht da ja noch was dazu.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Es ist bei uns ja auch so, dass auf die ganzen Aktenanforderungen zuerst dann nach einer gewissen Zeit zurückkommt: Welche wollen wir nun? Und deswegen machen wir das ja jetzt mit unserem Sachverständigen. Das war bei Ihnen genauso. Sie hätten jemand herschicken müssen, der dann sagt, die und die und die Akten. So machen wir es auch.

Sv. Dorothea Marx: Die Ermittlungsakten – – Also, wenn Sie jetzt sagen – was weiß ich –, die Soko „Parkplatz“, Sie wollen alle Akten haben, wenn da die Rückfrage kommt, welche, das können Sie nicht spezifizieren. Da müssen Sie schon alle angucken. Das würde ich jetzt so sagen. Gut, das ist Ihre Sache. Ich will mich da nicht einmischen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: In dem Fall schon, aber bei allen anderen Behörden ist es halt so: Beim Innenministerium kriegen Sie zurück, sie können keine drei Güterzüge verarbeiten. Also guckt man nach, welche will man denn eigentlich. Das ist anders gar nicht zu machen – Bundesinnenministerium, nicht Landesinnenministerium.

Sv. Dorothea Marx: Man kann da Zwischenlösungen finden. Man kann sich Inhaltsverzeichnisse geben lassen. Man kann auch in die Behörden sozusagen reinlaufen und mal selber schauen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: So kann man es auch machen.

Sv. Dorothea Marx: Aber wir haben dann eben in Thüringen auch, weil wir am Schluss 7 000 Aktenstücke hatten – das war auch mehr, als man so in einem Abgeordnetenleben innerhalb einer Legislaturperiode überhaupt lesen kann –, haben es dann elektronisch eingescannt und verschlagwortet. Das war jetzt nicht die allerbeste Software. Sie hatte auch eine leichte Fehlerquote. Aber ich habe z. B. auf diese Weise auch diesen Sonderbericht „BfV Spezial“ gefunden, weil ich einfach mal dann bei unseren Terabyte-Dateien – so viele waren das dann – das Wort „Rechtsterrorismus“ eingegeben habe und dann wirklich erschüttert war, dass ich 2003 einen Eintrag gefunden habe. Denn das Erste, als wir angefangen haben mit der Arbeit, war ja, dass man gesagt hat, also Terrorismus und Rechts hat man in keiner Weise in Verbindung gebracht, bevor der NSU sich selbst enttarnte.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Pröfrock, Sie sind fertig?

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann Herr Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Ja, Frau Marx, wir haben ja hier bei dem Fall von der Frau K. den Umstand, dass also sie beschäftigt war hier als Polizistin in Baden-Württemberg, aber das familiäre Umfeld jetzt ja in Thüringen war. Hatten Sie den Eindruck, dass hier in der Aufarbeitung es zu Defiziten gekommen ist zwischen Thüringen und Baden-Württemberg insgesamt in dem Austausch an Informationen?

Sv. Dorothea Marx: Ja, ich weiß ja nicht, wie die Aufgaben verteilt waren. Also, dazu hätten wir ja, wie gesagt, alle Ermittlungsakten einsehen müssen. Es ging ja eigentlich – – Diese Ermittlungsherrschaft lag ja hier in Baden-Württemberg, wenn ich das richtig sehe, bei der Soko „Parkplatz“. Bei diesen wenigen Vernehmungen, die wir jetzt sozusagen nachgefragt hatten, bei dem Patenonkel z. B., da hat er uns berichtet, dass da eben ein Vertreter des Thüringer LKA dabei war. Aber inwieweit jetzt noch eine Anforderung von der Soko „Parkplatz“ beispielsweise ans LKA Thüringen gekommen ist, noch einmal separat zuzuarbeiten, was könnte es da gegeben haben, das entzieht sich unserer Kenntnis. Da haben wir keine Akten dazu.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Also, da würden Sie jetzt dann auch sagen, das können Sie nicht bewerten, ob das dann an der Stelle halt so wäre.

Sv. Dorothea Marx: Das kann ich nicht bewerten, nein, weil das fällt sozusagen – – Da hatten wir jetzt auch nicht die Zeit. Wir hatten, wie gesagt, diesen einen Beamten uns vom LKA geladen und dachten, dass er sozusagen als Kontaktmann vielleicht der Soko

„Parkplatz“ gedient hätte. Das war aber dann, wie gesagt, ein Irrtum, weil er im Wesentlichen die Trauerfeierlichkeiten koordiniert hat.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das kann ich nicht ganz nachvollziehen, weil das war ja dann vielleicht ein Umstand, dass man ja eine andere Person hätte ja dann schicken können, müssen in der Situation, weil das war ja für Sie eigentlich ein Zeuge, der Ihnen nicht weiterhilft, sowohl von der Anforderung her, also vielleicht nicht genügend beschrieben – – Also, das muss man auch unter dem Begriff „Panne“ doch eigentlich abhandeln.

Sv. Dorothea Marx: Ja, ich weiß jetzt nicht. Wir haben in unserem Untersuchungsauftrag Kenntnisse halt Thüringer Behörden rund um das Tötungsdelikt von M. K.. Ich kann es jetzt nicht genau sagen, wie es formuliert ist. Das können Sie nachlesen in unserem Bericht. Er hatte ja, wie gesagt, diese kleine Sache da noch gehabt mit diesem Menschen, der da auf den Friedhof regelmäßig kam. Das hat der wohl dann schon auch bearbeitet, der Kollege, wer das gewesen ist, weil man da wohl nachgefragt hatte, ob das möglicherweise jemand Verdächtiges sein könnte. So was gibt es ja manchmal auch.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Jetzt sagten Sie ja, Sie mussten abbrechen. Was hätten Sie denn noch in dem Fall K. jetzt unternommen in Thüringen, Sie hätten mehr Zeit zur Verfügung gehabt?

Sv. Dorothea Marx: Wir hätten noch mal die Zeugin ein bisschen intensiver gefragt. Wir hätten auch noch einmal vielleicht weiter geguckt. Wir hätten vielleicht auch mal die Cousine uns direkt geholt. Wir hätten Namen, die gefallen sind, uns vorgenommen, hätten da vielleicht auch noch mal nach Aktenrückhalt gesucht oder diese Menschen vorgenommen oder hätten auch noch mal speziell beim LKA nachgefragt, bei der Abteilung Staatsschutz, in der ja übrigens auch der Onkel von der M. auch zeitweise selber beschäftigt war, ob es da irgendwie auch Erkenntnisse, welche Erkenntnisse es eigentlich genau gibt über diese Szene da rund um Oberweißbach.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das ist ja auch aus Ihrer Sicht das, was jetzt uns letztendlich dann halt einfällt.

Sv. Dorothea Marx: Ja, und wie gesagt, wir wollen auch diese Sache wieder aufnehmen und wollen dann aber auch einmal – – Weil, wie gesagt, es ging ja auch um Drogen, dort möglicherweise im Umfeld Drogenhandel bei dieser Cousine. Also nicht, dass sie selber gehandelt hätte, aber dass sie da möglicherweise dann auch über Drogenprobleme da Verbindungen hatte, dass wir da auch noch einmal gucken. Wir wollen deswegen in unserem neuen Untersuchungsausschuss voraussichtlich – wir sind jetzt noch in der Absprache, weil wir das ja auch alles interfraktionell machen – möglicherweise auch den Bereich der organisierten Kriminalität einbeziehen und die Schnittmengen mit dem rechtsradikalen Spektrum, weil bisher war es so – das haben wir jetzt per Gesetzesänderung geändert –, dass die Zuständigkeit für organisierte Kriminalität, also

soweit es um Vorfeldermittlungen geht, auch beim Verfassungsschutz gelegen hat bisher. Da gibt es deswegen auch Akten.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Das heißt, Sie machen nicht noch einmal neu den Fall K. in dem neuen Untersuchungsausschuss, sondern Sie machen nur die Verquickung Rechtsradikalismus zur organisierten Kriminalität in Thüringen. Oder machen Sie – –

Sv. Dorothea Marx: Wir haben den Untersuchungsauftrag noch nicht abgesprochen, aber wir wollen durchaus den Fall K. auch noch einmal ausführlicher aufnehmen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Auch noch. Gut.

Sv. Dorothea Marx: Und da könnten wir uns ja auch gern austauschen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ja.

Sv. Dorothea Marx: Wir haben das ja mit dem Bundestagsuntersuchungsausschuss und mit anderen Ausschüssen auch immer so gemacht, dass wir auch Protokolle ausgetauscht haben. Denn die Protokolle – das ist eine Besonderheit bei uns, da müssen wir unser etwas altes Gesetz etwas novellieren – dürfen wir nicht öffentlich stellen, anders als im Bundestagsuntersuchungsausschuss; da kann man ja Protokolle auch veröffentlichen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Bei uns auch.

Sv. Dorothea Marx: Bei uns sind zwar die Zeugenvernehmungen öffentlich, also soweit sie keinen vertraulichen oder geheimen Teil haben, aber die Protokolle nicht. Das ist ein bisschen widersinnig, aber wenn Sie die Protokolle anfordern, dann bekommen Sie die natürlich von uns.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Jetzt hatten Sie vorher ja auch nochmals erwähnt den Bereich mit dem Hinweis, der schon sehr früh dann halt da gewesen ist bei dem Patenonkel, dass er sagt, von einem Kollegen von K 1 habe er dieses dann halt, diese Information bekommen. Haben Sie Kenntnis davon, dass das von baden-württembergischer Seite aufgegriffen worden ist? Ist dieser Kollege – ich kann es ja hier nochmals benennen: U. M. –, ob der dann auch entsprechend vernommen worden ist. Oder was können Sie dazu sagen?

Sv. Dorothea Marx: Also, ich weiß nur, dass er jedenfalls bis zur Selbstenttarnung des NSU wohl nicht vernommen worden ist dazu. Dieser Hinweis, der stand einfach in der Akte drin. Ich weiß nicht, warum man den also nicht weiterverfolgt hat. Wir haben keine Erkenntnisse darüber. Und sowohl der Zeuge M. als auch der Patenonkel haben uns gesagt, da ist nichts rückgefragt worden von Baden-Württemberg aus, wie sie auf diese Vermutung kommen.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Aber da können Sie nicht noch einmal sagen, ob das, aus welchen Gründen das der Fall war?

Sv. Dorothea Marx: Ja, das wäre jetzt sozusagen Ihr Part. Das spielt ja jetzt in Baden-Württemberg.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Deswegen fragen wir ja, um da schon eine Information zu bekommen.

Sv. Dorothea Marx: Nein, wir haben quasi nur die Zeugen befragt, und die haben gesagt: „Wir sind da nicht noch einmal darauf angesprochen worden.“

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Dann habe ich keine Fragen mehr.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Herr Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nur noch eine abschließende Frage, weil Sie ja den Informationsvorsprung haben und die Erfahrung: Welche Personen über die Cousine der M. K. und den Onkel, der im Staatsschutz tätig war, hinaus würden Sie uns als Zeugen anempfehlen?

Sv. Dorothea Marx: Ich denke, Sie sollten ruhig auch noch einmal versuchen, ob die A. W. vielleicht inzwischen mehr sagt. Und mit den Zeugen aus dem rechten Spektrum, da tue ich mich immer ein bisschen schwer.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Uns geht es ja um den baden-württembergischen Fall. Deswegen frage ich darauf bezogen.

Sv. Dorothea Marx: Also, zu den Kontakten in Baden-Württemberg hier direkt, da müssten Sie sozusagen Ihre Institutionen befragen, mit wem hier die M. K. dienstlich quasi zu tun hatte. Die war ja eingesetzt – –

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist klar. Mir ging es um diese – – Also, die Cousine ist noch nicht vernommen worden.

Sv. Dorothea Marx: Meines Wissens nicht.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Auch nicht von der Polizei in Baden-Württemberg?)

Sv. Dorothea Marx: Das weiß ich nicht. Also, ich nehme es nicht an, weil diese Tatsache, dass es da irgendwie einen Konflikt zwischen den Cousinen gab, die ist uns ja erst bekannt geworden im Rahmen unserer Arbeit.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Okay.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Ich glaube, dann gibt es keine weiteren Fragen.

(Wortmeldung des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

– Herr Professor Dr. Goll, Entschuldigung. Ich habe mir angewöhnt als Präsident, oben immer nach rechts zu schauen. Das mache ich auch da unten. Jetzt treffe ich aber nur die SPD und die Linke normalerweise. Verstehen Sie, das ist umgekehrt. Also bitte.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Ich habe auch nur eine Frage, wobei das geht vermutlich auch aus den Unterlagen hervor. Aber die Versuchung ist natürlich groß, bei Ihnen kurz nachzufragen. Wenn Sie sagen, der Onkel hat die Nichte beraten, zur Polizei zu gehen, wie kam es dann eigentlich dazu, dass sie bei der baden-württembergischen Polizei gelandet ist, dass sie von Thüringen weggegangen ist?

Sv. Dorothea Marx: Wir haben in Thüringen immer das Problem, dass bei uns zwar die Polizeiausbildung auch gemacht werden kann, aber dass die Vergütung nicht so toll ist wie in anderen Bundesländern. Ich weiß es nicht, was da der Grund gewesen ist, dass die M. K. nach Baden-Württemberg gegangen ist. Aber wir haben sehr viele junge Polizeianwärter, die eben in andere Bundesländer gehen und auch gern genommen werden.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Da ist Ihnen also nichts bekannt über irgendeine Bezugsperson, die dazu geführt hat, dass die, wie andere ja auch, sich nach Baden-Württemberg orientiert hat?

Sv. Dorothea Marx: Das ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Eine Frage noch von der Frau Abg. Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Frau Marx, der Patenonkel von M. K. hat gesagt, dass er von dem Mord erst erfahren hat abends, nachdem ihm seine Schwester – – Bzw.: Dass der Mord an der Polizistin, dass das seine Nichte ist, hat er erst abends erfahren. Von dem Polizistenmord hat erfahren, als er noch im Dienst war. Hat diese Tatsache, dass jetzt ein Polizist diese Äußerung macht, dass er im Dienst erfährt, dass in Heilbronn eine Polizistin aus Thüringen ums Leben gekommen ist, nicht ein Fragezeichen aufgeworfen, dass er mit dieser nahen Verbindung, dass er ja wusste, dass seine Nichte in Baden-Württemberg ihren Dienst als Polizistin tut, Fragezeichen aufgeworfen, und da mehr nachgefragt, wie er quasi das so entspannt sieht und erst einmal heimgeht und sein Fahrrad repariert?

Sv. Dorothea Marx: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Dazu haben wird ihn auch nicht befragt.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Meine zweite Frage ist: Sie haben ja vorhin selber gesagt, dass es mehrere Besuche von M. K. in ihrer Heimat gab. Wissen Sie von

der Zahl, wie oft sie da war, und wissen Sie auch von Inhalten bzw. der Art und Weise der Besuche, die sie dort gemacht hat?

Sv. Dorothea Marx: Da kann ich jetzt nur wiedergeben, was ihr Patenonkel uns erzählt hat. Und er hat gesagt, man traf sich halt gelegentlich dann beim Mittagessen im Haus der Mutter wohl und auch mit den Großeltern. Und sie hat aber dann doch einen eigenen großen Freundeskreis gehabt und ist dann so ihre Wege gegangen. Also, da verbringt man ja das Wochenende nicht mit Mutti, Onkel und Großeltern nur in dem Alter. Da ist sie dann eben, wie man so schön sagt, um die Häuser gezogen. Deswegen wäre es auch, denke ich, wichtig gewesen, mal zu gucken: Was war da für ein Freundeskreis noch? Was wissen die vielleicht über Probleme, die sie möglicherweise gehabt hat oder über dienstliche Bezüge?

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Eine Frage habe ich noch. Meine letzte Frage geht dahin: Wissen Sie von privaten noch bestehenden Kontakten von ehemaligen Kollegen M. K.s zu ihrer Familie, die jetzt noch mit Besuchen stattfinden, und dass da jetzt noch ein bestehender Kontakt da ist?

Sv. Dorothea Marx: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Wir hatten auch darauf verzichtet, jetzt die Mutter zu fragen, weil wir auch Rücksicht nehmen wollten auf sozusagen die Befindlichkeit einer Mutter, deren Tochter ermordet worden ist. Also, möglicherweise weiß sie auch noch etwas. Aber die ist, denke ich, auch polizeilich vernommen worden, aber mit ihr haben wir uns nicht näher beschäftigen wollen. Wir haben uns dann fokussiert auf den Onkel und die damalige Lebensgefährtin und eben diesen anderen Polizeikollegen.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage der Frau Abg. Gurr-Hirsch.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Frau Marx, nach dem, was Sie uns geschildert haben, gehe ich davon aus, dass Sie in Zweifel ziehen, wie auch Herr Binninger und Frau Dr. Högl, dass es kein Zufallsopfer war, Frau M. K..

Sv. Dorothea Marx: Na ja, das sehe ich schon so, weil es gibt, wie gesagt, viele Verbindungen von der rechten Szene von Thüringen und Sachsen wirklich nach Ludwigsburg – Ludwigsburger Szene ist so das Stichwort. Da könnte es durchaus sein – aber, wie gesagt, das ist eine reine Hypothese –, dass die M. dann vielleicht dienstlich auch mal irgendwas begegnet ist. Wir haben uns natürlich auch immer einmal, aber rein gedanklich – – Das sind alles nur Gedankenhypothesen. Aber, wie gesagt, man muss sich ja da auch mal mit Phantasie an so was dranmachen, an so einen rätselhaften Sachverhalt, weil das Motiv ist ja bis heute offen, wenn es kein bloßer Zufallsmord war, wogegen die vielen Dinge sprechen, die Herr Binninger schon benannt hat.

Also, wir haben auch überlegt – da müsste man vielleicht mal einen Profiler fragen, einen gewieften eines LKA oder vom Bund; da gibt es auch beim Bundeskriminalamt Leute –: Was hat das zu bedeuten, dass man quasi die Waffen als Trophäe mitnimmt? Die Waffen sind ja auch nicht eingesetzt worden zu weiteren Straftaten. Man führt die prak-

tisch immer mit sich. Die waren ja dann auch im Wohnmobil, diese Dienstwaffen der beiden, also der M. K. und des Herrn A. Das ist ja auch eine Merkwürdigkeit. Das war ja auch mit einem gewissen Aufwand verbunden – das kennen wir ja auch aus der Berichterstattung – und hat eben dann auch sicherlich zu dem Blut geführt an den Kleidungsstücken, oder muss dazu geführt haben, weil man – – Die lagen ja dann so halb da im Fahrzeug drin, und an den Pistolenhalter noch ranzukommen, das fordert ja auch einen großen Aufwand. Warum macht man so etwas? Wenn es einem nur darum geht – ich sage einmal –, aus einem Hass auf Polizei jemanden umzubringen, warum nimmt dann eigentlich die Waffe als Trophäe mit? Also, das ist auch noch so eine ungeklärte Frage. Aber ich bin da kein Kriminalpsychologe.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Weitere Frage, Herr Abg. Salomon.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Frau Marx, man kann ja vieles nachlesen, auch im Abschlussbericht vieles nachlesen. Jetzt würde mich noch einmal so etwas wie Insiderwissen freuen im Sinne von: Was würden Sie denn sagen? Welche Zeugen sollten wir denn aus Thüringen auf jeden Fall hören? Mir fällt da immer so im Hinterkopf ein so Bands wie „I don't like you“, S. K. Da gibt es wahrscheinlich noch weitere. Da würde mich einfach interessieren, ob Sie einfach konkrete Hinweise für uns haben über den Abschlussbericht, über die Presseberichterstattung, die gelaufen ist. Wen sollten wir aus Thüringen unbedingt hören, der vielleicht Weiteres zum Mordfall K. beitragen könnte?

Sv. Dorothea Marx: Man müsste einmal nachfragen – das habe ich jetzt nicht im Kopf –, wer in der KPI Saalfeld zu dem damaligen Zeitpunkt, als der Mordfall passiert ist, oder davor, wer da zuständig war in der Abteilung Staatsschutz. Vielleicht solche Leute, unbenamt, die würde ich mir vielleicht auch noch einmal anhören, und dann die aus dem persönlichen Umfeld, die ich genannt habe.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Alles? – Gut, dann der Herr Abg. Pröfrock.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Frau Marx, konnten Sie im Laufe der Arbeit im thüringischen Untersuchungsausschuss feststellen, dass oder ob es einen strukturellen Rassismus innerhalb der Thüringer Sicherheitsbehörden gab?

Sv. Dorothea Marx: Also, wir haben uns mit dem Thema Rassismus schon auch beschäftigt, nämlich weil wir natürlich das Phänomen festgestellt haben, dass diese Radikalisierung der rechten Szene oder überhaupt das Erstarken, dass das irgendwie auch verharmlost worden ist. Und das Wort „Rassismus“ spielt bei uns auch eine Rolle. Aber wir haben insofern jetzt nicht uns mit strukturellem Rassismus in der Polizei speziell beschäftigt, weil wir ja keine Mordermittlungen bei uns haben. Also, bei uns gibt es jetzt kein Tötungsdelikt, wo wir sagen, hier wird mit einer falschen Brille ermittelt. Aber wir haben vielleicht einmal so pi mal Daumen gesagt, es gibt eben rassistisches Gedankengut in der Gesellschaft. Es gibt in Thüringen eine Besonderheit: Da wird immer ein sogenannter „Thüringen-Monitor“ erstellt, und da werden eben auch fremdenfeindliche Vorstellungen abgefragt regelmäßig. Dieser „Thüringen-Monitor“ geht zurück auf den

Brandanschlag auf eine Synagoge, den es mal in Thüringen gegeben hat, und seitdem wird er erhoben. Und da stellt man doch immer fest, dass so latent rechtsradikales Gedankengut doch bei vielen Menschen in Grundzügen vorhanden ist. Deswegen gehen wir auch davon aus, dass Rassismus natürlich auch bekämpft werden muss.

Das ist ja auch das Weltbild, was die Rechten da haben. Es gibt so Kleinigkeiten. Das habe ich auch schon immer mal auf Veranstaltungen erzählt. Wenn ein Polizeibeamter uns sagt, wenn es darum geht, Taten als rechtsradikal motiviert einzustufen oder als reine Sachbeschädigung oder Körperverletzung, wenn der mir sagt: „Wenn einer in betrunkenem Zustand mal ein Hakenkreuz an die Wand malt, das ist doch nicht gleich ein Rechter,“ dann muss man sich schon fragen: Wie kommt man auf so eine Idee? Weil ich mir dann immer überlegt habe: Wenn Sie mir jetzt hier eine Flasche Whisky hinstellen und ich trinke die aus, dann werde ich immer noch kein Hakenkreuz an die Wand malen. Da komme ich nicht drauf. Deswegen ist doch die Frage: Wo – – Oder auch jüngst hatten wir erst wieder einen Überfall wirklich von einer Schlägerbande eindeutig rechtsradikaler Art, und da gab es erst einmal wieder eine abwiegelnde Stellungnahme, das sei eigentlich eine Wirtshausschlägerei gewesen. Und das sind so Dinge, wo man immer gern wegguckt, weil es auch unangenehm ist, das zu benennen, dass man da ein Problem haben könnte.

Das war in Thüringen auch speziell. Thüringen wollte in den Neunzigerjahren – da haben wir uns lange damit beschäftigt – auch nicht gleichgesetzt werden mit Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern. Man hat gehofft auf Investoren, man wollte nicht als braunes Land verrufen werden. Man hat sich dann aktiv eingesetzt gegen diese Aufzüge, die es dort auch in Thüringen gab, Rudolf-Heß-Gedächtnismärsche und so was. Aber wie gesagt – –

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Wir sollten jetzt aber auch nicht – – Sonst müssten wir uns mit unserer Bevölkerung beschäftigen. Das ist eigentlich heute nicht unsere Aufgabe, sondern die Frage: Was hat der Untersuchungsausschuss zu behandeln?

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Das war aber eine präzise Frage!)

Jetzt haben wir aber gehört, dass Sie sich nicht ausschließlich mit dieser Frage beschäftigen haben. So wollten Sie das auch sagen.

Sv. Dorothea Marx: Ja, mit dem Rassismus in der Gesellschaft.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Frau Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Marx, jetzt haben wir heute Morgen und auch schon in unseren vergangenen Sitzung ausführlich erfahren, dass ja die mangelnde Kommunikation zwischen den Behörden ein großes Problem bei der Aufklärung gespielt hat. Das heißt aber noch lang nicht, dass es keine Kommunikation zwischen den Behörden gegeben hat. Und jetzt meine Frage: Jetzt gab es ja Rechtsextremisten, die nach Thüringen gegangen sind, und umgekehrt. Da liegt es schon nahe, dass auch der Verfas-

sungsschutz einen gewissen Austausch gepflegt hat. Haben Sie den Verfassungsschutz in Thüringen zu dieser Problematik befragt?

Sv. Dorothea Marx: Also zum Austausch des Thüringer Verfassungsschutzes mit dem Landesamt jetzt hier in Baden-Württemberg über rechtsradikale Strukturen und die Wanderungsbewegungen von da nach dort und zurück, haben wir nicht gemacht.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Dann Herr Abg. Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Ja, Frau Marx, ich habe noch eine Nachfrage in dem Zusammenhang: Sagt Ihnen – ich nehme es an, dass Ihnen der was sagt, der Name – der Name S. S. etwas im Zusammenhang mit der M. K.?

Sv. Dorothea Marx: Ja, der soll, wie gesagt, auch in Kontakt zu der Cousine von der M. gestanden haben. Aber das war jetzt meines Wissens nicht der Freund von ihr, aber der Freund eines Freundes. Also mit dem hatte die Cousine Kontakt auf jeden Fall von der M. K..

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Die aber dann in den Bereichen ja dann auch mit organisierter Kriminalität steht.

Sv. Dorothea Marx: Ja, eben. Deswegen gibt es ja da Schnittmengen zwischen Rechts und organisierter Kriminalität.

Vorsitzender Wolfgang Drexler: Gut, jetzt gibt es keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann darf ich mich recht herzlich bedanken. Meine Bitte ist, dass vielleicht Sie – Gut, das kriegen wir natürlich auch über unsere Presse mit, wie denn die Ausgestaltung Ihres neuen Untersuchungsausschusses ist. Und wenn sich da dann Berührungen ergeben, gerade im Mordfall M. K., dann kann man sich ja mal unterhalten darüber, wie man dann vielleicht auch Informationen austauscht. Und beim Austausch von Informationen – da habe ich das vorhin verkürzt gesagt –: Wir können bei unseren Niederschriften natürlich über die Weitergabe selber entscheiden. Aber normalerweise sind sie auch zuerst einmal nicht öffentlich. Aber entscheiden kann der Ausschuss anders, wenn er je wollte. – Vielen Dank.

Ich mache jetzt zwei Hinweise. Einmal: Wir machen anschließend eine nicht öffentliche Sitzung, die sich aber etwas nach hinten verzögert, weil die vier Obleute der Fraktionen zuerst sich noch kurz der Presse stellen im Rosengarten-Saal. Zweitens: Die nächste öffentliche Sitzung wird voraussichtlich am 2. Februar 2015 um 10:00 Uhr hier im Plenarsaal wieder stattfinden.

Noch ein Hinweis zur nicht öffentlichen Sitzung: Es ist jetzt 16:15 Uhr. Gehen wir einfach einmal von einem Beginn um 16:30 Uhr aus, sodass sich in einer Viertelstunde alle, die am Ausschuss beteiligt sind, oben in Zimmer 433 dann zur nicht öffentlichen Sitzung treffen. Der Herr Binninger würde da dann auch dazukommen – und die Frau Dr. Högl dann auch, wenn sie will.

(Sv. Dr. Eva Högl: Nein, danke! – Heiterkeit)

– Ich wollte nur niemanden ausschließen.

(Schluss des öffentlichen Teils: 16:15 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil –

